



Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr



Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen
in acht europäischen Ländern 2010
des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr

Heiko Biehl
Rüdiger Fiebig
Bastian Giegerich
Jörg Jacobs
Alexandra Jonas

Forschungsbericht 96

September 2011

Die in der vorliegenden Publikation vorgetragenen Ansichten und Meinungen sind diejenigen der Autoren und geben nicht notwendigerweise die Sicht oder die Auffassung des Bundesministeriums der Verteidigung wieder.

Impressum

Herausgeber: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren

Anschrift: PF 1142, 15331 Strausberg

Tel.: 03341 58 1805; Fax: 03341 58 1802

E-Mail: HeikoBiehl@bundeswehr.org

Internet: www.sowi.bundeswehr.de

© Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

ISSN 0342-2569 – ISBN 978-3-941481-19-0

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Belege erbeten.

„Einer entgeltlichen Weitergabe dieses Dokuments, sei es in elektronischer Form oder Papierform, wird widersprochen.“

Druck: Print- und Medienzentrum der Wehrbereichsverwaltung Ost, Dezember 2011

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen
in acht europäischen Ländern 2010
des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr

Heiko Biehl
Rüdiger Fiebig
Bastian Giegerich
Jörg Jacobs
Alexandra Jonas

Forschungsbericht 96

Strausberg, September 2011

Inhaltsverzeichnis

Wichtigste Ergebnisse	5
1 Das Forschungsprojekt „Strategische Kulturen in Europa“ am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr <i>Heiko Biehl, Bastian Giegerich & Alexandra Jonas</i>	9
2 Die Haltung europäischer Bevölkerungen zu den Streitkräften. Einstellungen und Handlungen <i>Heiko Biehl</i>	17
3 Strategische Kulturen im Meinungsbild der europäischen Bevölkerungen <i>Heiko Biehl</i>	27
4 Wozu sind Streitkräfte da? Einstellungen zu militärischen Aufgaben <i>Heiko Biehl & Bastian Giegerich</i>	59
5 Ein gemeinsamer Einsatz? Haltungen europäischer Bevölkerungen zur ISAF-Mission <i>Heiko Biehl</i>	75
6 Politisches Interesse, Mediennutzung und Wahrnehmung der Streitkräfte <i>Jörg Jacobs</i>	87
7 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden <i>Heiko Biehl & Rüdiger Fiebig</i>	95
8 Die internationalen Bevölkerungsumfragen. Methodik, Datenbasis und Fragebogen <i>Heiko Biehl</i>	109
9 Literaturverzeichnis	113
10 Fragebogen	119
11 Zu den Autoren	125

Wichtigste Ergebnisse

1 Das Forschungsprojekt „Strategische Kulturen in Europa“ am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr

Der Forschungsschwerpunkt Multinationalität/Europäische Streitkräfte am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr analysiert im Rahmen eines umfassenden und langfristigen Projekts die Strategischen Kulturen in Europa durch einen Vergleich auf der Eliten- und Bevölkerungsebene. Hierzu wurden im Jahre 2010 Umfragen zu den sicherheitspolitischen Einstellungen in acht europäischen Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Spanien, Tschechien, Türkei) durchgeführt. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse dieser Befragungen präsentiert:

2 Die Haltungen europäischer Bevölkerungen zu den Streitkräften. Einstellungen und Handlungen

- ➔ In allen betrachteten Staaten dominiert eine wohlwollende Haltung zu den Streitkräften. Die Zahl der Kritiker steht in allen Ländern hinter der Zahl der Armee-Unterstützer zurück.
- ➔ Im Vergleich der sozialen Gruppierungen zeigt sich, dass insbesondere Ältere, Befragte mit eigener militärischer Erfahrung und solche, die sich der politischen Mitte bzw. Rechten zuordnen, den Streitkräften in nahezu allen Ländern positiv gegenüberstehen.
- ➔ Die positiven Einstellungen der Befragten zu den Streitkräften schlagen sich auch in konkreten Handlungen nieder. Ungeachtet gewisser Unterschiede zwischen den Ländern gibt es mehr Befragte, die die Streitkräfte aktiv unterstützen, als solche, die gegen die Streitkräfte protestieren.
- ➔ In den betrachteten Ländern haben sich zwischen knapp der Hälfte und rund vier Fünftel der Befragten innerhalb eines Jahres in Wort und Tat für oder gegen die Streitkräfte eingesetzt. Den höchsten Wert weist die Türkei auf, den niedrigsten Frankreich. Hierzulande wurde mehr als jeder zweite Befragte innerhalb eines Jahres aktiv, womit Deutschland einen mittleren Platz einnimmt.

3 Strategische Kulturen im Meinungsbild europäischer Bevölkerungen

Die grundlegenden sicherheitspolitischen Einstellungen der Befragten in den acht europäischen Staaten lassen sich mit den folgenden fünf Dimensionen erfassen:

- ➔ Hinsichtlich der **internationalen Orientierung** zeigen sich vor allem die britischen und spanischen Befragten integrationswillig und zur Zusammenarbeit in internationalen Organisationen bereit. Die türkischen Bürgerinnen und Bürger sind eher auf Selbständigkeit in der Sicherheitspolitik bedacht. Die deutsche Bevölkerung nimmt eine mittlere Position ein.
- ➔ In der Frage der Kompetenzverteilung zwischen **Exekutive und Legislative** sprechen sich alle Bevölkerungen mehrheitlich für ein Mitspracherecht des Parlaments in militärischen Fragen und insbesondere bei der Entsendung von Soldatinnen und Soldaten in Einsätze aus. In einem vergleichsweise homogenen Meinungsbild unterstützen die deutschen Befragten am nachdrücklichsten die parlamentarischen Rechte.
- ➔ Sicherheitspolitischer **Unilateralismus** trifft bei den europäischen Bevölkerungen auf unterschiedliche Zustimmung. Die stärkste Unterstützung äußern die türkischen Befragten, die geringste die schwedischen. Die deutschen Befragten nehmen eine mittlere Position ein.
- ➔ Die größte Diskrepanz zwischen den untersuchten Ländern zeigt sich in den Einstellungen zur **militärischen Gewalt**. Am ehesten wird der Einsatz militärischer Gewalt von den britischen Befragten akzeptiert. Die österreichischen Befragten lehnen diesen am nachdrücklichsten ab. Die deutschen Befragten äußern – wie die Befragten aus den anderen kontinentaleuropäischen Ländern auch – eine eher ablehnende Haltung zum Einsatz militärischer Gewalt.
- ➔ Einem **internationalen Engagement mit zivilen Mitteln** stehen die türkischen Befragten am wohlwollendsten und die spanischen und britischen Befragten am kritischsten gegenüber. Die deutschen Befragten nehmen eine mittlere Position ein.

4 Wozu sind Streitkräfte da? Einstellungen zu militärischen Aufgaben

- ➔ Die zehn in dieser Untersuchung berücksichtigten Streitkräfteaufgaben werden von den befragten Bevölkerungen in unterschiedlichem Maße befürwortet.
- ➔ Hohe Zustimmung erfahren ‚klassische Aufgaben‘ der Streitkräfte wie die Landes- und Bündnisverteidigung sowie humanitäre Missionen.
- ➔ Vergleichsweise geringer, aber in allen Ländern mehrheitsfähig, ist die Unterstützung für internationale Kriseninterventionen.

- ➔ Es zeigen sich bei diversen Aufgaben unterschiedliche Akzeptanzniveaus in den betrachteten Ländern. Im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten stimmt die deutsche Bevölkerung Aufgaben, die die Bundeswehr erst seit Ende des Ost-West-Konflikts übernimmt, wie Krisenintervention und Beteiligung am internationalen Kampf gegen den Terrorismus, weniger stark zu.
- ➔ Ein differenziertes Meinungsbild besteht, wenn es um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren geht. Die Übernahme von bisherigen Polizeiaufgaben zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung findet keine mehrheitliche Unterstützung. Demgegenüber befürworten die meisten Bundesbürger den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Terrorabwehr.

5 Ein gemeinsamer Einsatz? Haltungen europäischer Bevölkerungen zur ISAF-Mission

- ➔ Alle acht in der Untersuchung berücksichtigten Nationen sind an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligt. Sie stellen jedoch sehr unterschiedliche militärische Fähigkeiten zur Verfügung und übernehmen verschiedenartige Aufgaben – vom Wiederaufbau bis hin zur Bekämpfung aufständischer Kräfte.
- ➔ Ebenfalls unterschiedlich ausgeprägt ist die Bereitschaft bei den Bürgerinnen und Bürgern in den betrachteten Ländern, den ISAF-Einsatz fortzuführen.
- ➔ Die höchste Zustimmung zum ISAF-Engagement äußert die türkische Bevölkerung, gefolgt von der britischen und schwedischen. In der deutschen Bevölkerung finden sich etwa gleich große Anteile, die einer Fortführung bzw. einer Beendigung des Engagements das Wort reden. In Frankreich und insbesondere in Österreich sprechen sich Mehrheiten für den Abzug der eigenen Soldatinnen und Soldaten aus.
- ➔ Ebenso zeigen sich hinsichtlich der bei ISAF zu übernehmenden Aufgabenfelder substantielle Unterschiede zwischen den Ländern.
- ➔ Die Beteiligung der eigenen Armee an Wiederaufbaumaßnahmen findet in allen Bevölkerungen mehrheitlichen Rückhalt.
- ➔ Die Unterstützung für die afghanischen Sicherheitskräfte durch die eigenen Streitkräfte heißen sieben der betrachteten Bevölkerungen gut. In Österreich befürwortet dies hingegen nur ein gutes Drittel der Befragten.
- ➔ Die Bekämpfung der Taliban ist nur in Großbritannien mehrheitsfähig. Demgegenüber finden sich in Deutschland und insbesondere in Österreich weniger Befragte, die die Beteiligung der eigenen Armee an der Aufstandsbekämpfung befürworten.
- ➔ Diese Divergenzen sind auf unterschiedliche Auffassungen über die Aufgaben von Streitkräften und deren Rolle bei der Bewältigung internationaler Konflikte zurückzuführen.

- ➔ In Deutschland und Österreich sprechen sich Mehrheiten gegen die Lösung internationaler Konflikte mit militärischen Mitteln und gegen die Bekämpfung des internationalen Terrorismus als militärische Aufgabe aus.
- ➔ In Frankreich, Schweden, Spanien, der Tschechischen Republik und der Türkei ist zwar die Terrorbekämpfung als Auftrag an die Streitkräfte Konsens, aber es bestehen Vorbehalte gegen militärische Gewaltmittel in der Internationalen Politik.
- ➔ Alleine die britische Öffentlichkeit stützt mehrheitlich den Kampf gegen die Taliban, da sie die militärische Lösung internationaler Konflikte unterstützt und die Streitkräfte in der Pflicht sieht, gegen den internationalen Terrorismus vorzugehen.

6 Politisches Interesse, Mediennutzung und Wahrnehmung der Streitkräfte

- ➔ Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Themen äußern je nach Land zwischen einem Drittel und der Hälfte der Befragten.
- ➔ In allen Ländern ist das Interesse an innenpolitischen Themen ausgeprägter als an außen- und sicherheitspolitischen Themen.
- ➔ Das Fernsehen ist in allen Ländern das am intensivsten genutzte Medium. Daneben tragen auch Printmedien, Radio, Internet und persönliche Gespräche zur Information der Bürgerinnen und Bürger bei.
- ➔ Die Streitkräfte werden in allen berücksichtigten Ländern stärker durch die Medien als durch persönliche Kontakte wahrgenommen.
- ➔ Besonders ausgeprägt ist die Wahrnehmung der Streitkräfte in Großbritannien und der Türkei.

7 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden

- ➔ Das individuelle Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger unterscheidet sich in den betrachteten Ländern.
- ➔ Dessen ungeachtet ist festzuhalten, dass sich in jedem Land eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung sicher fühlt, und dezidierte Unsicherheit nur von einer Minderheit geäußert wird.
- ➔ Der Anteil der Befragten, die sich sehr sicher oder eher sicher fühlen, ist in der Türkei am niedrigsten und in Schweden am höchsten.
- ➔ Die wahrgenommenen Bedrohungen lassen sich in militärisch-terroristische, sozio-ökonomische und ökologische Bedrohungen unterscheiden.
- ➔ Die Wahrnehmung starker militärisch-terroristischer und sozio-ökonomischer Bedrohungen senkt in jedem Land das Sicherheitsempfinden der Befragten.
- ➔ Ökologische Faktoren haben hingegen in allen Ländern, mit Ausnahme von Tschechien, nur vernachlässigbare bis gar keine Effekte.

1 Das Forschungsprojekt „Strategische Kulturen in Europa“ am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr

Heiko Biehl, Bastian Giegerich & Alexandra Jonas

Internationales Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung gehören heutzutage zu den Kernaufgaben der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands und seiner Partner. Dabei sind die nationalen Armeen unabdingbar auf eine funktionierende Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern angewiesen. Dies gilt auch für die Bundeswehr, die in besonderem Maße auf den multinationalen Streitkräfteeinsatz in EU und NATO ausgerichtet ist. Eine effektive sowie effiziente Kooperation mit den EU-Partnern ist für Deutschland sowohl hinsichtlich gemeinsamer militärischer Operationen als auch bezüglich der abgestimmten Entwicklung und Nutzung militärischer Fähigkeiten von essenzieller Bedeutung. Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU besteht darüber hinaus die Möglichkeit, der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit durch fortlaufende Integrationsschritte eine neue Qualität zu verleihen.

Eine Reihe von Forschungsarbeiten des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SWInstBw – „SOWI“) hat sich in den letzten Jahren den sicherheits- und verteidigungspolitischen Grundlagen ausgewählter europäischer Staaten gewidmet (Göler et al. 2007; Jonas/von Ondarza 2010; Giegerich/Jonas 2011). Dabei sind breite Gemeinsamkeiten aber auch profunde Differenzen zutage getreten, die oftmals auf Unterschiede in den Strategischen Kulturen der betrachteten Staaten zurückzuführen sind. Angesichts dieser Befunde stellt sich die Frage, wie die Perspektiven für die weitere europäische Kooperation zu bewerten sind.

Strategische Kultur: Konzeptionelle Vorüberlegungen

Die Forschung zu Strategischen Kulturen fußt auf konstruktivistisch geprägten Theorieansätzen in der Disziplin der Internationalen Beziehungen. Eine wesentliche Grundannahme des Konstruktivismus ist, dass Interessen und Identitäten von Akteuren nicht als gegebene Größen betrachtet werden, sondern diese erst aus dem Zusammenspiel von materiellen und ideellen Faktoren entstehen (Katzenstein 1996; Ruggie 1998; Wendt

1999). Der Begriff der Kultur fasst in diesem Zusammenhang ein geschlossenes Ideengebäude, das von den Mitgliedern einer Gesellschaft geteilt wird, und aus dem sich Handlungspräferenzen und Erwartungshaltungen für einzelne Politikfelder ableiten lassen (Vertzberger 1989). Strategische Kultur beschreibt somit analog die ideellen Grundannahmen, die in einer Gesellschaft aufgrund ihrer historischen Erfahrung im Hinblick auf die Ausrichtung ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorherrschen (Giegerich 2006: 36f., 40; vgl. die Spezifizierungen auf S. 13ff.).

Es ist dabei wichtig, den Begriff der Strategischen Kultur nicht zu überfrachten. Strategische Kultur ist eine intervenierende Variable, die im Zusammenspiel mit anderen Faktoren das Verhalten von Akteuren beeinflusst. Sie strukturiert, welche Handlungsoptionen innerhalb einer Gesellschaft – z. B. im Hinblick auf den Einsatz militärischer Gewalt als Instrument der Sicherheitspolitik – als legitim angesehen werden. Sie ist weniger geeignet, einzelne politische Entscheidungen zu erklären, sondern definiert vielmehr die Bandbreite der gesellschaftlich akzeptablen Entscheidungsmöglichkeiten an sich. Das bedeutet, die grundlegende sicherheitspolitische Orientierung eines Landes wird durch seine Strategische Kultur geprägt.

Arbeiten, die den Ansatz der Strategischen Kultur verfolgen, werden in ihrer Tendenz immer die Einzigartigkeit einzelner Fallstudien betonen, da sie per definitionem auf den Erfahrungen einzelner Gesellschaften aufbauen. Wird dieser Ansatz ins Extrem getrieben, ist unter Umständen die Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht mehr gewährleistet. Daher ist es wichtig, bei der Operationalisierung von Strategischer Kultur eine Balance zwischen theoretisch möglicher Detailtiefe und praktisch erwünschter Vergleichbarkeit herzustellen. Um diese Balance zu gewährleisten, wurde am SOWI eigens ein Analyseraster entwickelt, welches sich bereits in einer vergleichenden Studie zu Deutschland, Frankreich und Großbritannien bewährt hat (Jonas/von Ondarza 2010).

Zwei weitere konzeptionelle Diskussionspunkte sollen hier kurz angeschnitten werden: Es stellt sich erstens die Frage, ob Strategische Kulturen aufgrund ihrer angenommenen Verankerung in einer Gesellschaft statisch sind oder sie sich wandeln können. Wenngleich es nötig ist, Strategischen Kulturen ein hohes Maß an Persistenz zuzugestehen, um sie z. B. von bloßen Standpunkten innerhalb einer politischen Debatte unterscheiden und ihnen somit analytische Bedeutung zuschreiben zu können, hat sich in der Forschung die Position durchgesetzt, dass sich Strategische Kulturen in Krisen- oder Schocksituationen wandeln können (Meyer 2004; Poore 2004). Derartige Momente können z. B. auftreten, wenn das auf den Normen einer Strategischen Kultur beruhende

Verhalten eines Landes von wichtigen Partnern nicht mehr als adäquat angesehen wird. In solchen Situationen erhöhen sich die Spielräume für politische und militärische Führungskräfte, einzelne Elemente einer nationalen Strategischen Kultur nachhaltig zu beeinflussen (Farrell 2005).

Als Beispiel sei auf die Balkankonflikte der 1990er-Jahre und die Involvierung der Bundeswehr verwiesen. Die Notwendigkeit der militärischen Intervention im Kosovo 1999 führte den politischen Entscheidungsträgern in Deutschland vor Augen, dass sich die Normen „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Völkermord“, die einen Teil der deutschen Strategischen Kultur ausmachten, vor dem Hintergrund des sich ändernden sicherheitspolitischen Umfelds nun plötzlich in einem Spannungsverhältnis zueinanderstanden. Den Entscheidungsträgern gelang es zu diesem Zeitpunkt auf die besondere historische Verantwortung Deutschlands zu verweisen und zu argumentieren, dass Krieg nötig sein kann, um Völkermord zu verhindern.

Die zweite Forschungsdebatte dreht sich um die Frage, wer der Träger einer Strategischen Kultur ist. Den ursprünglichen Fokus stellten hierbei, aufgrund ihrer hervorgehobenen Position in Entscheidungsprozessen, die sicherheitspolitischen Eliten eines Landes dar (Snyder 1977; Longhurst 2004). Die jüngere Forschung hat aber darauf verwiesen, dass auch die Präferenzen und Einstellungen der Bevölkerung zu berücksichtigen sind (Meyer 2004). Diese Erweiterung ist erklärungsbedürftig: Welche Bedeutung kommt der Öffentlichen Meinung in der Sicherheitspolitik zu?

Zunächst gilt, dass die Unterstützung der Mehrheit ein generelles demokratisches Prinzip ist, das auch für die Außen- und Sicherheitspolitik Berechtigung beanspruchen kann (Kegley/Wittkopf 1988). In repräsentativen Demokratien wird politische Macht letztlich über Wahlen verteilt. Als Wähler nimmt der Bürger unmittelbar Einfluss auf den politischen Prozess und die Auswahl der politisch Verantwortlichen. Diese orientieren sich wiederum, wenn auch nicht ausschließlich, an den Auffassungen der Bürgerinnen und Bürger. Diese Rückbindung bezeichnet die Politikwissenschaft als Responsivität, die sich auch in der Außen- und Sicherheitspolitik eines Staates zeigt. Alleine der Blick in die bundesdeutsche Geschichte belegt, dass außen- und sicherheitspolitische Themen in den Wahlkämpfen immer wieder eine bedeutende Rolle spielten (Schoen 2011). Als Stichworte mögen die Westintegration, die Haltung zu den Ostverträgen sowie die Debatte um die Beteiligung am Irakkrieg im Bundestagswahlkampf 2002 genügen. Diese Aufzählung darf aber nicht den Eindruck erwecken, dass die politisch Verantwortlichen blind den Präferenzen der Wählerinnen und Wähler folgen. Vielmehr

stellen die (außen- und sicherheitspolitischen) Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen eine Ressource und eine Restriktion dar. Sie geben den Rahmen vor, innerhalb dessen politische Eliten Entscheidungen treffen können (zuletzt Viehrig 2010: 178ff.).

An dieser Stelle soll – zumindest kurz – Erwähnung finden, dass auch die Streitkräfte ein aktives Interesse an der Öffentlichen Meinung zur Sicherheitspolitik haben, da diese sich auf die Personalgewinnung und die soldatische Motivation niederschlagen kann. Aus der sozialwissenschaftlichen Forschung ist bekannt¹, dass die Rekrutierung für den legitimationsbedürftigen Beruf des Soldaten leichter fällt, wenn die militärische Organisation ein hohes öffentliches Ansehen genießt und ihre Aufgaben und Einsätze von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden. Zugleich findet die Haltung der Bevölkerung ihren Niederschlag in der soldatischen Einsatzmotivation. Wie Studien länderübergreifend nachweisen², ist die soldatische Motivation u. a. von der Unterstützung der heimischen Bevölkerung abhängig. Von daher sind Streitkräfte und Politik gleichermaßen daran interessiert, welche sicherheitspolitischen Orientierungen die Bürgerinnen und Bürger verfolgen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich zwei Desiderata in der wissenschaftlichen Forschung ausmachen, denen die Projekte des Forschungsschwerpunkts Multinationalität/Europäische Streitkräfte begegnen. Erstens, ist festzuhalten, dass es nach wie vor wenig vergleichende Beiträge gibt. Ein Großteil der Arbeiten konzentriert sich entweder auf ein Land oder einen bi- bzw. trilateralen Vergleich. Zweitens, ist die Berücksichtigung der Präferenzen der Bevölkerungen, z. T. bedingt durch die bisher verfügbare, eingeschränkte Datenlage, noch wenig ausgeprägt. Die vorliegende Studie schließt die vorhandenen Lücken.

1 Siehe Leonhard/Biehl (2011 i. E.) mit weiterführenden Hinweisen.

2 Siehe Biehl (2011 i. E.) mit weiterführenden Hinweisen.

Das Forschungsprojekt „Strategische Kulturen in Europa“

Die Untersuchungen zu den Strategischen Kulturen in Europa sind mittlerweile fester Bestandteil der Forschungsarbeit des SOWI. Sie basieren auf der Erkenntnis, dass Schwierigkeiten bei der internationalen Kooperation in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie bei der Zusammenarbeit von Streitkräften zumeist auf Divergenzen in den nationalen sicherheits- und verteidigungspolitischen Grundlagen der beteiligten Staaten zurückzuführen sind, in denen sich wiederum die jeweilige Strategische Kultur spiegelt. Prognosen und Empfehlungen zu den Erfolgskriterien multinationaler militärischer Zusammenarbeit und Integration müssen somit die diversen Strategischen Kulturen berücksichtigen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen herausarbeiten. Für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union gilt dies in besonderem Maße, schließlich stellt diese für die EU-Mitgliedstaaten das Forum dar, in welchem die engste sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation möglich ist. Denn neben dem gemeinsamen zivilen und militärischen Engagement in Konfliktregionen umfasst diese auch die Herausbildung gemeinsamer Institutionen, Strukturen und Fähigkeiten. So ist es auch nicht verwunderlich, dass das der GSVP zugrunde liegende Strategiedokument, die Europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003, ganz selbstbewusst die graduelle Entwicklung einer gemeinsamen, genuin europäischen Strategie-Kultur zum Ziel erklärte. (ESS 2003: 11) Dies setzt eine maximale Kongruenz der nationalen Strategischen Kulturen innerhalb der EU voraus – zumindest unter der Bottom-up-Perspektive eines staatszentrierten Verständnisses von multinationaler sicherheits- und verteidigungspolitischer Kooperation.

Die Forschung im Schwerpunktbereich Multinationalität/Europäische Streitkräfte am SOWI setzt an diesem Punkt an und hat sich seit 2008 zum Ziel gesetzt, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Strategischen Kulturen der EU-Mitgliedstaaten vergleichend zu analysieren. Besonderes Augenmerk wird dabei auf sich fallweise abzeichnende Annäherungen gelegt. Davon ausgehend, dass nationale Strategische Kulturen sich einerseits auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger, andererseits auf der Bevölkerungsebene manifestieren, stand bislang die Ebene der politischen Elite im Vordergrund der Forschungsbemühungen. Dabei wurde zunächst eine kleine Auswahl von EU-Mitgliedstaaten vergleichend analysiert (Jonas/von Ondarza 2010), um in einem späteren Schritt alle EU-Mitgliedstaaten sowie den strategischen Partner Türkei einzubeziehen. Im Mittelpunkt dieser vergleichenden Analyse stehen die sich auf deklaratorischer Ebene, etwa in offiziellen Dokumenten und Reden, sowie in der politischen

Praxis konkretisierenden grundlegenden Aspekte nationaler Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der vorliegende Bericht soll die auf Elitenebene gewonnenen Erkenntnisse über die jeweiligen nationalen Strategischen Kulturen durch seinen Fokus auf die Einstellungen der Bevölkerungen zu grundlegenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragestellungen ergänzen. Hand in Hand mit einem im Jahr 2012 erscheinenden Sammelband zu den sich auf politischer Elitenebene manifestierenden Strategischen Kulturen aller 27 EU-Mitgliedstaaten sowie dem strategischen Partner Türkei soll somit ein umfassendes Bild gezeichnet werden, welches in der Synthese Prognosen zum Fortgang der Zusammenarbeit und Integration europäischer Streitkräfte, insbesondere im Rahmen der GSVP, zulässt und Handlungsorientierung bietet.

Im Rahmen der internationalen Bevölkerungsbefragungen sind prinzipiell die Haltungen aller europäischen Bevölkerungen von Interesse. Allerdings war aufgrund von finanziellen und organisatorischen Restriktionen eine Auswahl zu treffen. Die Konzentration auf acht Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Spanien, Tschechische Republik und Türkei) folgte politikpraktischen wie wissenschaftlichen Kriterien. So wurden die ‚großen Drei‘ Deutschland, Frankreich und Großbritannien aufgrund ihrer (sicherheits-)politischen und militärischen Bedeutung sowie der vorhandenen Studie zu den grundlegenden Aspekten der Sicherheitspolitik (Jonas/von Ondarza 2010) dieser drei Staaten erfasst. Die Türkei ging als wesentlicher strategischer Partner der EU in die Untersuchung mit ein. Österreich ist als Nachbarland Deutschlands von Interesse und – genau wie Schweden – zwar Mitglied in der EU, nicht aber in der NATO. Mit Spanien und der Tschechischen Republik wurden jeweils ein süd- und ein osteuropäisches Land in die Umfragen miteinbezogen. Schweden ist der Vertreter Skandiaviens und ein wichtiger Partner Deutschland, mit dem beispielsweise im Jahr 2010 die Gent-Initiative zu *Pooling* und *Sharing* militärischer Fähigkeiten gestartet worden ist.

Es sei wiederholt, dass diese Auswahl zwar begründet, aber nicht alternativlos ist. Die Einbeziehung weiterer (bzw. anderer) Staaten wäre wünschenswert und kann vielleicht in nachfolgenden Untersuchungen erfolgen.

Davon ausgehend, dass sich Strategische Kulturen sowohl in der durch die politischen Eliten konzipierten und durchgeführten Politik als auch in dem Meinungsbild der jeweiligen Bevölkerungen spiegeln, wurden die folgenden Themenkomplexe identifiziert, die auf beiden Ebenen gleichermaßen die Positionierung zu den essenziellen Facetten nationaler Sicherheits- und Verteidigungspolitik ermöglichen:

- Welchen sicherheitspolitischen Gestaltungswillen weisen die betrachteten Staaten auf? Zeigen sie sich eher zurückhaltend oder erheben sie einen strategischen Führungs- bzw. Gestaltungsanspruch?
- Wie ist die Kompetenzverteilung in der staatlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu bewerten? Kann die Exekutive sehr eigenständig und flexibel in sicherheits- und verteidigungspolitischen Angelegenheiten handeln oder verfügt sie nur über enge, vom Parlament kontrollierte Handlungsspielräume?
- Welche grundlegende außenpolitische Orientierung weist die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der betrachteten Staaten auf? Ist sie eher auf den europäischen oder transatlantischen Rahmen ausgerichtet?
- Wie ist das jeweilige Verhältnis zum Einsatz militärischer Gewalt? Werden zivile und diplomatische Mittel bevorzugt oder wird vorrangig militärische ‚hard power‘ eingesetzt?

Die Analyse der Strategischen Kulturen kann naturgemäß nicht losgelöst sein von einer umfassenden Betrachtung der allgemeinen Einstellungen der Bevölkerung zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zu den Streitkräften. Von daher wurden in den Befragungen neben den Strategischen Kulturen – im engeren Sinne – eine Reihe weiterer relevanter Bereiche berücksichtigt, die im Folgenden präsentiert werden:

- Im zweiten Kapitel werden die grundlegenden Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Streitkräften erfasst. Dabei werden neben den Einstellungen auch Aktivitäten betrachtet, die sich in unterstützender oder ablehnender Form auf die Streitkräfte beziehen.
- Kapitel 3 präsentiert die Strategischen Kulturen auf Ebene der Bevölkerungen. Dazu wurde eine Skala entwickelt, die sich an das vorgestellte Analyseraster mit seinen vier Spektren anlehnt.
- In Kapitel 4 wird geprüft, welche Aufgaben die Bürgerinnen und Bürger den Streitkräften zuschreiben. Dabei wird ein ganzer Katalog von Aufgaben, der von klassischer Verteidigung über internationale Missionen bis hin zum Einsatz im Inneren reicht, betrachtet.
- Im fünften Kapitel wird die Haltung der europäischen Bürgerinnen und Bürger zum ISAF-Engagement beleuchtet. Zum einen wird untersucht, ob die Befragten dessen Fortführung oder Beendigung wünschen. Zum anderen wird analysiert, worauf die divergenten Meinungsbilder in den betrachteten Ländern zurückzuführen sind.

- Das sechste Kapitel widmet sich der Aufmerksamkeit, die die Befragten der Sicherheitspolitik und den Streitkräften schenken. Dazu werden das politische Interesse, die Mediennutzung sowie die Wahrnehmung der Streitkräfte untersucht.
- In Kapitel 7 steht die Analyse des Sicherheitsempfindens und der Bedrohungen an, denen sich die europäischen Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt sehen.
- Kapitel 8 liefert weiterführende Informationen zum Design und methodischen Hintergrund der Studie sowie zur Datenbasis.

Insgesamt sollen durch die komparative Analyse die sich auf Bevölkerungsebene spiegelnden Gemeinsamkeiten, Unterschiede und sich abzeichnenden Annäherungen in den Strategischen Kulturen der ausgewählten europäischen Staaten ermittelt werden. Dabei werden in erster Linie deskriptive Befunde im Ländervergleich präsentiert. Die vorhandene Datenbasis erlaubt jedoch weiterführende Analysen zu verschiedenen Themen, die in nächster Zeit erstellt werden. U. a. können im weiteren Projektverlauf aufgrund des verwendeten Analyserasters die Umfrageergebnisse mit den Befunden des Sammelbandes zur Elitenebene zusammengeführt und ein übergreifender Vergleich der Strategischen Kulturen der ausgewählten Staaten gezogen werden. Dies lässt – auch und gerade unter politikberatender Perspektive – Rückschlüsse auf die Bedingungen, Chancen und Hindernisse europäischer Streitkräfteintegration zu, insbesondere hinsichtlich der vertieften Zusammenarbeit im Rahmen der GSVP.

2 Die Haltung europäischer Bevölkerungen zu den Streitkräften. Einstellungen und Handlungen

Heiko Biehl

Streitkräfte in der Demokratie sind auf das Wohlwollen und die Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen. Wie alle anderen Institutionen und Einrichtungen auch bemühen sie sich um Reputation und Prestige, die wichtige Ressourcen im politischen Prozess sind. Zudem können sich breite Unterstützung und gesellschaftliches Ansehen positiv auf die Personalgewinnung und die soldatische Motivation auswirken.

In den letzten Jahren sind in Europa kaum noch armeekritische Mobilisierungen zu verzeichnen. Wenn sich Protest regt, dann ist dieser eher gegen konkrete Einsätze oder Kriege gerichtet. Aber kaum noch gerät die Armee als solche in den Fokus der Kritik. Dies ist eine keineswegs selbstverständliche Entwicklung. Schließlich gab es in der europäischen Geschichte pazifistische Strömungen und antimilitaristische Bemühungen, die sich für die Abschaffung von Streitkräften aussprachen. Auch nach Ende des Ost-West-Konflikts waren Zweifel an der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Armeen verbreitet. Viele fragten welche Rolle diesen in einem geeinten und friedvollen Europa überhaupt noch zukommen sollte. Solche Stimmen sind gegenwärtig kaum noch zu vernehmen. Die Streitkräfte vieler europäischer Staaten sind mittlerweile nicht nur weltweit im Einsatz, sie sind auch weithin akzeptiert, wie die vorliegenden vergleichenden Untersuchungen belegen. Die Umfragen des Eurobarometer (2011: 28ff.) zeigen seit geraumer Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU den Streitkräften im Institutionenvergleich mit das höchste Vertrauen entgegenbringen.

Von daher ist auch in den vergleichenden Befragungen eine Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger zu erwarten. Im Folgenden wird diese These anhand von drei Leitfragen überprüft:

- Wie sind die Haltungen der europäischen Bevölkerungen zu ihren Streitkräften?
- Welche sozialen Gruppierungen äußern eine wohlwollende, welche eine kritische Meinung zur Armee?
- Inwieweit schlagen sich diese Einstellungen auch in konkreten Handlungen und Aktivitäten nieder?

Die Haltungen der europäischen Bevölkerungen zu ihren Streitkräften

In den SOWI-Umfragen wurden die Bürger nach ihrer generellen Haltung zu den Streitkräften ihres Landes befragt. Dabei konnten sie angeben, ob sie eher eine wohlwollende, eine reservierte oder eine kritische Meinung zur Armee haben. Im Ergebnis zeigt sich eine grundlegende positive Haltung in allen betrachteten Staaten – wengleich auf unterschiedlichem Niveau.

Tabelle 2.1: Einstellungen der Bürger zu ihren Streitkräften (Angaben in Prozent)

		DEU	FRA	GB	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR
Haltung zu Streitkräften eta = .29	positiv	59	64	78	50	49	63	60	71
	teils-teils	32	29	17	31	37	27	32	19
	negativ	9	7	5	19	14	10	8	10
nur positive Haltung									
Geschlecht	Männer	64	69	82	52	56	64	58	71
	Frauen	54	60	75	48	42	62	62	71
	r.	.10**	n.s.	.08*	n.s.	.10**	n.s.	-.07*	n.s.
Erfahrung in den Streitkräften	bin/war selbst Soldat	71	66	81	52	60	70	55	73
	war kein Soldat	56	64	77	48	43	61	62	70
	r.	.14**	n.s.	.11**	n.s.	.15**	.10**	-.07*	n.s.
Alter	16–29 J.	50	67	68	38	54	53	71	68
	30–49 J.	55	70	77	49	48	61	57	73
	50–69 J.	62	60	83	54	45	73	55	74
	70 J. und älter	68	56	88	65	59	60	60	92
	r.	.13**	-.07*	.16**	.23**	n.s.	.15**	-.11**	.11**
Politische Position	Links	48	53	62	43	36	60	55	64
	Mitte	50	67	62	51	50	51	60	74
	Rechts	68	73	83	61	58	74	63	71
	r.	.11**	.18**	.16**	.10**	.16**	.14**	n.s.	.06*

Anmerkung: Haltung zu Streitkräften: (Frage) Wie ist Ihre persönliche Einstellung zu STREITKRÄFTE? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala. (Antwort) sehr positiv, eher positiv, teils-teils, eher negativ, sehr negativ. Die Bezeichnungen LAND, MILITÄR, STREITKRÄFTE dienen in diesen und den nachfolgenden Items als Platzhalter. In den Interviews wurden die jeweiligen Bezeichnungen für die Länder und Streitkräfte verwendet.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

In allen betrachteten Staaten dominiert eine freundliche Haltung zu den Streitkräften. Dabei lassen sich drei Niveaus erkennen: In Österreich und Schweden äußert sich die Hälfte der Befragten positiv. In Deutschland, Frankreich, Spanien und der Tschechischen Republik sind es jeweils um die 60 Prozent. In der Türkei und Großbritannien zeigt sich das den Streitkräften gegenüber freundlichste Meinungsbild. So äußern fast

acht von zehn britischen Befragten eine positive Haltung zur eigenen Armee. Die Zahl der Kritiker steht in allen Ländern hinter der Zahl der Armee-Unterstützer zurück. Nur in vier (Spanien, Türkei, Schweden, Österreich) der acht betrachteten Staaten sind überhaupt zehn Prozent oder mehr Befragte zu verzeichnen, die eine negative Einstellung zur Armee haben, wobei in Österreich die kritischste Haltung zu finden ist.

Im Vergleich der sozialen Gruppierungen zeigen sich einige – aus dem nationalen Kontext – bekannte Muster, es bestehen aber Unterschiede zwischen den betrachteten Staaten. Männer stehen den Streitkräften in drei der betrachteten Länder positiver gegenüber: in Deutschland, Schweden und Großbritannien. In vier Ländern zeigen sich keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern, in der Tschechischen Republik haben die Frauen eine signifikant bessere Meinung zur Armee. Damit besteht kein einheitlicher ‚gender gap‘ in der Haltung zu den Streitkräften, es handelt sich hierbei wohl eher um ein nationales Spezifikum als um ein internationales Muster. Zudem verschwindet der Effekt – auch in Deutschland –, wenn berücksichtigt wird, ob der Befragte selbst Soldat ist bzw. war.

Eine solche Erfahrung stärkt in vier Ländern die positive Haltung zu den Streitkräften. Am deutlichsten ist der Effekt in Schweden und Deutschland, d. h. in diesen beiden Ländern besteht die größte Diskrepanz in den Haltungen von (ehemaligen) Soldaten und Zivilisten. Kein Zusammenhang zeigt sich in Frankreich, Österreich und Spanien. Einen negativen Einfluss hat die Erfahrung als Soldat in Tschechien. Dies korrespondiert mit dem Befund, dass dort Männer die Streitkräfte negativer sehen. Offensichtlich haben einige tschechische Bürger schlechte Erfahrungen in ihrer Dienstzeit gemacht, die sich in einer dauerhaften negativen Haltung zu den Streitkräften niederschlagen.

Differenzen zeigen sich ebenso in den Einstellungen der verschiedenen Altersgruppen. Hierzulande korreliert die positive Haltung zur Bundeswehr mit dem Lebensalter, wobei merkliche Differenzen zwischen den Altersgruppen auftreten: Während nur die Hälfte der jungen Befragten in Deutschland eine wohlwollende Meinung zu den Streitkräften bekundet, tun dies zwei Drittel der Befragten über 70 Jahren. Gleiche Zusammenhänge bestehen in Großbritannien, Österreich, Spanien und der Türkei. Demgegenüber ist in Schweden keine Beziehung zwischen dem Alter des Befragten und seiner Haltung zur Armee festzustellen. In Frankreich und in der Tschechischen Republik zeigt sich gar ein entgegengesetztes Muster: Je älter die dortigen Befragten sind, desto kritischer fällt ihre Einstellung zur Armee aus.

Hinsichtlich der politischen Position zeigt sich wiederum in sieben Staaten ein bekannter Befund: Befragte, die sich als politische Linke verstehen, stehen den Streitkräften kritischer gegenüber als Befragte, die sich der politischen Mitte und Rechten zurechnen. Am stärksten ist dieser Effekt in Frankreich, Großbritannien und Schweden ausgeprägt. Gar nicht vorhanden ist er in der Tschechischen Republik. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass in sechs der betrachteten Länder auch mindestens rund die Hälfte der Linken eine positive Haltung zur Armee hat (Ausnahmen: Österreich und Schweden). Die politische Selbstpositionierung kann damit als guter Indikator der Haltung zu den Streitkräften gelten.

Aktivitäten der Bürger mit Bezug zu den Streitkräften

In den bisherigen Auswertungen wurden nur Einstellungen betrachtet. Diese stehen in der Kritik substanz- und folgenlos zu sein. So lässt sich plausibel argumentieren, dass die Bekundung zu den eigenen Streitkräften im Rahmen von Befragungen schnell geleistet ist, dies aber oftmals ohne Konsequenzen für das eigene Tun bleibt. Vor diesem Hintergrund wird hierzulande seit geraumer Zeit eine Debatte um den Rückhalt der Streitkräfte in der Bevölkerung geführt. Am prominentesten hat der damalige Bundespräsident Horst Köhler (2005) die Zweifel am Rückhalt der Bundeswehr bei den Deutschen mit dem Schlagwort ‚Freundliches Desinteresse‘ auf den Punkt gebracht (für weitere Belege siehe Biehl/Fiebig 2011). Demnach steht die Bevölkerung den Streitkräften durchaus freundlich gegenüber – wie auch alle einschlägigen Umfragen zeigen. Aus Sicht der Soldaten ist dies immerhin ein Fortschritt im Vergleich zu antimilitärischen Stimmen der vorangegangenen Jahrzehnte. Allerdings sei diese Unterstützung rein verbal, sie artikuliere sich in alleine in ‚anonymen Meinungsumfragen‘ und bleibe folgenlos (Meulen 2004; Reichelt/Meyer 2010: 210). Doch diese Klage ist nicht alleine auf die hiesigen Verhältnisse gemünzt. So sehr deutsche Politiker und Bundeswehrsoldaten immer wieder auf die vermeintlich besseren Verhältnisse in anderen Ländern verweisen – wobei gerne die USA, zuweilen aber auch europäische Staaten wie Großbritannien und Frankreich als Vorbild dienen –, auch in diesen Ländern wird vielfach eine fehlende Unterstützung der Bürger für ihre Streitkräfte beklagt. Als Hinweis mögen die internationalen Forschungsanstrengungen der Militärsoziologie zu den zivil-militärischen Beziehungen (siehe grundlegend vom Hagen 2005), die sich dem Verhältnis von Bevölkerung und Streitkräften widmen, genügen. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts werden in der sozialwissenschaftlichen Literatur intensive Debatten um den Stellenwert des

Militärischen in modernen Gesellschaften geführt. Veröffentlichungen wie „The Post-modern Military“ (Moskos 1998) oder „Post-Military Society“ (Shaw 1991) zeigen bereits im Titel an, dass grundlegende Umwälzungen konstatiert werden. Paradigmatisch und auf den Fall der USA bezogen hat Moskos das gegenwärtige Verhältnis der Öffentlichkeit zu den Streitkräften als „indifferent“ (Moskos 2000: 15) bzw. gar als „skeptical or apathetic“ (Moskos/Burk 1998: 169) charakterisiert. Im Gegensatz zu früheren Epochen sei – nicht zuletzt durch den Wegfall der Wehrpflicht – eine größere Distanz zwischen den Streitkräften und der amerikanischen Bevölkerung zu verzeichnen. Diese Sichtweise unterstreicht die einflussreiche Studie von Peter Feaver und Richard Kohn (2001), die für die USA gar eine ‚civil-military gap‘ diagnostizierten. Zwar ist für den US-amerikanischen Kontext seit den Anschlägen des 11. September 2001 und den nachfolgenden Kriegen in Afghanistan und Irak ein deutliches Nachlassen entsprechender Forschungsanstrengungen festzustellen, aber die Untersuchung von Feaver und Kohn, die sich methodisch in weiten Teilen auf Einstellungsvergleiche zwischen Soldaten und Zivilisten stützt, evozierte mehrere Nachfolgestudien im europäischen Kontext (u. a. Kümmel 2003; Caforio 2007). Diese, wie die meisten anderen Studien, die sich mit den zivil-militärischen Beziehungen auseinandersetzen, bleiben zumeist auf den Vergleich von Meinungen und Haltungen beschränkt. Wie die kritischen Stimmen aus Politik, Streitkräften und Forschung jedoch anzeigen, genügt es nicht, die Einstellungen der Öffentlichkeit zu den Streitkräften als alleinigen Gradmesser für Unterstützung heranzuziehen. Die Sozialwissenschaften unterscheiden grundlegend „attitudes vs. actions“ (so bereits LaPierre 1934), weshalb es notwendig ist, manifeste Handlungen zu berücksichtigen, um das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Streitkräften zu charakterisieren.

Im Folgenden wird daher einer Analysestrategie der Vorzug gegeben, die sich an Aktivitäten orientiert. Dabei geht es darum, die Verhaltensweisen, die Bürger mit Bezug auf die Streitkräfte ergreifen können, abzubilden. Dabei sind zum einen kommunikative Aktivitäten wie konkrete Handlungen von Belang, zum anderen unterstützende wie ablehnende Aktionen. Das Erhebungsinstrument muss gewährleisten, dass alle gesellschaftlichen Gruppen (unabhängig von Alter, Geschlecht und Bildung) eine Position zu den Streitkräften einnehmen können. Aufgrund dieser Anforderung reicht z. B. eine Konzentration auf die Bereitschaft, selbst Soldat zu werden, als Indikator für den gesellschaftlichen Rückhalt nicht aus. In den internationalen Umfragen fand deshalb eine Skala Verwendung, die sowohl Kommunikation als auch tatsächliches Verhalten erfasst

und die bereits in der SOWI-Bevölkerungsbefragung 2009 eingesetzt wurde.³ Die entsprechenden Items sind spiegelbildlich formuliert, damit das Handlungspotenzial für und gegen die Streitkräfte verglichen werden kann. Dabei wurde erhoben, ob der Befragte in den vergangenen zwölf Monaten eine der aufgelisteten Aktivitäten bereits ausgeführt hat. Tabelle 2.2 präsentiert die verwendeten Items.

Tabelle 2.2: Arten und Ausrichtung der Aktivitäten mit Streitkräftebezug

Item: „Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden Aktivitäten Sie im Laufe der letzten 12 Monate unternommen haben.“		
	Unterstützende Aktivität	Ablehnende Aktivität
Kommunikation	Jemanden, der Soldat bei STREITKRÄFTE werden wollte, in seinem Wunsch bestärkt. Widersprochen, wenn jemand schlecht über die STREITKRÄFTE redete.	Jemanden, der Soldat bei der STREITKRÄFTE werden wollte, von seinem Wunsch abgeraten. Widersprochen, wenn jemand gut über die STREITKRÄFTE redete.
Handlung	Durch das Tragen bzw. Anbringen von Aufklebern, Bumper Sticker, Anstecknadeln o. ä., meine Unterstützung der STREITKRÄFTE zum Ausdruck gebracht. An öffentlichen Veranstaltungen der STREITKRÄFTE, wie etwa einem öffentlichen Gelöbnis, Paraden, teilgenommen.	Durch das Tragen bzw. Anbringen von Aufklebern, Bumper Sticker, Anstecknadeln o. ä., meinen Protest gegen die STREITKRÄFTE zum Ausdruck gebracht. Gegen öffentliche Veranstaltungen der STREITKRÄFTE, wie beispielsweise ein öffentliches Gelöbnis, Paraden, protestiert.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Drei Aspekte sind bei der Verwendung dieser Skala und bei der Einordnung der Befunde zu beachten: Erstens ist zu berücksichtigen, dass mittels der Befragung kein tatsächliches Verhalten beobachtet, sondern Handlungen lediglich berichtet werden. Hierbei sind gewisse Verzerrungen durch Falschangaben, Erinnerungslücken, Fehlwahrnehmungen oder Antworten aufgrund sozialer Erwünschtheit nicht auszuschließen. Zweitens gewährleisten die verwendeten Items, dass die präsentierten Formen der Unterstützung bzw. der Ablehnung prinzipiell von jeder Bürgerin und jedem Bürger ergriffen werden können. Allerdings werden alleine die letzten zwölf Monate vor der Befragung berücksichtigt. Wie die allgemeine Partizipationsforschung belegt, bringen sich nur Teile der Bevölkerung ins öffentliche Leben ein und die Beteiligung sinkt nochmals, wenn Anforderungen und Aufwand steigen. Deshalb ist davon auszugehen, dass nur ein gewisser Prozentsatz der Befragten überhaupt Aktivitäten mit Streitkräftebezug entfaltet. Drittens ist die unterschiedliche Verbreitung gewisser Handlungen in den Ländern in

3 Eine Analyse, die sich auf den deutschen Kontext beschränkt, findet sich in Biehl/Fiebig (2011).

Rechnung zu stellen. So ist das bewusste Tragen von politischen Stickern und Aufklebern in einigen Ländern üblicher als in anderen. Umgekehrt sind nicht alle Streitkräfte gleichermaßen bereit, öffentlich in Erscheinung zu treten, wodurch unterschiedliche Möglichkeiten zur Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen des Militärs bestehen.

Tabelle 2.3: Streitkräfteunterstützende und -ablehnende Aktivitäten der europäischen Bevölkerungen (Angaben in Prozent)

	DEU	FRA	GB	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	eta
Unterstützung									
Rat: Soldat werden	24	19	24	25	22	30	18	55	.24
Widerspruch: gegen negative Äußerung	33	24	35	42	37	34	28	66	.25
Aufkleber: pro Streitkräfte	3	8	41	7	4	18	5	37	.40
Veranstaltungen: Teilnahme	12	8	21	21	8	17	25	41	.26
Ablehnung									
Rat: kein Soldat werden	8	4	11	8	10	8	4	3	.10
Widerspruch: gegen positive Äußerung	7	5	10	12	7	10	7	5	.09
Aufkleber: gegen Streitkräfte	1	1	1	2	1	3	1	4	.08
Veranstaltungen: Protest	1	2	1	2	1	3	0	3	.07

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die vorstehende Tabelle 2.3 vergleicht den Umfang der Unterstützungs- und Ablehnungsformen mit Bezug auf die eigene Armee. Die diversen Aktivitäten sind von den Bürgern in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung unterschiedlich stark genutzt worden. Naturgemäß werden verbale Äußerungen häufiger getätigt als aufwendigere Handlungen. Im Vergleich überwiegen die armeefreundlichen Aktionen die kritischen deutlich. Zudem zeigen sich Differenzen zwischen den Ländern, die zum Teil erheblich sind. Eine Empfehlung, Soldat zu werden, hat im Jahr vor der Untersuchung jeder zweite türkische sowie fast jeder dritte spanische Befragte abgegeben. In den anderen Staaten trifft dies auf rund ein Fünftel bis ein Viertel der Bürger zu. Noch verbreiteter sind Widersprüche gegen negative Äußerungen zur Armee. In der Türkei haben sich zwei Drittel der Bevölkerung entsprechend positioniert. In den anderen Ländern bewegen sich die Werte zwischen 24 Prozent (in Frankreich) und 42 Prozent (in Österreich). Die größten Divergenzen im Ländervergleich finden sich, wie der eta-Wert ausweist, bei der Verbreitung von pro-militärischen Aufklebern und Stickern. In Deutschland, wo die Dokumentation der politischen Position per Aufkleber nicht (mehr) üblich ist, haben nur drei Prozent der Bürger bundeswehfreundliche Sticker benutzt, während dies in Großbritannien und der Türkei auf 41 bzw. 37 Prozent der Befragten zutrifft. Verbreitet ist

diese Form der Unterstützung der Streitkräfte daneben nur in Spanien. Auch bei der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen zeigen sich länderspezifische Besonderheiten. In der Türkei haben 41 Prozent der Befragten innerhalb eines Jahres eine entsprechende Veranstaltung besucht. In der Tschechischen Republik gilt dies für ein Viertel, in Großbritannien und Österreich für ein Fünftel der Befragten. In Schweden und Frankreich sind es jeweils nur acht Prozent.

Trotz dieser Unterschiede zwischen den Ländern wird jede Aktivitätsform in jedem Land stärker unterstützend als ablehnend genutzt. Damit sind wesentlich mehr armeefreundliche als kritische Aktionen zu verzeichnen. Am ehesten finden sich noch Befragte, die den Rat erteilen, den Soldatenberuf nicht zu ergreifen. Die entsprechenden Werte liegen zwischen drei und elf Prozent, wobei interessanterweise die höchste Ablehnung in Großbritannien zu verzeichnen ist, obwohl sich dessen Bevölkerung in Wort und Tat als sehr militärraffin erweist. Dies belegt zum einen das dort vorhandene generelle Interesse an der Thematik ‚Streitkräfte und Soldaten‘, zum anderen kommt sicherlich zum Tragen, dass britische Soldaten in den diversen Einsätzen teilweise massiv in Kampfhandlungen involviert sind und in den letzten Jahren eine hohe Zahl von Gefallenen zu beklagen haben (siehe Kapitel 5). Auch der Anteil derjenigen, der positiven Äußerungen über die Streitkräfte widerspricht, ist in Großbritannien mit am höchsten (nur Österreich weist einen höheren und Spanien einen gleich hohen Anteil aus). Wenn es um die Ablehnung der Streitkräfte geht, spielen Aufkleber oder Proteste gegen deren öffentliche Veranstaltungen eine statistisch kaum wahrnehmbare Rolle. In allen Ländern bewegen sich die entsprechenden Werte im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Angesichts der zuweilen anzutreffenden Störungen von öffentlichen Veranstaltungen der Streitkräfte – nicht nur in Deutschland – überraschen diese niedrigen Prozentzahlen vielleicht auf den ersten Blick. Dennoch spiegeln sie wohl die tatsächliche Verteilung von wohlwollenden Bürgern und Störern bei diesen Veranstaltungen wider. Finden größere Demonstrationen statt, dann sind diese in der Regel gegen die Sicherheitspolitik generell oder gegen bestimmte Kriege und Einsätze gerichtet und nicht gegen die eigenen Streitkräfte.

Im nächsten Schritt wird ermittelt, wie groß die Gesamtanteile der Befragten sind, die sich mit Bezug auf die Bundeswehr engagiert haben. Dazu werden die diversen Aktivitäten zusammengezogen. Tabelle 2.4 verdeutlicht wiederum die Differenzen in der Aktivierung der Bevölkerungen.

Tabelle 2.4: Aktivierung der Bevölkerungen mit Bezug auf die Streitkräfte
(Angaben in Prozent)

	DEU	FRA	GB	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	eta
Summe Unterstützung	44	37	65	54	48	52	47	80	.36
Summe Ablehnung	13	9	20	17	15	16	11	8	.09
Summe Aktivität	52	42	71	63	57	59	51	81	.33

Anmerkung: Die Summe der Aktivitäten ergibt sich, wenn man die Befragtenanteile zusammenzieht, die die Streitkräfte unterstützen bzw. gegen diese protestieren. Zu beachten ist dabei, dass es Bürgerinnen und Bürger gibt, die sowohl unterstützend als auch ablehnend aktiv waren. Deshalb ist die Summe von Unterstützung und Ablehnung, also der beiden oberen Werte in der nachfolgenden Tabelle 2.3, stets größer als die ausgewiesenen Werte für die Aktivität in der unteren Zeile.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

So zeigt sich, dass zwischen 37 und 80 Prozent der Bürger innerhalb eines Jahres unterstützend aktiv geworden sind. Den höchsten Wert weist die Türkei auf, den niedrigsten Frankreich. Hierzulande wurde fast jeder zweite Befragte innerhalb eines Jahres unterstützend aktiv, womit Deutschland einen mittleren Platz einnimmt. Merklich höher ist die Unterstützung in Großbritannien. Dort sind aber auch ablehnende Aktionen am stärksten verbreitet. Jeder fünfte Brite hat sich innerhalb eines Jahres an einer ablehnenden Aktivität beteiligt. In fünf weiteren Ländern sind es zwischen elf (Tschechische Republik) und 17 Prozent (Österreich). Den geringsten Protest gibt es in der Türkei und Frankreich. Dort zeigt sich allerdings auch das geringste Aktivitätsniveau. 42 Prozent der Franzosen waren auf die eine oder andere Weise innerhalb eines Jahres mit Bezug auf die Streitkräfte aktiv. In Deutschland und drei anderen Staaten (Tschechien, Schweden, Spanien) gilt dies für gut die Hälfte der Befragten. In Österreich liegt der entsprechende Wert – etwas überraschend – bei fast zwei Dritteln, in Großbritannien – erwartungsgemäß – bei nahezu drei Vierteln. Am nachhaltigsten hat sich die türkische Bevölkerung für ihre Streitkräfte engagiert. Vier von fünf Befragten waren innerhalb eines Jahres – zumeist unterstützend – aktiv.

Angesichts dieser breiten und länderübergreifenden Mobilisierung von einem Desinteresse oder einer Distanz der europäischen Bevölkerungen dem Militär gegenüber zu sprechen, erscheint unangemessen. Die Befragten äußern ihr Vertrauen zu den Streitkräften nicht nur in Meinungsumfragen, sie kommunizieren diese Einstellung auch aktiv in ihrem sozialen Umfeld oder engagieren sich weitergehend, indem sie etwa Veranstaltungen ihrer Streitkräfte besuchen. Der weit überwiegende Teil der Aktivitäten ist dabei der Armee positiv zugewandt. Neben diesen länderübergreifenden Mustern zeigen sich auch Spezifika: In der Türkei steht die Bevölkerung den Streitkräften am positivsten gegenüber und unterstützt diese in Wort und Tat am nachhaltigsten. Dieser Befund un-

terstreicht die zentrale Rolle, die die Armee als Institution im staatlichen Gefüge der Türkei einnimmt. Ebenfalls sehr engagiert sind die britischen Bürger, wobei sich dort auch militärkritische Positionen zeigen. Die Haltung der deutschen Öffentlichkeit liegt im europäischen Mittel, auch hier überwiegen Zustimmung und Unterstützung. Eine leicht distanziertere Haltung zeigt – etwas überraschend – die französische Bevölkerung, was im Gegensatz zur verbreiteten Wahrnehmung der dortigen zivil-militärischen Beziehungen steht. Aber diese relative Einschränkung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in der französischen Bevölkerung eine überwiegend positive Grundhaltung und breite Unterstützung für die Armee verbreitet sind. Der europäische Vergleich verdeutlicht, dass die hierzulande beklagten Verhältnisse zwischen Bundeswehr und Bevölkerung besser sind als oftmals zugestanden und insgesamt dem europäischen Standard entsprechen.

3 Strategische Kulturen im Meinungsbild der europäischen Bevölkerungen

Heiko Biehl

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr befasst sich seit mehreren Jahrzehnten mit der multinationalen Zusammenarbeit von Streitkräften. Dabei zeigten die durchgeführten Studien Erfolge bei der militärischen Kooperation und Integration auf, sie identifizieren jedoch auch Problemfelder. Neben den erwartbaren Hindernissen, wie z. B. der mangelnden Fremdsprachenkompetenz, haben die Studien vor allem gezeigt, dass bei der multinationalen Zusammenarbeit militärisch und gesellschaftlich unterschiedlich sozialisierte Soldaten und Streitkräfte aufeinandertreffen. Ein Großteil der Schwierigkeiten ist folglich nicht Ergebnis innermilitärischer Aspekte, sondern Ausdruck politischer Rahmenbedingungen und gesellschaftlicher Einflüsse. Einen Teil dieser Rahmenbedingungen macht in westlich geprägten Demokratien die gesellschaftliche Rückbindung der Sicherheitspolitik aus. Denn Sicherheits- und Verteidigungspolitik richtet sich nicht alleine an den globalen Herausforderungen und den Verpflichtungen gegenüber Partnern und Bündnissen aus. Sie ist auch kein Politikfeld, das alleine der Exekutive und sicherheitspolitischen Experten und Insidern unterliegt. Sicherheitspolitik und militärische Kooperation unterliegen in westlichen Demokratien stets auch dem Einfluss der Bevölkerung, die den politischen Handlungsspielraum, auch in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen, mit definiert.

Schließlich kann militärische Multinationalität nur insoweit funktionieren, wie es der politische und gesellschaftliche Kontext gestattet bzw. zulässt. Im Folgenden stehen deshalb die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Strategischen Kulturen der Mitgliedstaaten im Fokus des Interesses. Ein umfassendes Bild liefert dabei der Vergleich der grundlegenden sicherheitspolitischen Orientierung auf Eliten- und Bevölkerungsebene. In einem ersten Schritt werden im Folgenden die Einstellungen europäischer Bevölkerungen zur Sicherheitspolitik analysiert (Göler et al. 2007).

Das Konzept der Strategischen Kulturen betrachtet die grundlegende sicherheitspolitische Orientierung eines Landes. Dieses wird als Produkt kultureller Prägungen, historischer Erfahrungen und deren Verarbeitung und gesellschaftlicher Präferenzen verstanden. Das Konzept der Strategischen Kultur ist mithin der konstruktivistischen Schule

der Internationalen Beziehungen zuzurechnen. Diese geht davon aus, dass die Sicherheitspolitik eines Landes nicht alleine Ergebnis eines rationalen Abgleichs von Interessen, Ressourcen und Umweltbedingungen ist. Vielmehr üben die kulturellen und gesellschaftlichen Prägungen eines Landes ihren Einfluss aus. Die Analyse der Strategischen Kultur lässt sich auf zwei Ebenen differenzieren. Auf einer ersten geht es um die Untersuchung rechtlicher Rahmenbedingungen und der Präferenzen und Handlungsmuster sicherheitspolitischer Eliten. Auf einer zweiten Ebene geraten die Präferenzen, Einstellungen und Handlungen der Bürger in den Blick. Im Folgenden steht diese zweite Ebene im Fokus des Interesses: Welche Vorstellungen haben die Bürgerinnen und Bürger eines Landes von der Ausrichtung und Ausgestaltung ihrer Sicherheitspolitik? Inwieweit besteht Dissens und Konsens zwischen den europäischen Bevölkerungen? Es geht mithin um Charakterisierung der grundlegenden sicherheitspolitischen Orientierungen der europäischen Bevölkerungen und um eine Skizze der Strategischen Kulturen (auf der Ebene der Bürger) der europäischen Staaten.

Diesen Fragen wird entlang eines Analyserasters nachgegangen, das sich an die Studie von Jonas und von Ondarza (2010) anlehnt, die vier Spektren sicherheitspolitischer Präferenzen unterscheidet:

- die außenpolitische Orientierung zwischen einem transatlantischen und einem europäischen Fokus,
- das Ausmaß des sicherheitspolitischen Gestaltungswillens,
- die Kompetenzverteilung in sicherheitspolitischen Fragen zwischen Exekutive und Legislative
- sowie das Verhältnis zum Einsatz militärischer Gewalt.

Mittels dieser Spektren haben Jonas und von Ondarza die grundlegenden Aspekte deutscher, britischer und französischer Sicherheitspolitik analysiert. Dabei ließen sich unterschiedliche Positionen der drei Staaten und die Chancen und Hindernisse für eine weitergehende Kooperation ermitteln. Im Folgenden wird geprüft, inwieweit die vier Spektren dazu geeignet sind, die sicherheitspolitischen Dispositionen der europäischen Bürgerinnen und Bürger abzubilden.

Für die Einordnung der Befunde gibt es in der Literatur einige Hinweise, Vermutungen und Thesen, die im Folgenden überprüft werden sollen. So gilt die deutsche Sicherheitspolitik vielen als von einer ‚Kultur der (militärischen) Zurückhaltung‘ geprägt. Ebenso ist Deutschland wiederholt als ‚Zivilmacht‘ (Maull 1990) charakterisiert worden. Diese Konzepte, die auch von der offiziellen Politik zuweilen aufgegriffen und ver-

treten werden, erwecken den Eindruck, dass es Deutschland aufgrund seiner historischen Erfahrungen schwerer fällt, sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen. In der Folge fehle bei den Bürgern, aber auch in der politischen Elite, die Bereitschaft, militärische Einsätze zu unterstützen und deshalb agiere die deutsche Sicherheitspolitik insbesondere beim Einsatz der Bundeswehr vorsichtiger als dies andere europäische Staaten tun. In diesem Zusammenhang wird oftmals auch der geringe sicherheitspolitische Gestaltungswille in der Internationalen Politik kritisiert. Daneben gilt Deutschland als gleichermaßen auf die europäischen wie transatlantischen Partner ausgerichtet und nicht zuletzt sollte die Verankerung der Bundeswehr als ‚Parlamentsarmee‘ die Strategische Kultur der deutschen Bevölkerung prägen.

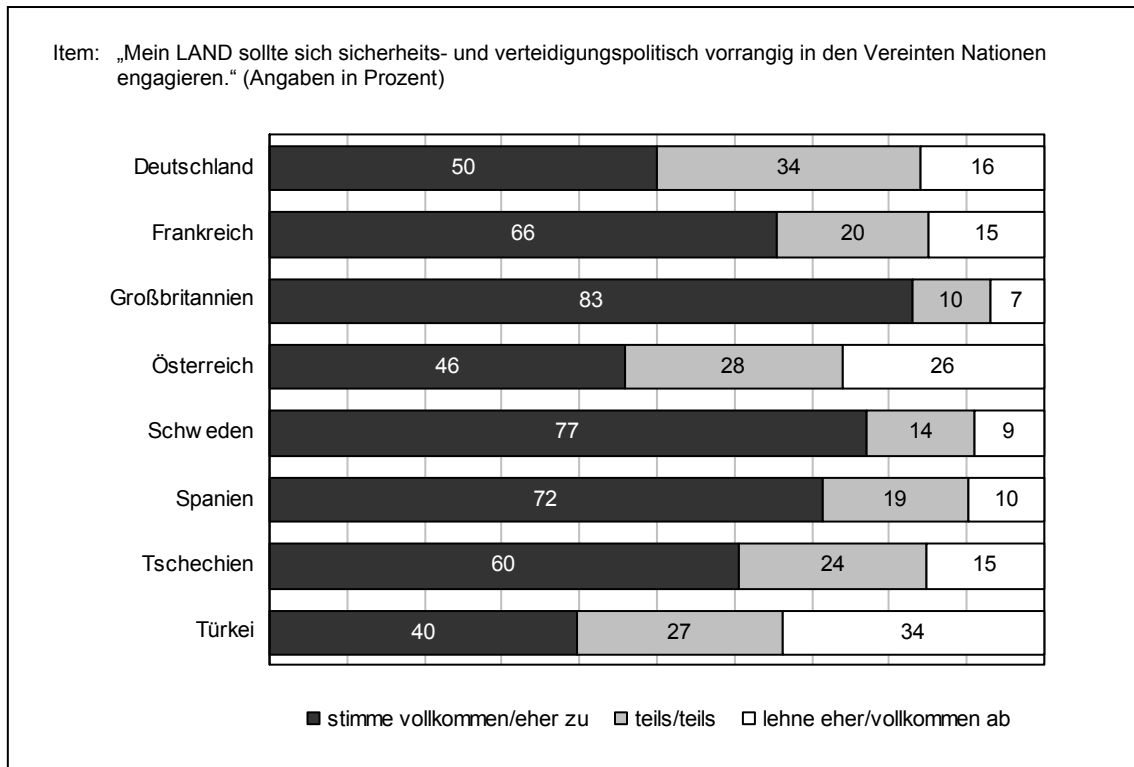
Mit den vorliegenden Umfragedaten kann geprüft werden, ob diese Zuschreibungen für die Haltungen der deutschen Bevölkerung zutreffen und inwieweit sich diese in ihren sicherheitspolitischen Präferenzen von den Bevölkerungen anderer europäischer Staaten unterscheidet. Vor dem Hintergrund dieser Einordnung werden im Folgenden die Positionen der acht betrachteten Bevölkerungen auf den vier Spektren ermittelt, wobei zunächst die Ausrichtung des internationalen Engagements in den Blick gerät.

Außenpolitische Orientierung

Mit Blick auf die ‚Großen Drei‘ in Europa haben Jonas und von Ondarza (2010) zwischen einer europäischen und transatlantischen Orientierung unterschieden. Während sich Großbritannien im Untersuchungszeitraum 2008–2009 sicherheitspolitisch stärker an den USA orientiert, versteht sich Frankreich als Führungskraft einer europäischen Zusammenarbeit. Deutschland wiederum sieht sich in einer Mittlerrolle und orientiert seine Sicherheitspolitik gleichermaßen am transatlantischen wie am europäischen Rahmen. Mit dem Kontrast einer europäischen bzw. und transatlantischen Orientierung lässt sich die internationale Einbindung der ‚Großen Drei‘ folglich durchaus sinnvoll charakterisieren. In die Befragung sind jedoch weitere Ausrichtungen eingegangen, da für die acht Staaten alternative sicherheitspolitische Orientierungen zu erwarten sind. So sind mit Schweden und Österreich zwei Staaten im Untersuchungssample, die dezidiert neutrale und bündnisunabhängige Positionen aufweisen. Zugleich kommt der europäischen und transatlantischen Option in den verschiedenen Staaten sicherlich unterschiedliche Bedeutung zu. So ist zu berücksichtigen, dass Bürger aus zwei Ländern befragt wurden, die nicht der NATO angehören (Österreich, Schweden) und aus einem, das nicht zur Europäischen Union gehört (Türkei). Von daher wurden zwei weitere Optionen, die in

der Internationalen Politik wichtig sind, erfragt: die Ausrichtung auf die Vereinten Nationen sowie eine von anderen unabhängige, letztlich national ausgerichtete Sicherheitspolitik.

Abbildung 3.1: Internationale Einbindung – Zusammenarbeit in UNO



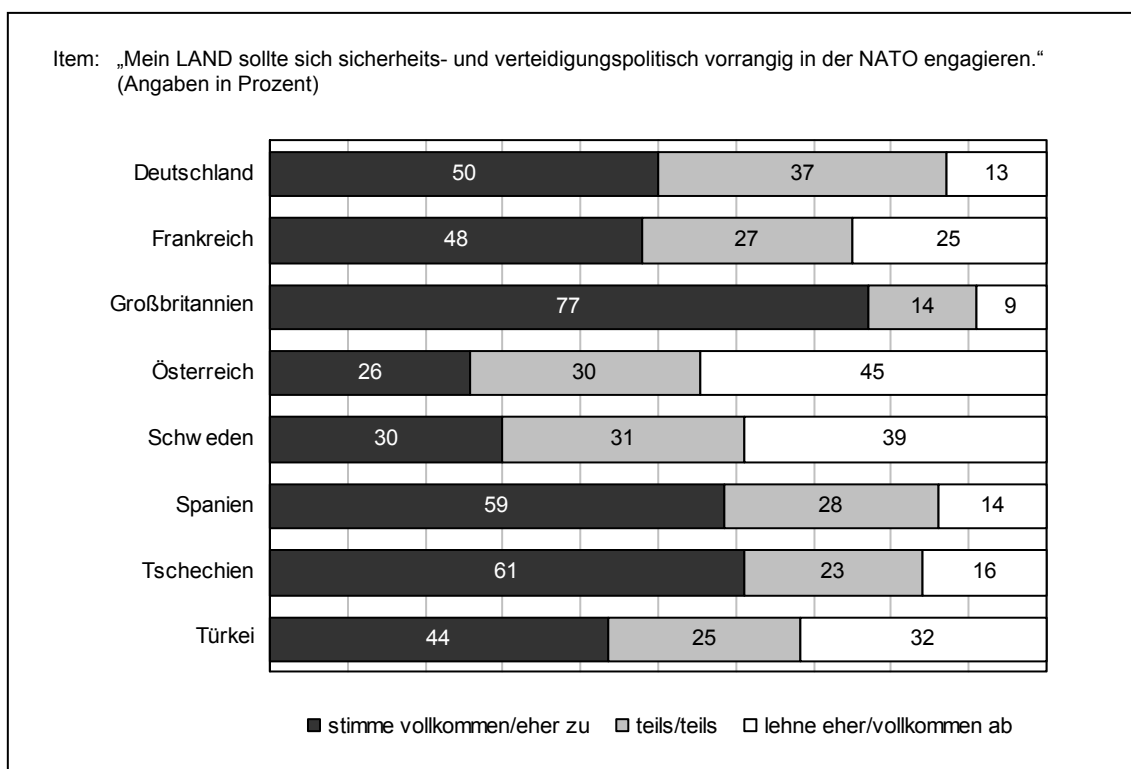
Anmerkung: eta = .32.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Hinsichtlich des Engagements in den Vereinten Nationen zeigt sich ein differenziertes Meinungsbild. Zwar überwiegen in allen acht Ländern die Bevölkerungsanteile, die ein Engagement in der UNO gutheißen, die ablehnenden Stimmen; aber die Zustimmung ist unterschiedlich ausgeprägt. Am höchsten ist sie mit 83 Prozent in Großbritannien, das durch seinen Sitz im Sicherheitsrat hohe Einflussmöglichkeiten in den Vereinten Nationen besitzt. In Spanien und Schweden befürworten jeweils rund drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger das Engagement in der UNO, in Frankreich sind es zwei Drittel, in der Tschechischen Republik etwas weniger. Hierzulande unterstützt die Hälfte der Befragten die Orientierung auf die Vereinten Nationen. Dieser Wert liegt etwas unterhalb dessen, was aufgrund vergleichbarer Untersuchungen zu erwarten war (Bulmahn et al. 2011: 63ff.). Ursache dürfte der explizite Hinweis sein, dass es um ein sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in der UNO geht, ein Engagement in anderen

Kontexten und mit anderen Mitteln (Diplomatie, internationale Wirtschaftspolitik, humanitäre Bemühungen) könnte durchaus auch in Deutschland auf höhere Zustimmung treffen. Eher verhalten ist die Zustimmung zur UNO in Österreich und der Türkei, wo sich ein Viertel bzw. ein Drittel der Befragten ablehnend zeigt. Die Bürgerinnen und Bürger der Türkei vertrauen grundsätzlich eher einer eigenständigen Politik, wenn es um die Gewährleistung der eigenen Sicherheit geht. Dies zeigen die ebenfalls verhaltenen Zustimmungen für das Engagement in der Nato und EU.

Abbildung 3.2: Internationale Einbindung – Zusammenarbeit in NATO



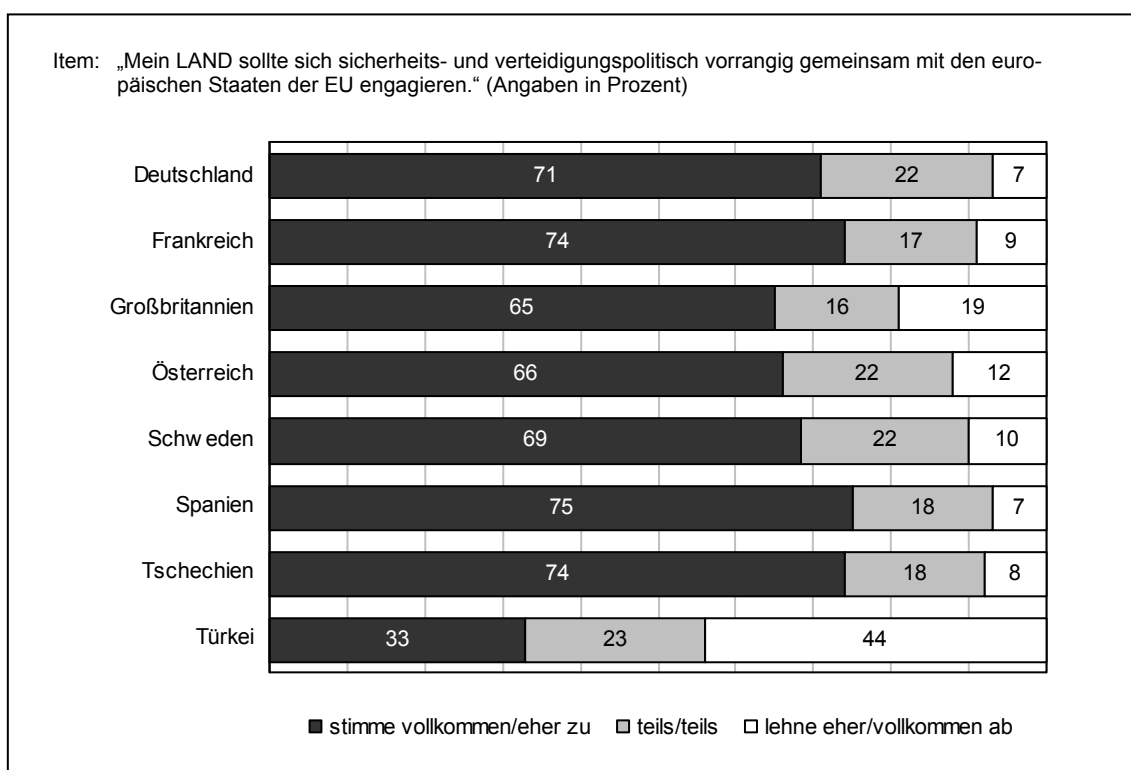
Anmerkung: eta = .34.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die NATO gilt vor allem den Briten als zentrale sicherheitspolitische Organisation. Gerade vor dem Hintergrund der ‚special relationship‘ wundert diese konsequent transatlantische Ausrichtung, die die Anbindung an die USA gewährleistet, nicht. Sie zeigt sich – in ähnlicher Konsequenz – auf Ebene der konkreten Einsätze der britischen Streitkräfte (Jonas/von Ondarza 2010: 127ff.; Giegerich 2006). Die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Ausrichtung auf das Atlantische Bündnis ist in der Tschechischen Republik und in Spanien mit rund 60 Prozent ebenfalls hoch. In Deutschland und Frankreich spricht sich rund die Hälfte der Befragten für die Orientierung auf die

NATO aus. Dabei ist zu beachten, dass in Frankreich die Zahl der dezidierten Kritiker doppelt so hoch ist wie hierzulande. Aber angesichts der komplexen und mitunter komplizierten Mitgliedschaft Frankreichs in der NATO ist dieser Anteil als eher moderat zu bewerten. Auf's Ganze betrachtet zeigt sich in der französischen Bevölkerung ein solides Potenzial für die unter Präsident Sarkozy erfolgte Annäherung der Franzosen an die NATO. In der Türkei befürwortet eine relative Mehrheit die Ausrichtung auf das Atlantische Bündnis, ein Drittel lehnt dies aber auch ab. In Österreich und Schweden überwiegen die Befragten, die sich dagegen aussprechen, dass ihr Land sich sicherheitspolitisch vorrangig in der NATO engagiert. Dies war zu erwarten, da beide Staaten keine Mitglieder der Allianz sind und sich erst in den letzten Jahren an das westliche Verteidigungsbündnis angenähert haben. Neben dem Engagement in Afghanistan, das beide Nationen betreiben, sind die Schweden auch an den von der NATO geführten Luftschlägen gegen Libyen beteiligt. Diese Annäherung an das Atlantische Bündnis wird von bemerkenswerten Teilen der jeweiligen Bevölkerungen zwar gestützt, sie ist aber (noch) nicht mehrheitsfähig.

Abbildung 3.3: Internationale Einbindung – Zusammenarbeit in EU



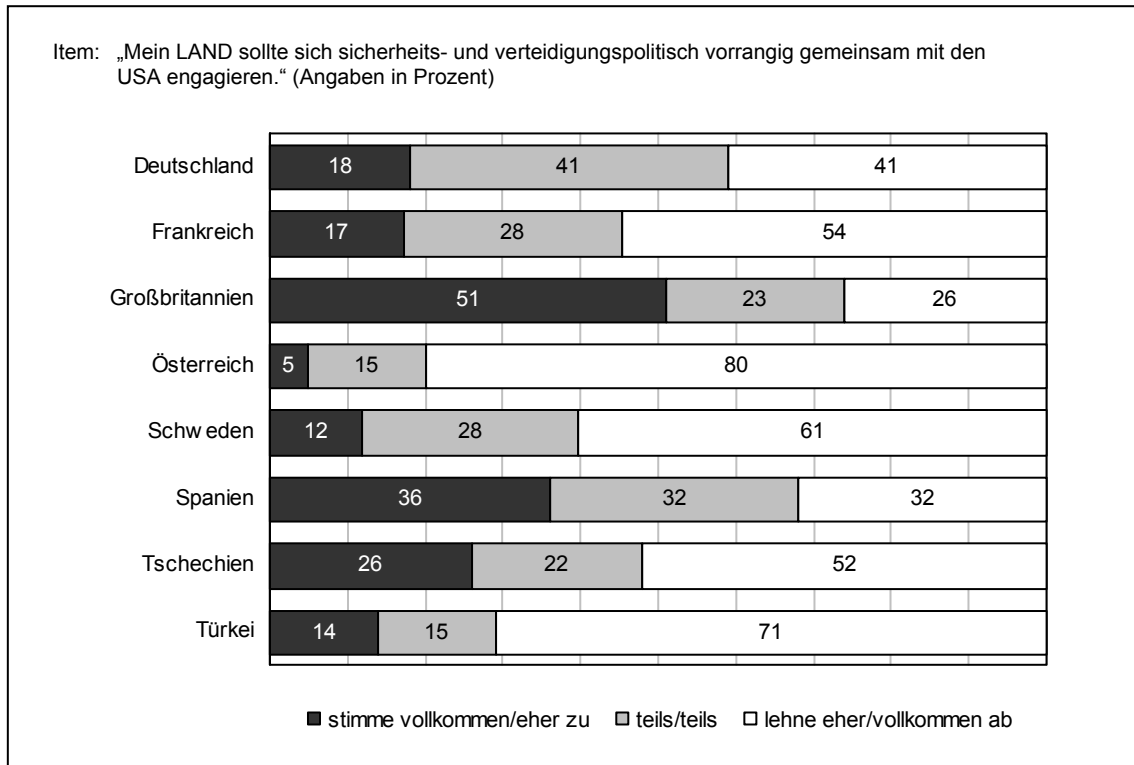
Anmerkung: eta = .34.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Im Vergleich der Organisationen findet sich auch bei der EU ein relativ heterogenes Meinungsbild. Der ausgewiesene eta-Wert ist in etwa so hoch wie bei den Items zur UNO und NATO. Deutliche Mehrheiten zwischen zwei Drittel (Großbritannien, Österreich, Schweden) und drei Viertel der Befragten (Deutschland, Frankreich, Tschechische Republik und Spanien) befürworten die sicherheitspolitische Orientierung ihres Landes auf die EU und damit das Engagement in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Merkliche Gegnerschaft gibt es in diesen sieben Ländern alleine in Großbritannien, wo sich ein knappes Fünftel der Befragten gegen das Engagement in der EU ausspricht. Es gilt festzuhalten, dass auf der allgemeinen und deklaratorischen Ebene länderübergreifend ein bemerkenswertes Potenzial für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik besteht. Allerdings sei auch an dieser Stelle darauf verwiesen, dass dieses nicht mit einer weiteren militärischen Integration oder gemeinsamen Vorstellungen über den Zweck und die Aufgaben von Streitkräften gleichzusetzen ist (siehe hierzu das Kapitel 4).

Die Haltung der türkischen Bevölkerung weicht deutlich vom allgemeinen Muster ab. Hier spricht sich eine relative Mehrheit gegen die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der EU aus, ein Drittel heißt diese gut. Angesichts der jahrzehntelangen erfolglosen Versuche des NATO-Mitglieds Türkei, auch Mitglied der EU zu werden, sowie den Bestrebungen, an den Aktivitäten der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) teilzunehmen, deutet sich in diesem Punkt womöglich eine gewisse Frustration der türkischen Bürgerinnen und Bürger an, die dazu führt, dass die EU den geringsten Zuspruch im Vergleich der sicherheitspolitischen Organisationen erfährt. Hierbei spiegelt sich die Herangehensweise der türkischen politischen Elite, welche – vor dem Hintergrund des Zypernkonflikts – bereits mehrfach Kooperationsvereinbarungen zwischen der EU und der NATO blockierte. Eine Auflösung dieser grundlegenden Blockadehaltung würde die Lösung des Zypernkonflikts und eine politische Annäherung der Türkei an das EU- aber nicht NATO-Mitglied Zypern, respektive den griechisch geprägten Teil im Süden der Insel, voraussetzen.

Abbildung 3.4: Internationale Einbindung – Zusammenarbeit mit USA

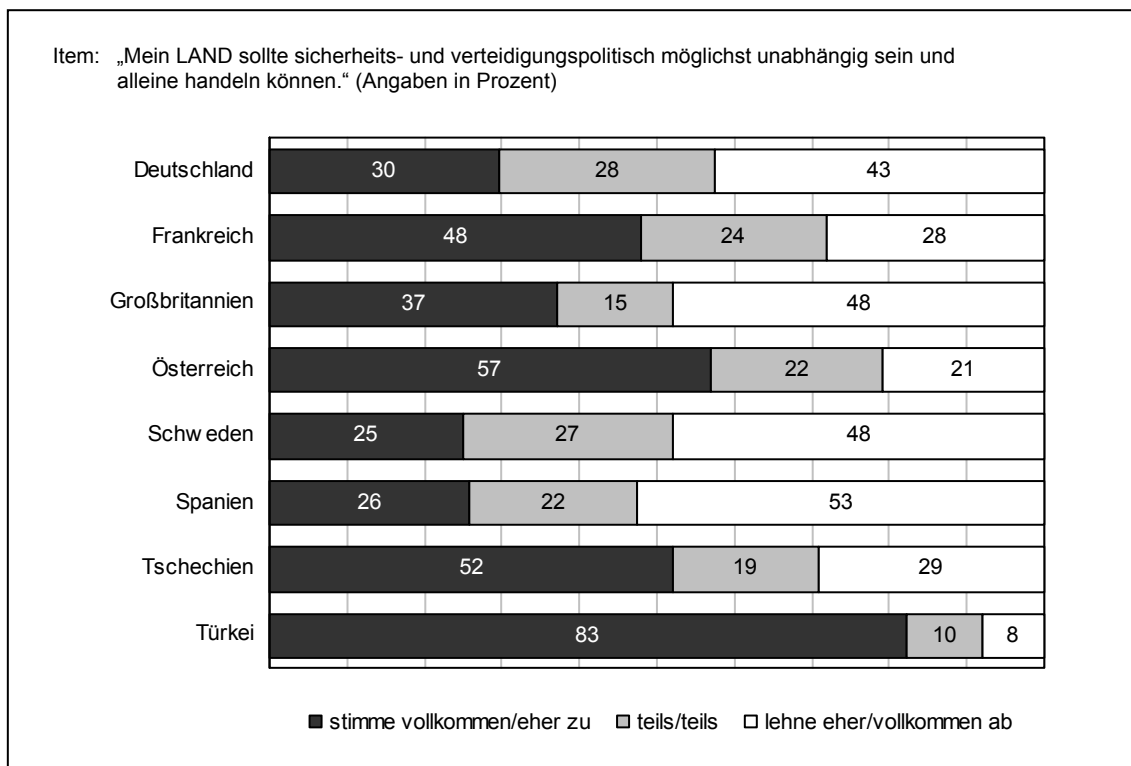


Anmerkung: eta = .37.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Eine sicherheitspolitische Ausrichtung vor allem auf die USA trifft bei den Bürgern in den betrachteten Ländern auf eher verhaltene Zustimmung. 51 Prozent der britischen Befragten bekennen sich zur ‚special relationship‘. Damit befürworten sie als einzige Bevölkerung mehrheitlich die intensive Zusammenarbeit mit den USA. Aber im Vergleich ist auch bei Ihnen die Unterstützung für eine Ausrichtung auf die EU und vor allem auf die NATO stärker. Immerhin ein Drittel der Spanier und ein Viertel der Tschechen heißt die enge Zusammenarbeit mit den USA gut. In den anderen Ländern sind es weniger als 20 Prozent. Im Vergleich zeigen sich in Deutschland und Frankreich gleich große Anteile von Unterstützern, allerdings gibt es mehr Franzosen, die die Anbindung an die Vereinigten Staaten dezidiert ablehnen. Ebenfalls mehrheitliche Ablehnung zeigt sich in der Türkei, Schweden und insbesondere in Österreich. Mithin präferieren die europäischen Bürger eher eine Einbindung in die internationalen Organisationen anstelle bilateraler Abkommen und bilateralen Agierens mit den Vereinigten Staaten.

Abbildung 3.5: Internationale Einbindung – Sicherheitspolitische Unabhängigkeit



Anmerkung: eta = .41.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

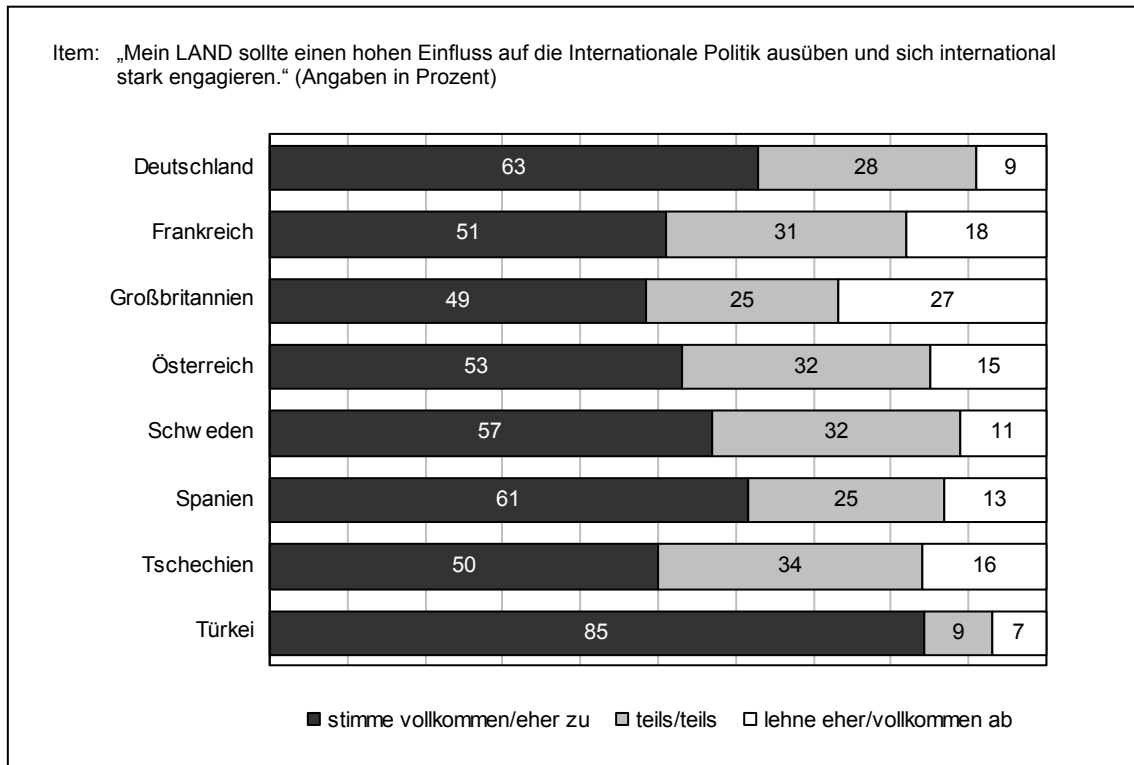
Mit dem vorstehenden Item wurde explizit abgefragt, ob die Bürger eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen, die die Möglichkeit zum selbständigen Handeln offen lässt. Von daher besitzt diese Frage einen anderen Fokus als die vorstehenden, in denen es um die gewünschte Form des multilateralen Engagements ging. Schließlich kann der Wunsch, gemeinsam zu handeln, sei es in der UNO, in der NATO oder in der EU, durchaus mit Vorkehrungen einhergehen, notfalls auch alleine handeln zu können. Allerdings muss bei der Interpretation der Befunde berücksichtigt werden, dass die diversen Nationen naturgemäß sehr unterschiedliche Möglichkeiten besitzen, eigenständig zu agieren. Schließlich sind die militärischen Fähigkeiten der Franzosen und Briten mit Flugzeugträgern und nuklearen Waffen sicherlich andere als die Österreichs oder der Tschechischen Republik, die zusammen weniger als 50 000 Soldaten haben. Dessen ungeachtet ist der Wille, sicherheitspolitisch zum eigenen Handeln in der Lage zu sein, auch bei den Bevölkerungen kleinerer Staaten vorhanden, wie die Auswertung zeigt. So unterstützt jeweils mehr als die Hälfte der österreichischen und tschechischen Befragten die Fähigkeit zum eigenständigen Agieren. Übertroffen werden sie einzig von der Türkei. Dort scheint es geradezu sicherheitspolitischer Konsens zu sein, dass die

Türkei in der Lage sein muss, notfalls auch alleine ohne Partner sicherheits- und verteidigungspolitisch zu handeln. Dies kann als Reaktion auf die Gefährdungen durch die geografische und politische Lage der Türkei verstanden werden. Ein selbständiges Vorgehen wird auch von knapp der Hälfte der Franzosen gutgeheißen – wobei ein bemerkenswerter Unterschied zu den Briten besteht, die dies in gleicher Höhe ablehnen. In Deutschland, Schweden und Spanien wird die Fähigkeit zum eigenständigen Handeln von den Bürgerinnen und Bürgern nicht gewünscht. Hier besteht Konsens über die multilaterale Einbindung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Sicherheitspolitischer Gestaltungswille

Das Engagement in der Internationalen Politik hängt von den Möglichkeiten ab, über die ein Staat verfügt. Wer wenig Einwohner, eine schwache Wirtschaftskraft, kaum politische Einbindung und geringe militärische Fähigkeit besitzt, der wird sich schwer tun, die Sicherheitspolitik zu gestalten. Sind diese Potenziale vorhanden, heißt dies aber nicht zwangsläufig, dass ein Staat die Internationale Politik prägt. Es muss auch der Wille vorhanden sein, von seinen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Gerade Deutschland wird mitunter vorgehalten, es entziehe sich zu oft und übernehme nicht die Verantwortung, die angesichts seiner Möglichkeiten geboten wäre. Erhoben wird deshalb im Folgenden der Wunsch der europäischen Bevölkerungen, dass ihr Land anstrebt die Internationale Politik zu prägen.

Abbildung 3.6: Sicherheitspolitischer Gestaltungswille – Internationales Engagement



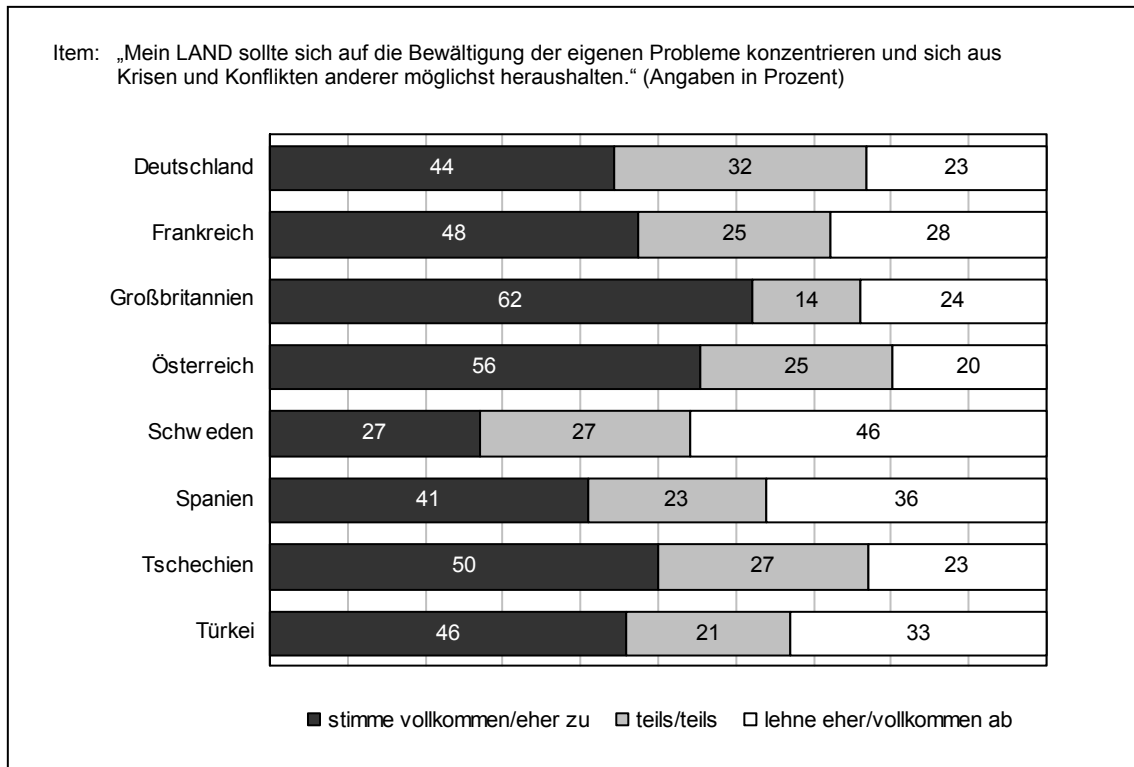
Anmerkung: eta = .28.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Hinsichtlich der Bereitschaft, sich international einzubringen, bestehen zwischen den Ländern gewisse Unterschiede, wobei sich aber in jedem Land die Hälfte oder mehr Befragte für ein internationales Engagement aussprechen. Etwas überraschend fällt der relativ niedrige Wert für Großbritannien (49 Prozent) aus, zumal dort ein Viertel explizit ein internationales Engagement ablehnt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass mit diesem Item nicht das tatsächliche Engagement eines Landes erhoben wird, sondern die Wünsche der Bevölkerung. Angesichts des globalen britischen Engagements bringen wohl einige Befragte ihren Überdruß zum Ausdruck und wünschen eine stärkere Konzentration auf innenpolitische Fragen, Themen und Problemstellungen. Gerade vor dem Hintergrund der massiven wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten in Großbritannien, wird ein solches Meinungsbild verständlich. Dessen ungeachtet spricht sich aber auch dort, wie in allen Ländern, eine Mehrheit für eine internationale Involvierung aus. So heißt auch die deutsche Bevölkerung es grundlegend gut, wenn ihr Land die Internationale Politik gestalten will. In keinem anderen Land geschieht dies aber so stark und nachdrücklich wie in der Türkei. Dieser Befund passt zum starken sicherheitspolitischen

Selbstbewusstsein der türkischen Öffentlichkeit, die ihr Land in einer regionalen Führungsrolle sieht.

Abbildung 3.7: Sicherheitspolitischer Gestaltungswille – Sicherheitspolitische Zurückhaltung



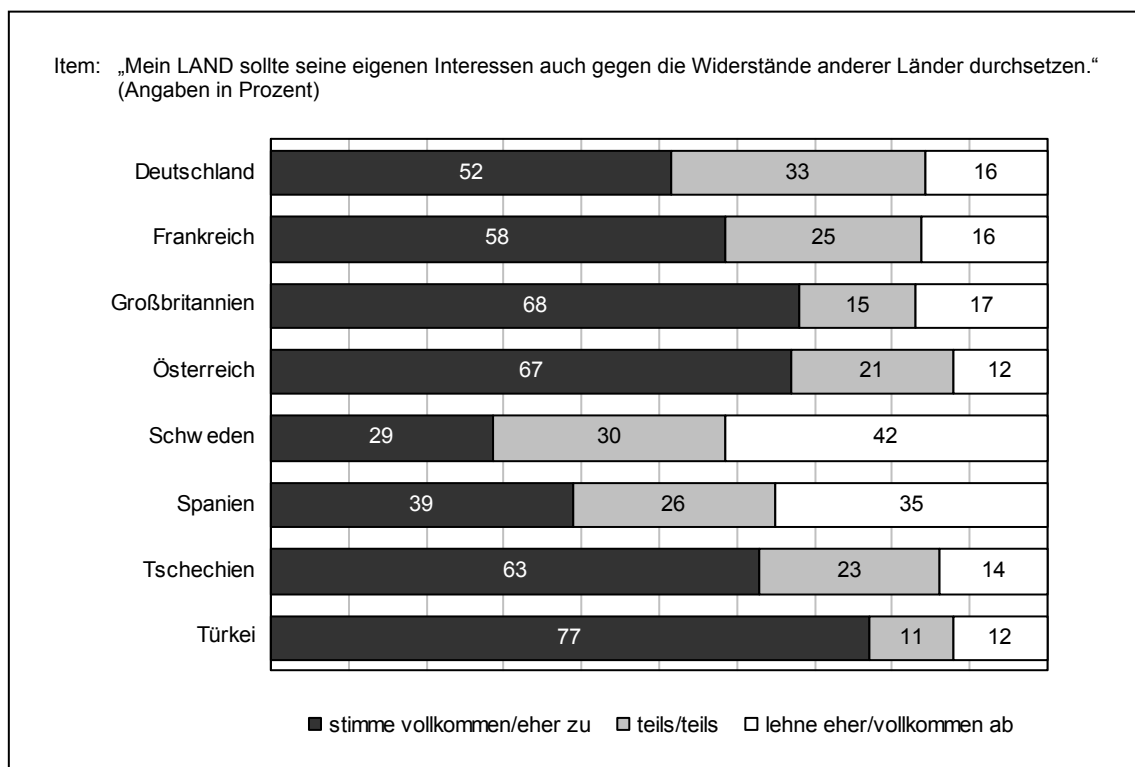
Anmerkung: eta = .21.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Entgegengesetzt zur vorherigen Frage bekunden die Bürger mit diesem Item ihre Unterstützung für eine Konzentration auf die Innenpolitik. Eine solche Forderung ist nicht per se mit isolationistischen Tendenzen gleichzusetzen, aber sie verweist schon auf den Primat der Innenpolitik. Hierbei zeigen sich merkbare Unterschiede zwischen den betrachteten Ländern. In Großbritannien sprechen sich fast zwei Drittel für eine solche Politik aus. Dies passt zum vorstehenden Befund und zeigt eine gewisse Distanz zur intensiven internationalen Involvierung der britischen Politik. In Zeiten wirtschaftlicher und finanzieller Probleme ist nachvollziehbar, dass die Bürgerinnen und Bürger erst mal den Blick nach innen richten (wenngleich die britische Politik diesen Wünschen nicht unbedingt folgt). Mehrheitlich befürworten ansonsten noch die Österreicher und Tschechen die Konzentration auf die Innenpolitik. Dies korrespondiert in Österreich mit der neutralen Tradition des Landes. In Deutschland, Frankreich, Spanien und der Türkei unter-

stützen jeweils über 40 Prozent der Befragten den Blick nach innen. Die geringste Zustimmung findet sich in Schweden. Dieser Befund korrespondiert mit der Tradition des internationalen Engagements der Schweden, das sich nicht alleine in den Truppenstellungen für die UNO konkretisiert, sondern auch im hohen Etat, den die Schweden für Entwicklungszusammenarbeit aufwenden.

Abbildung 3.8: Sicherheitspolitischer Gestaltungswille – Interessenvertretung auch gegen Widerstände



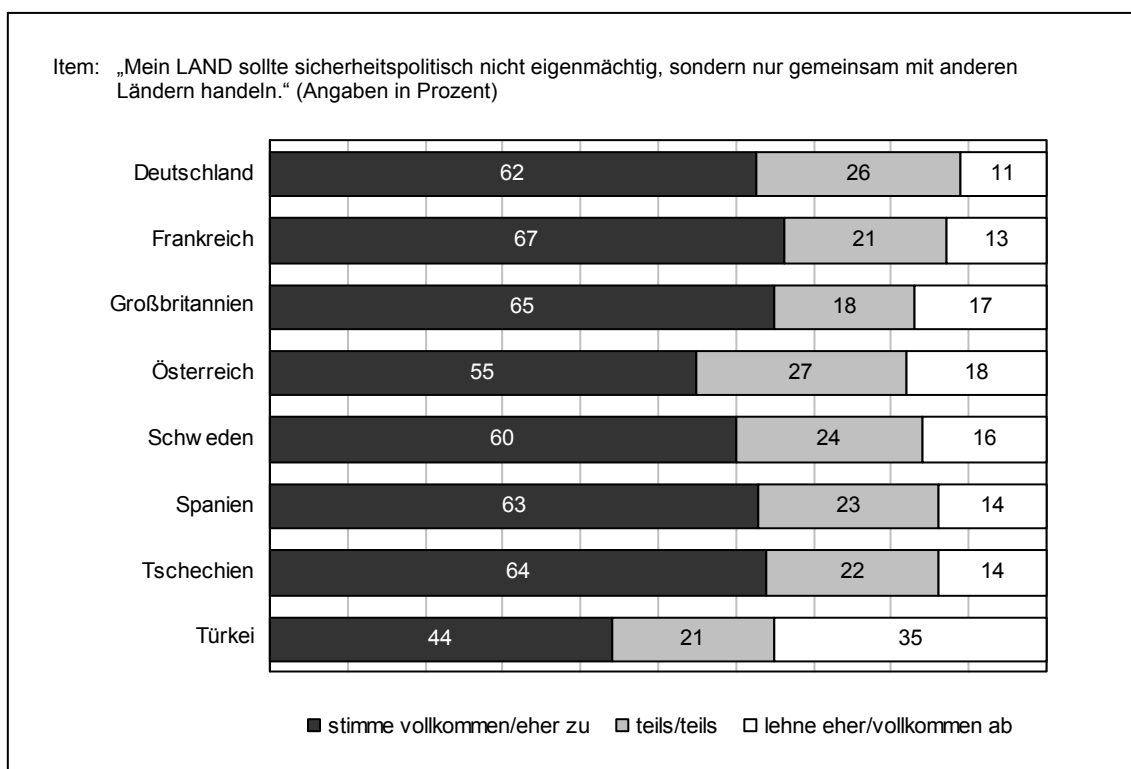
Anmerkung: eta = .33.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

In der Frage des sicherheitspolitischen Gestaltungswillens ist der Aspekt der internationalen Macht eines Landes verborgen. Macht ist, mit Max Weber gesprochen, die Fähigkeit, seinen Willen gegen Widerstände anderer durchzusetzen. Von daher setzt Macht nicht nur ein entsprechendes Potenzial voraus. Benötigt wird auch der Wille, sie einzusetzen. In der internationalen Politik mit ihren vielen Abhängigkeiten ist es eine entscheidende Frage, ob und wann ein Land seine Interessen gegen wen durchsetzen will und kann. Danach gefragt, ob ein machtbewusstes Agieren grundlegend gewünscht ist, gibt es in den europäischen Bevölkerungen unterschiedliche Auffassungen. Mehrheitsfähig ist diese Position vor allem in der Türkei, wo drei von vier Befragten wollen, dass sich

ihr Land auch gegen Widerstände anderer durchsetzt. Daneben stimmen Briten, Tschechen und Österreicher mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu, in Frankreich ist es deutlich über die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger, in Deutschland gut die Hälfte. Weniger Zuspruch erfährt ein solches Agieren in Spanien, am wenigsten in Schweden. Hier heißen es nur drei von zehn Befragten gut, wenn ihr Land eigene Interessen gegen Widerstände anderer Nationen durchsetzt. Schweden und Spanier verfolgen mithin eine stärker konsens- und kompromissorientierte Außen- und Sicherheitspolitik. Dagegen sind andere Bevölkerungen auch mal bereit, Dissens in Kauf zu nehmen, wenn es um die Vertretung eigener Positionen geht. Allerdings sagt der mit diesem Item erhobene Gestaltungswille noch nichts über die Mittel aus, die befürwortet werden, um eigene Interesse durchzusetzen. Wie in den nachstehenden Auswertungen deutlich wird, können diese von diplomatischen über wirtschaftliche bis hin zu militärischen Instrumenten reichen, wobei sich die Nationen mit ausgeprägten internationalen Gestaltungswillen in der Wahl ihrer Mittel unterscheiden.

Abbildung 3.9: Sicherheitspolitischer Gestaltungswille – Sicherheitspolitik nur gemeinsam



Anmerkung: eta = .17.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

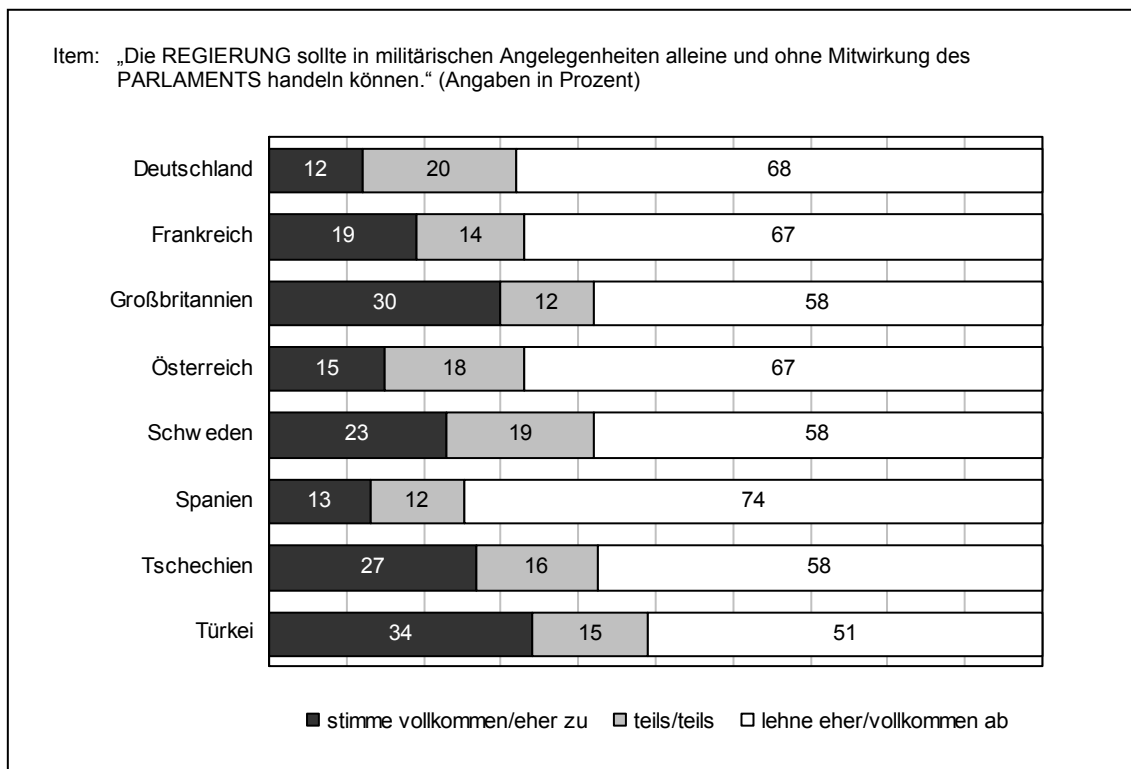
Sicherheitspolitik ist heutzutage ein multilaterales Unterfangen. Sämtliche Einsätze sind multinational geprägt. Die internationalen Organisationen (UNO, NATO, EU) sind in allen Missionen präsent und stellen zugleich die wichtigsten Foren des Austausches, des Interessenabgleichs und der Konfliktregelung in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen dar. All diese Einrichtungen verdeutlichen, dass sicherheitspolitische Aktionen stets das gemeinsame Produkt mehrerer Staaten sind (von den westlichen Staaten sind alleine die USA zu einem nachhaltigen unilateralen militärischen Vorgehen in der Lage). Die Notwendigkeit einer multilateralen Einbindung haben die europäischen Bürger offenbar erkannt und zur Norm erhoben.

Danach gefragt, ob sie ein gemeinsames Vorgehen oder nationale Alleingänge präferieren, fällt die Antwort eindeutig aus: Die Bevölkerungen in allen acht Staaten sprechen sich mit Mehrheit für gemeinsames Handeln mehrerer Staaten aus. In sechs Ländern unterstützen dies jeweils rund zwei Drittel der Bürger, wobei sich nur wenig dezidierte Ablehnung findet. Etwas geringer ist die Zustimmung in Österreich, wo aber immer noch mehr als jeder zweite Befragte die multinationale Ausrichtung der Sicherheitspolitik gutheißt. Deutlich niedriger ist die Unterstützung in der Türkei. Hier findet sich nur eine relative Mehrheit für die multilaterale sicherheitspolitische Einbindung. Ein Drittel der Türken spricht sich dezidiert dagegen aus.

Kompetenzverteilung in der Sicherheitspolitik zwischen Exekutive und Legislative

Die Politikwissenschaft kennt unterschiedliche Kategorisierungen von Demokratien. Eine bezieht sich explizit auf die Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative. Während in präsidentiellen Demokratien die Regierung, oftmals in Form direkt gewählter Präsidenten, die zentrale Instanz ist, zeichnen sich parlamentarische Demokratien durch einen stärkeren Einfluss der Legislative aus. Auch bei sicherheitspolitischen Themen kann es in den diversen politischen Systemen zu unterschiedlichen Kompetenzverteilungen kommen. Wie die Studie von Jonas und von Ondarza (2010: 65ff.) zeigt, konzentrieren sich im britischen und französischen Staatswesen die sicherheitspolitischen Befugnisse bei der Exekutive. In Deutschland zeigt bereits die Bezeichnung der Bundeswehr als ‚Parlamentsarmee‘ die Relevanz des Bundestages an. Im Folgenden ist nicht die reale Kompetenzverteilung zwischen Regierung und Volksvertretung von Interesse. Vielmehr wird anhand von vier Statements geprüft, welche sicherheitspolitischen Befugnisse die Bürger in Exekutive und Legislative verankert sehen wollen.

Abbildung 3.10: Handlungsspielraum der Exekutive – Regierung entscheidet über militärische Angelegenheiten

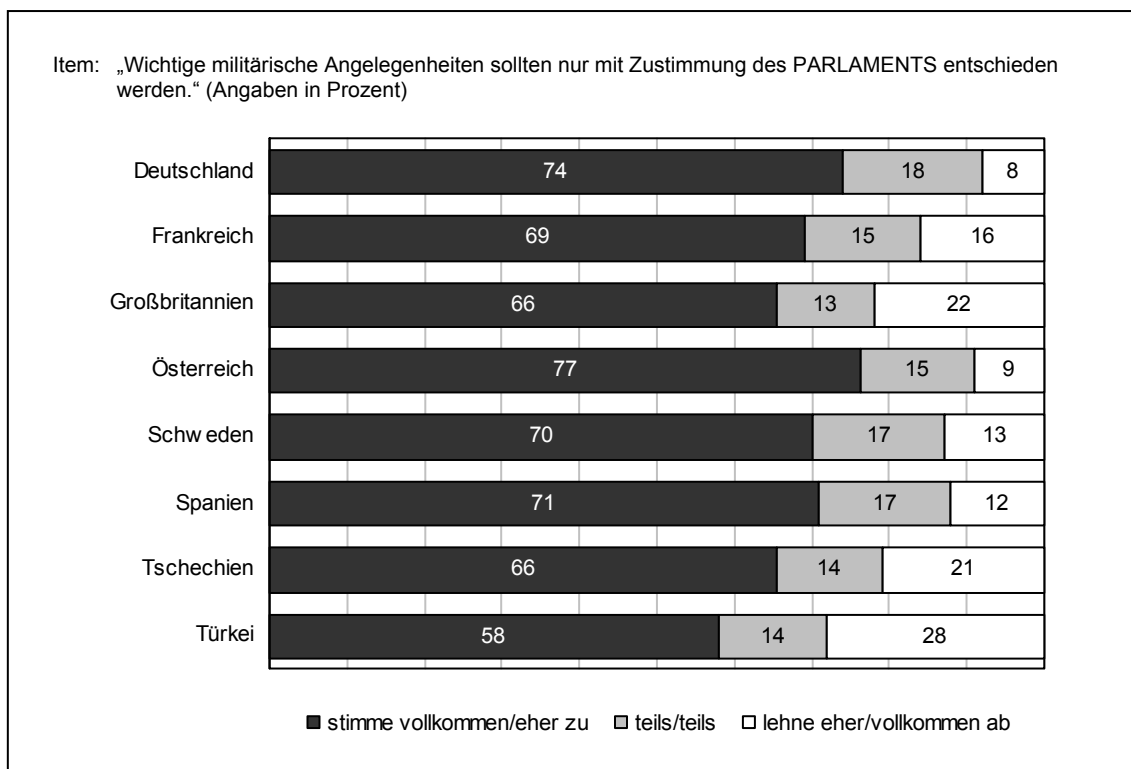


Anmerkung: eta = .18.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die europäischen Bevölkerungen sprechen sich unisono dagegen aus, dass die Regierungen wichtige militärische Angelegenheiten alleine entscheiden können. Dies zeigt sowohl das relativ homogene Meinungsbild als auch der verhältnismäßig moderate eta-Wert. Am ehesten findet diese Forderung noch in der Türkei und in Großbritannien Unterstützung, wo sich jeweils jeder Dritte entsprechend äußert. In Tschechien und Schweden sind es jeweils rund ein Viertel der Befragten. Geringer fällt der Zuspruch in Frankreich aus, wo nur jeder Fünfte Armeeangelegenheiten als ‚domaine réservé‘ der Regierung, die keiner parlamentarischen Mitbestimmung bedürfen, betrachtet. In Spanien, Österreich und Deutschland finden sich verhältnismäßig nur wenige Befragte, die der Exekutive Vollmacht in militärischen Fragen zugestehen. Stattdessen wünschen sich große Mehrheiten der Europäer eine parlamentarische Mitbestimmung, wie auch das nächste Item zeigt.

Abbildung 3.11: Handlungsspielraum der Exekutive – Zustimmung Parlament für militärische Angelegenheiten

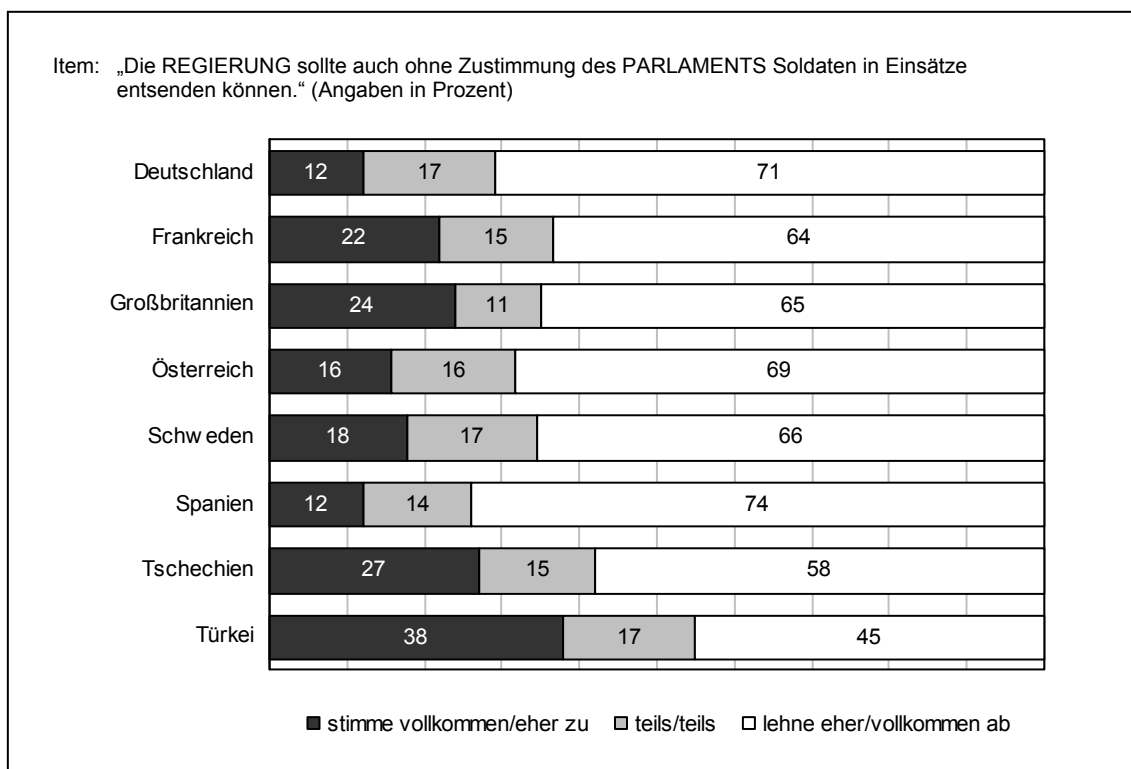


Anmerkung: eta = .16.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

In jedem der untersuchten Länder spricht sich eine Mehrheit für die parlamentarische Mitbestimmung und Kontrolle in Militärangelegenheiten aus. Selbst in der Türkei, dem Land mit dem geringsten Zuspruch, befürworten 58 Prozent der Befragten, dass das Parlament in wichtigen militärischen Fragen mitentscheiden soll. In Großbritannien, der Tschechischen Republik und Frankreich äußern sich jeweils gut zwei Drittel entsprechend, in Spanien, Schweden und Österreich rund drei Viertel. Die stärkste Unterstützung erfährt die Legislative in der Bundesrepublik. Hierzulande wollen 84 Prozent der Befragten, dass der Bundestag in Angelegenheiten, die die Bundeswehr betreffen, ein Wort mitzureden hat. Das Bild der deutschen Streitkräfte als einer ‚Parlamentsarmee‘ ist damit fest im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit verankert. Dies zeigen ebenfalls die Items, die die Entsendung von Soldaten thematisieren.

Abbildung 3.12: Handlungsspielraum der Exekutive – Regierung entscheidet über Einsätze

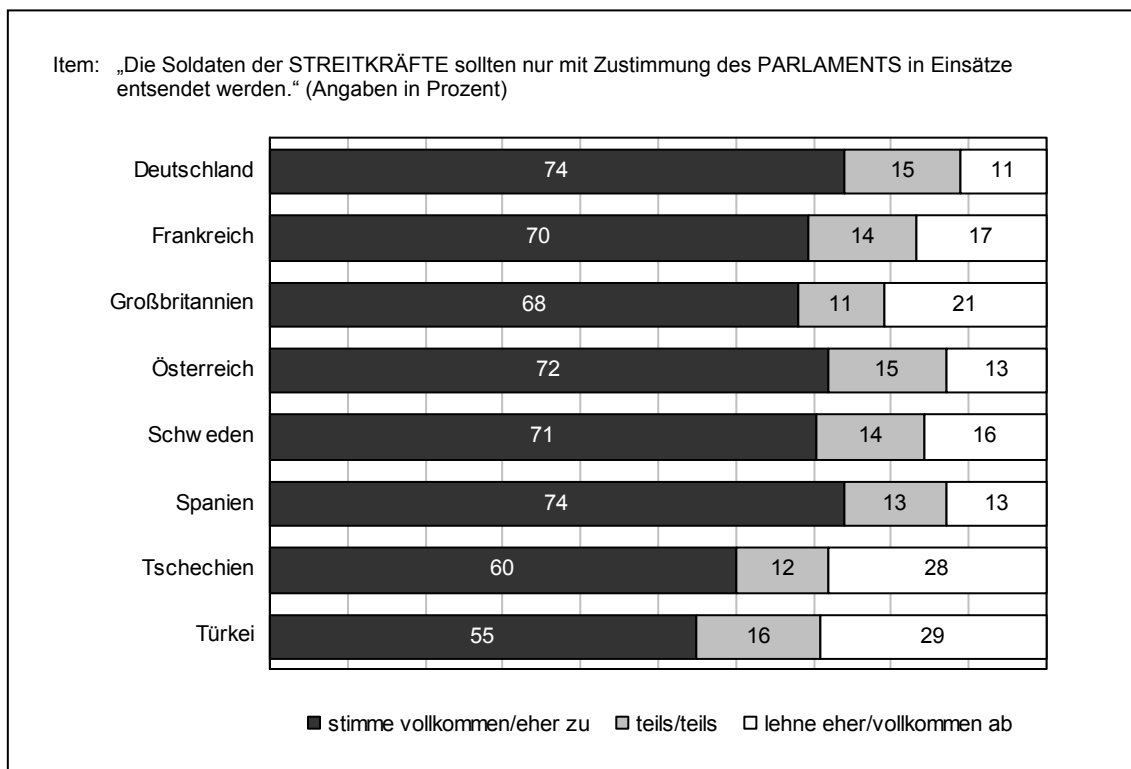


Anmerkung: eta = .20.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Wenn es um die Verantwortung für die Entsendung von Soldaten geht, fällt die Antwort der europäischen Befragten recht eindeutig aus: In keinem Land spricht sich eine Mehrheit dafür aus, dass dies die Regierung alleine entscheiden soll. Am ehestem findet diese Forderung in der Türkei Unterstützung, dort befürwortet sie mehr als jeder dritte Befragte. In der Tschechischen Republik, Großbritannien und Frankreich äußert sich jeweils rund ein Viertel der Bürger entsprechend. Nochmals geringer sind die Anteile in Schweden, Österreich, Spanien und Deutschland. Hier sehen jeweils weniger als 20 Prozent die Regierungen in der alleinigen Pflicht, über die Entsendung von Soldaten zu entscheiden. Das Meinungsbild zu diesem Item korrespondiert mit der Haltung zur Frage, ob das Parlament über militärische Einsätze abstimmen soll.

Abbildung 3.13: Handlungsspielraum der Exekutive – Zustimmung Parlament für Einsätze



Anmerkung: eta = .17.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

In allen betrachteten Ländern sprechen sich Mehrheiten dafür aus, dass die Parlamente der Entsendung von Soldaten zustimmen müssen. Mithin ist die Diskrepanz zwischen den betrachteten Ländern relativ gering, was sich auch in einem niedrigen eta-Wert niederschlägt. In der Türkei ist die Zustimmung am geringsten, aber selbst dort äußert sich über die Hälfte der Befragten entsprechend, in der Tschechischen Republik sind es 60 Prozent. In den anderen Staaten betragen die jeweiligen Anteile zwischen zwei Dritteln und drei Vierteln. Am nachdrücklichsten fordern die deutsche und die spanische Bevölkerung eine parlamentarische Beteiligung. Dies kann als weiteres Indiz dafür gelten, dass hierzulande die Bundeswehr als ‚Parlamentsarmee‘ etabliert ist und von den Bürgerinnen und Bürgern wertgeschätzt wird.

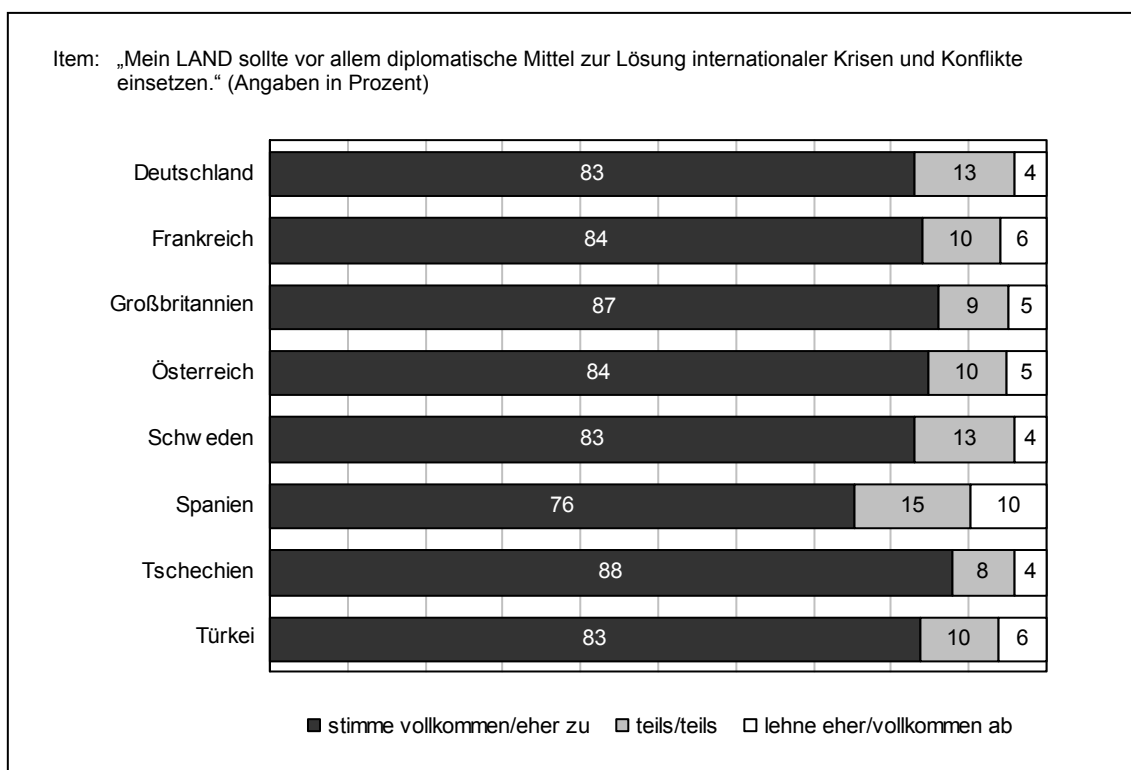
Die Wahl der Mittel

In der Internationalen Politik gibt es eine Reihe von Instrumenten, um sich einzubringen und seine Interessen durchzusetzen. Diese reichen von diplomatischen Kontakten bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt. Die Mittel sind völkerrechtlich unterschiedlich

legitim und unterschiedlich legitimiert. In ihrer Studie zeigen Jonas und von Ondarza (2010: 173f.), dass militärische Gewalt ein akzeptiertes und regelmäßig genutztes Instrument französischer wie britischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellt. Demgegenüber unterliegt die deutsche Politik seit zwei Jahrzehnten einem graduellen Wandel. Während des Ost-West-Konflikts zeichnete sich deutsche Sicherheitspolitik noch durch eine ‚Kultur der (militärischen) Zurückhaltung‘ aus, die militärische Gewalt auf ihre abschreckende Funktion begrenzte und nur in ausgesprochenen Verteidigungssituationen gefordert sah. In den beiden vergangenen Jahrzehnten ist eine schrittweise Modifizierung zu erkennen, wie die vielfältigen Einsätze der Bundeswehr dokumentieren.

Allerdings ist die Annäherung an die britische und französische Auffassung noch nicht so weit gediehen, dass eine Kongruenz feststellbar wäre (ebd.). Vielmehr bestehen hierzulande immer noch höhere politische und gesellschaftliche Hürden, die Streitkräfte in einen kriegerischen Einsatz zu entsenden, als dies bei den westlichen Partnern der Fall ist.

Abbildung 3.14: Sicherheitspolitische Instrumente – Diplomatische Mittel



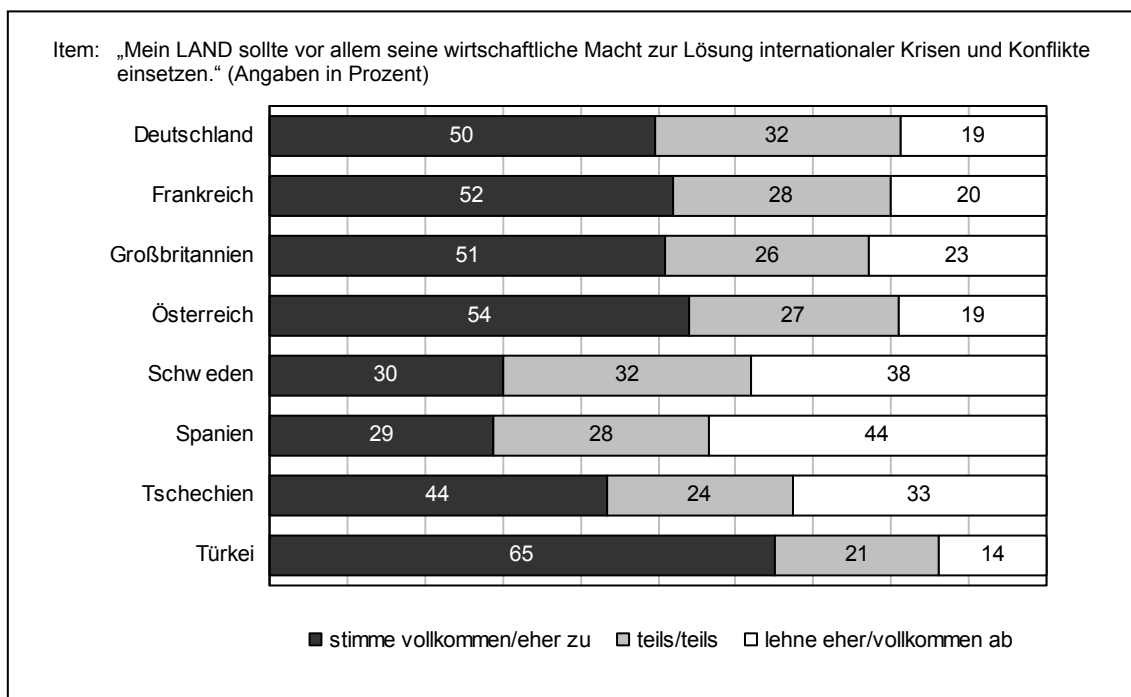
Anmerkung: eta = .12.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Mit Blick auf die europäischen Bevölkerungen stellt sich die Frage, welche der sicherheitspolitischen Instrumente als legitim angesehen werden. Dazu werden die Haltungen zu diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln verglichen. Differenzen zwischen den betrachteten Staaten bestehen vor allem, wenn es um den Einsatz von militärischer ‚hard power‘ (Nye 2004) geht.

Unisono akzeptiert ist der Primat diplomatischer Maßnahmen. Sie sind für alle befragten Bevölkerungen das Mittel der Wahl zur Lösung internationaler Krisen und Konflikte. Die Zustimmung liegt in sieben Ländern bei über 80 Prozent, in Spanien bei drei Vierteln. Zudem gibt es kaum dezidierte Gegnerschaft gegen den bevorzugten Einsatz der Diplomatie zur Konfliktlösung. Wie der vergleichsweise niedrige eta-Wert anzeigt, ist das Meinungsbild zwischen den acht Ländern recht homogen. Die Zuschreibung, dass europäische Staaten in erster Linie diplomatische ‚soft power‘ zur Lösung internationaler Konflikte und Krisen einsetzen, wird von den Bevölkerungen mehrheitlich geteilt.

Abbildung 3.15: Sicherheitspolitische Instrumente – Wirtschaftliche Macht



Anmerkung: eta = .26.

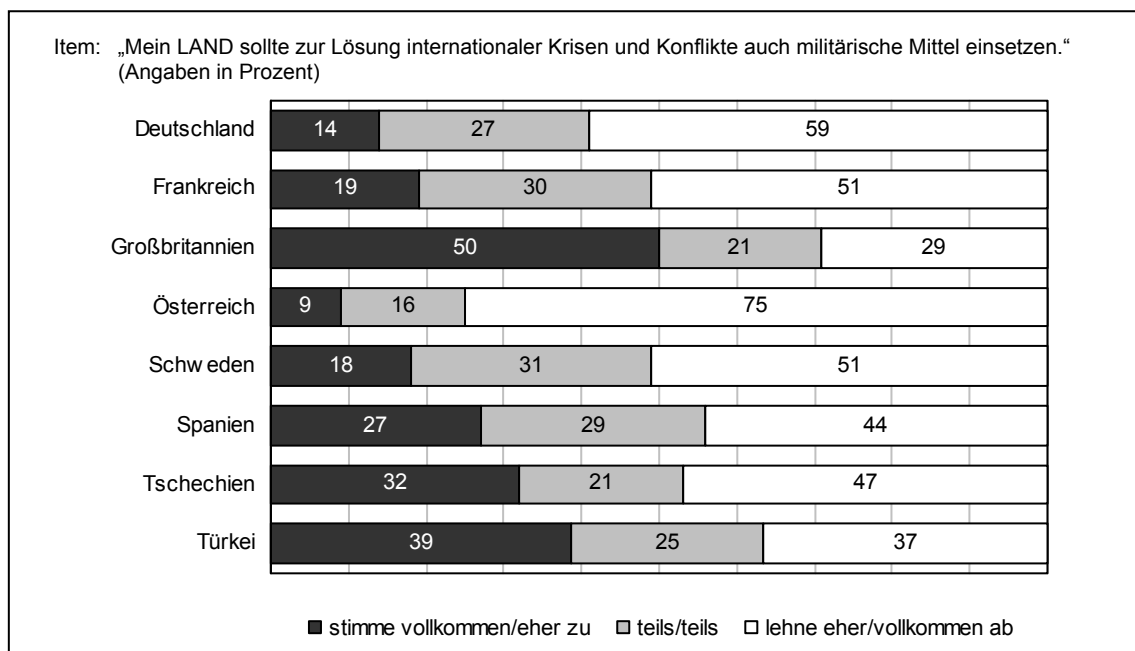
Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Kontroverser gestalten sich die europäischen Meinungsbilder bereits, wenn es um den Einsatz wirtschaftlicher Macht geht. Objektiv betrachtet ist die Fähigkeit, wirtschaft-

liche Macht auszuüben, in den betrachteten Ländern sicherlich unterschiedlich ausgeprägt. Sie trifft bei den Bevölkerungen aber auch auf unterschiedlichen Zuspruch. Dies könnte in Teilen darauf zurückzuführen sein, dass die Bürgerinnen und Bürger sich unterschiedliche Vorstellungen vom Einsatz wirtschaftlicher Instrumente machen. Diese können von Sanktionen und Handelseinschränkungen gegen andere Länder bis hin zu Hilfsleistungen und Zahlungen reichen. Die gewählte Itemformulierung umschließt jedenfalls alle diese Maßnahmen.

Am nachdrücklichsten befürworten die Türken den Einsatz wirtschaftlicher Macht in der Internationalen Politik. Zwei Drittel der türkischen Befragten unterstützen eine solche Forderung. Dies trifft auch auf die Hälfte der Deutschen, Franzosen, Briten und Österreichern zu. Skeptischer äußern sich die tschechischen Bürger. In Schweden und Spanien ist eine solche Politik wiederum nicht mehrheitsfähig. Hier lehnt die Mehrheit der Befragten die Forderung, dass ihr Land vor allem seine wirtschaftliche Macht zur Lösung internationaler Krisen und Konflikte einsetzen sollte, ab. Damit besteht ein gewisser Dissens hinsichtlich der Verwendung ökonomischer Instrumente in der internationalen Konfliktbearbeitung. Noch kontroverser wird aber der Einsatz von Streitkräften durch die europäischen Bevölkerungen bewertet. Hierbei zeigen sich teilweise gravierende Diskrepanzen zwischen den Befragten aus den acht Staaten.

Abbildung 3.16: Sicherheitspolitische Instrumente – Militärische Mittel zur Konfliktlösung

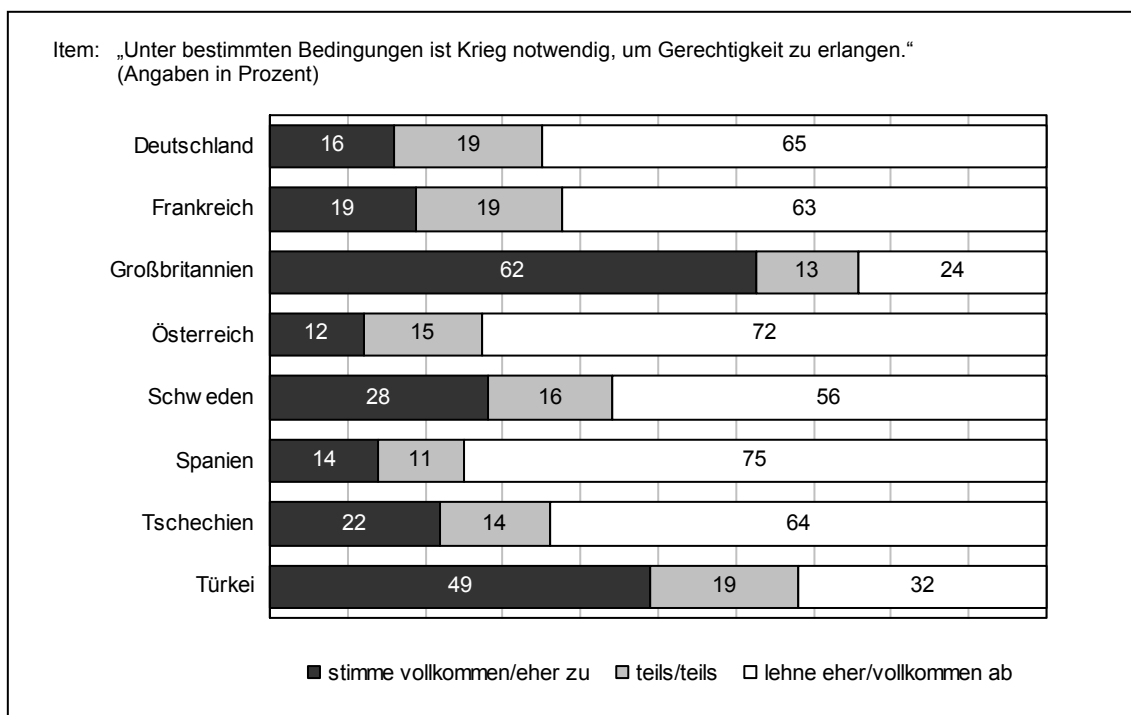


Anmerkung: eta = .29.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Diese Dissonanz unterlegt bereits der eta-Wert von .29. Zudem ist bei der Interpretation der Befunde zu berücksichtigen, dass das gewählte Item recht zurückhaltend formuliert ist: Es geht darum, auch militärische Mittel, also neben anderen, zur Lösung internationaler Konflikte einzusetzen. Dennoch ist die grundlegende Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt alleine in Großbritannien mehrheitsfähig. Dort spricht sich die Hälfte der Befragten dafür aus, gegebenenfalls Streitkräfte zu entsenden. Dies bestätigt die vorliegenden Erkenntnisse zur britischen Öffentlichkeit, die weitaus eher bereit als die kontinentaleuropäischen ist, militärische Einsätze grundlegend zu befürworten (Jacobs 2008). Gespalten ist das Meinungsbild in der Türkei, wo sich jeweils gleich große Bevölkerungsanteile für und gegen militärische Gewaltmittel aussprechen und ein Viertel sich einer dezidierten Festlegung enthält. In den sechs restlichen Staaten ist jeweils eine Mehrheit gegen die militärische Lösung von Konflikten: In Tschechien befürwortet nur jeder dritte Befragte, in Spanien nur jeder Vierte militärische Konfliktbearbeitung. Vorbehalte bestehen insbesondere in Deutschland und Österreich, aber auch die Bevölkerungen in Schweden und – für manche wohl etwas überraschend – in Frankreich zeigen sich reserviert, wenn es um den Einsatz von Gewaltmitteln geht. Allerdings zeigten dies bereits die Transatlantic-Trends-Studien (siehe auch Jacobs 2008). Die in der Bundesrepublik und in der Bundeswehr verbreitete Wahrnehmung, dass die französische Politik ein ähnliches (unbefangenes) Verhältnis zur militärischen Gewalt wie die britische Politik hat, muss folglich korrigiert werden. Dies mag für den Bereich der politischen Eliten gelten (so auch Jonas/von Ondarza 2010: 173f.). Es trifft aber nicht für die Bevölkerung zu. Hier sind ähnliche große Vorbehalte bei den französischen Bürgerinnen und Bürgern anzutreffen wie in den anderen kontinentaleuropäischen Bevölkerungen. Mithin ist davon auszugehen, dass die Anwendung militärischer Gewalt – zumal mit offensivem Charakter – in den europäischen Öffentlichkeiten auf manifeste Bedenken trifft. Dies zeigt auch das nächste Item, das nach der Rechtfertigung von Krieg fragt.

Abbildung 3.17: Sicherheitspolitische Instrumente – Krieg notwendig



Anmerkung: eta = .40.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die Frage nach der grundlegenden Legitimation von Krieg wird in den europäischen Öffentlichkeiten unterschiedlich beantwortet. Einen Zuspruch zu dem Statement, das unter bestimmten Bedingungen Krieg notwendig sei, um Gerechtigkeit zu erlangen, erteilt mit deutlicher Mehrheit die britische Bevölkerung. Zwei Drittel der dortigen Befragten stimmen dieser Aussage zu, ein Viertel lehnt sie ab. Mit knapper Mehrheit befürwortet ansonsten nur die türkische Bevölkerung Krieg als legitimes Mittel, wogegen sich aber auch ein Drittel der Türken ausspricht. In den anderen Staaten überwiegt die Ablehnung. In Tschechien und Schweden stimmen immerhin noch über 20 Prozent der Befragten dem Item zu, in den anderen Ländern sind es weniger. Wiederum zeigt sich in der französischen Bevölkerung ein ähnliches Meinungsbild wie in der deutschen. Auch dies ist ein Beleg dafür, dass die französischen Bürgerinnen und Bürger massive Vorbehalte gegen den Einsatz militärischer Gewalt hegen. In der Gesamtschau beider Items zeigt sich, dass es in den kontinentaleuropäischen Staaten wesentliche Vorbehalte gegen militärische ‚hard power‘ gibt. Hiervon weicht die türkische Öffentlichkeit etwas und die britische deutlich ab. In den Bevölkerungen dieser beiden Länder ist eine grundlegende Bereitschaft zur Lösung internationaler Konflikte durch Waffengewalt vorhanden. Diese ist aber nicht gleichzusetzen mit der Unterstützung für jedweden Waffen-

gang. Wie das Kapitel zum ISAF-Einsatz zeigt (Kapitel 5), können auch in diesen Ländern Vorbehalte gegen bestimmte Missionen oder die Übernahme gewisser Aufgaben für die eigenen Streitkräfte bestehen.

Im Vergleich der vier Spektren fällt auf, dass das Meinungsbild zur exekutiven und legislativen Zuständigkeit in Streitkräftefragen homogener ist als in den anderen Bereichen. Dies belegen die vergleichsweise niedrigen eta-Werte. Damit besteht in den europäischen Bevölkerungen weitgehender Konsens: Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass die Parlamente die entscheidende Instanz sind, um über militärische Themen und Soldatenentsendungen zu entscheiden. Sie wollen es nicht der Exekutive überlassen, ohne parlamentarische Rückbindung in diesen Fragen zu entscheiden. Die Praxis der Parlamentsarmee mag in den verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgeprägt sein. Aber auch in Ländern wie Frankreich und Großbritannien, in denen traditionell der Präsident bzw. die Regierung über wichtige sicherheitspolitische Fragen und militärische Einsätze entscheiden, spricht sich die Bevölkerung für einen Ausbau der parlamentarischen Befugnisse aus. Wie Jonas und von Ondarza dokumentieren, gab es in beiden Staaten durchaus entsprechende Absichten (wenngleich mit durchwachsenem Erfolg). Diese werden von den Bürgern nachhaltig unterstützt. Woher deren Präferenz für die parlamentarische Mitbestimmung rührt, kann auf Basis der vorhandenen Daten nicht abschließend geklärt werden. Die Vermutung liegt aber nahe, dass die Bürger sich und ihre sicherheitspolitischen Interessen besser vertreten sehen, wenn die gewählten Abgeordneten darüber entscheiden. Von daher wäre das eindeutige Votum der Befragten als Wunsch zur Rückbindung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die Präferenzen der Wählerinnen und Wähler zu verstehen.

Struktur der sicherheitspolitischen Einstellungen

Bislang folgte die Einteilung der verwendeten Items den in der Studie von Jonas und von Ondarza (2010) ermittelten Spektren. Diese wurden auf der Basis einer qualitativen Analyse der grundlegenden Aspekte der deutschen, französischen und britischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einem induktiven Verfahren herausgearbeitet. Demnach lassen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erkennen, wenn der sicherheitspolitische Gestaltungswille, die internationale Einbindung, das Verhältnis exekutiver und legislativer Befugnisse sowie das Verhältnis zur militärischen Gewalt betrachtet werden. Entlang dieser Spektren haben Jonas und von Ondarza die grundlegenden sicherheitspolitischen Aspekte der betrachteten

Staaten positioniert und entsprechende Trends und Veränderungen beschrieben. Da sich diese Studie auf die politische Elite und die sicherheitspolitische Praxis der Länder konzentriert, ist offen, ob sich die vier identifizierten Spektren ebenso in den Bevölkerungseinstellungen wiederfinden. Schließlich könnten sich in den Haltungen der Bürgerinnen und Bürger auch andere Differenzierungen und Strukturen zeigen. Aus diesem Grund wird im Folgenden eine Faktorenanalyse der Itematterie zur Strategischen Kultur durchgeführt. Dieses Analyseverfahren identifiziert die Zahl und Charakteristik der statistisch unabhängigen Dimensionen. Das heißt, es wird geprüft, wie viele Faktoren – ähnlich den Spektren von Jonas und von Ondarza – es in den Bevölkerungseinstellungen zu den grundlegenden Aspekten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt und wie diese beschaffen sind. Grundgedanke der Analyse ist, dass die Faktoren unabhängig voneinander sind, d. h. dass die Position eines Befragten auf einem Faktor keinen Einfluss auf seine Position auf einem anderen Faktor ausübt.

Die Auswertung zeigt eine fünffaktorielle Lösung, die inhaltlich teilweise identisch mit den Spektren von Jonas und von Ondarza ist, teilweise aber auch eigene Dimensionen ausbildet:

Auf dem ersten Faktor laden die Items, die die präferierte internationale Einbindung abbilden (UNO, NATO, EU, USA) sowie das Item, das den Wunsch zur multilateralen Einbindung zum Ausdruck bringt. Damit korrespondiert auch die negative Nebenladung des Items, das isolationistische Tendenzen erfasst. Der zweite Faktor exekutive vs. legislative Kompetenzen bildet exakt die Items ab, die bei der Konstruktion der Skala für diesen Bereich vorgesehen waren. Die ähnlichen Ladungen sowie die Abwesenheit von Nebenladungen zeigen, dass diese Items sehr konsistent das Meinungsbild der Bürger zur Kompetenzverteilung zwischen Exekutive und Legislative abbilden. Der dritte Faktor Unilateralismus fasst Items zusammen, die den Wunsch nach einem selbständigen Agieren zum Ausdruck bringen. Dabei geht es um Unabhängigkeit und die Fähigkeit sowie den Willen, seine Interessen gegen andere Staaten durchzusetzen. Zugleich spielt aber auch eine ‚isolationistische‘ Tendenz und der Wunsch, sich aus dem internationalen Geschehen herauszuhalten, hinein. Dieser Faktor erinnert an Befunde zur Struktur amerikanischer Bevölkerungseinstellungen (Chittick et al. 1995: 315), die einen Faktor beschreiben, der uni- und multilaterale Haltungen differenziert. Bei den europäischen Bevölkerungen stellen diese beiden Ausrichtungen allerdings unabhängige Tendenzen und Präferenzen dar. Auf dem vierten Faktor laden die beiden Items, die die Haltung zur militärischen Gewalt abbilden. Interessanterweise weist hier das Item, das die Zusammenarbeit mit den USA erfasst, eine hohe Nebenladung auf. Offensichtlich besteht eine

Verbindung zwischen der Zustimmung zum Einsatz militärischer Gewalt und der Bereitschaft, gemeinsam mit den USA sicherheitspolitisch zu agieren. Der letzte identifizierte Faktor erfasst das internationale zivile Engagement. Dieses stellt damit keinen Widerspruch zur militärischen Gewalt dar, vielmehr bestehen beide Faktoren unabhängig nebeneinander.

Tabelle 3.1: Faktorenanalyse sicherheitspolitischer Einstellungen⁴

	Faktor 1 Internationale Einbindung	Faktor 2 Exekutive vs. Parlamentarische Kompetenzen	Faktor 3 Unilateralismus	Faktor 4 Militärische Gewalt	Faktor 5 Internationales ziviles Engagement
Sicherheitspolitischer Gestaltungswille					
Internationales Engagement					0,69
Sicherheitspolitische Zurückhaltung			0,77		
Interessenvertretung auch gegen Widerstände			0,69		
Sicherheitspolitik nur gemeinsam	0,56				
Exekutive vs. legislative Kompetenzen					
Regierung entscheidet über militärische Angelegenheiten		0,73			
Zustimmung Parlament für Einsätze		-0,73			
Zustimmung Parlament für militärische Angelegenheiten		-0,72			
Regierung entscheidet über Einsätze		0,74			
Internationale Einbindung					
Zusammenarbeit in EU	0,70				
Zusammenarbeit mit USA	0,61			0,35	
Zusammenarbeit in NATO	0,65				
Zusammenarbeit in UNO	0,65				
Sicherheitspolitische Unabhängigkeit	-0,38		0,59		
Sicherheitspolitische Instrumente					
Militärische Mittel zur Konfliktlösung				0,76	
Diplomatische Mittel					0,58
Krieg notwendig				0,80	
Wirtschaftliche Macht					0,59
Eigenwert	2,34	2,31	1,63	1,55	1,44
Erklärte Varianz	13,75	13,57	9,59	9,14	8,49

Anmerkung: Varimax-Rotation, Hauptkomponentenanalyse.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

4 Die Faktorenanalyse wurde mit dem kompletten Datensatz berechnet. Die verwendete Gewichtung korrigiert dabei nur (soziodemografische) Verzerrungen innerhalb der Länder. Die unterschiedliche Bevölkerungsgröße in den acht Staaten bleibt jedoch unberücksichtigt. Ermittelt wird folglich die Faktorstruktur im Datensatz. Für diese Vorgehensweise spricht, dass bei einer Berücksichtigung der Größenverhältnisse zwischen den Ländern, die großen Staaten die Dimensionalität des Meinungsbildes dominiert hätten. Zur Kontrolle wurden nach Ländern separierte Analysen berechnet. Diese werden nicht in tabellarischer Form ausgewiesen, aber im Text diskutiert.

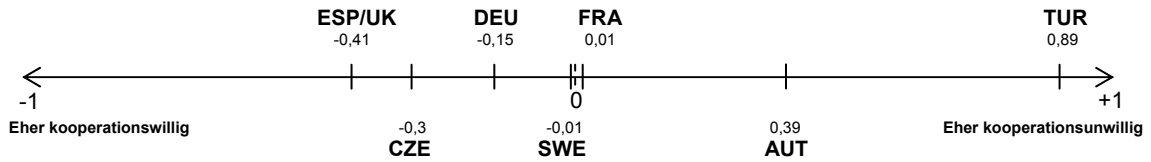
In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Bevölkerungseinstellungen in Teilen die gleiche Struktur aufweisen wie die Spektren, die Jonas und von Ondarza zum qualitativen Vergleich der grundlegenden Aspekte der deutschen, französischen und britischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik herausgearbeitet haben. Die Bereiche internationale Orientierung sowie exekutive und legislative Kompetenzen sind in beiden Untersuchungen nahezu identisch. Der Gegensatz von ‚hard‘ und ‚soft power‘ wird in der Bevölkerungshaltung reduziert auf das Verhältnis zur militärischen Gewalt, der sicherheitspolitische Gestaltungswille aus der qualitativen Analyse verteilt sich auf die Frage nach der Akzeptanz unilateralen Agierens und der Unterstützung internationalen Engagements mit rein zivilen, d. h. diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln. Für die Stabilität dieser Dimensionalität spricht neben der konzeptionellen Kongruenz, dass sich bei separaten Analysen in fünf Staaten eine fünffaktorielle Lösung ergibt. Daneben zeigen sich in Spanien vier Faktoren, die in weiten Teilen mit der Einteilung von Jonas/von Ondarza kompatibel sind. Bei den Befragten aus der Tschechischen Republik zeigt sich eine sechsfaktorielle Lösung, da die diplomatische Mittel auf einem eigenen Faktor laden. Allerdings ist aus den Daten nicht zwingend ersichtlich, worauf dies zurückzuführen ist. Zudem lassen die Eigenwerte der unrotierten Faktorenlösung auch vier Dimensionen sinnvoll erscheinen, was gegen die Stabilität der sechsfaktoriellen Lösung bei den tschechischen Befragten spricht. In Schweden ergeben sich ebenfalls sechs Dimensionen, dort gehen isolationalistische und unilaterale Tendenzen auseinander. Ungeachtet dieser notwendigen Differenzierungen ist aus statistischer Perspektive von fünf unabhängigen Faktoren auszugehen, die das Meinungsbild der europäischen Bevölkerungen strukturieren und anhand derer sich die Positionen der einzelnen Bevölkerungen sinnvoll abbilden lassen.

Sicherheitspolitische Positionierungen der europäischen Bevölkerungen

Im Folgenden wird die Lage der acht betrachteten europäischen Bevölkerungen auf den identifizierten sicherheitspolitischen Dimensionen ermittelt. Dazu werden die Faktorwerte für jeden Befragten berechnet. Durch den Ländervergleich der Mittelwerte erkennt man anschließend die Position der diversen Bevölkerungen auf den fünf Faktoren. Dabei ist von Vorteil, dass die Faktorwerte standardisiert sind, d. h. ihr Mittelwert beträgt über den gesamten Datensatz gerechnet 0. Zudem werden die Diskrepanzen in den Meinungsbildern vergleichend sichtbar. Weichen die jeweiligen Mittelwerte stärker

voneinander ab, dann besteht ein höherer Dissens in diesen Fragen, was auch der dazugehörige eta-Wert unterstreicht.

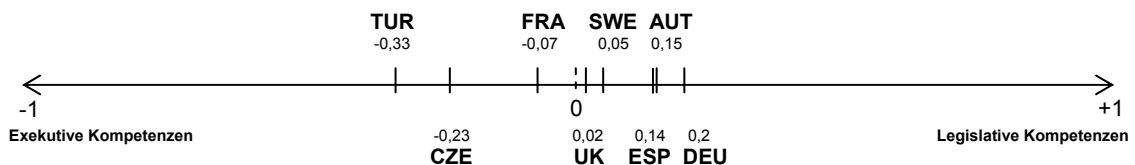
Faktor 1: Internationale Orientierung (eta = .41)



Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Geht es um die Frage der multilateralen Zusammenarbeit und des Engagements in internationalen Organisationen zeigen sich insbesondere Spanien und Großbritannien kooperationsbereit. Allerdings zielt diese Bereitschaft, wie die vorstehende Analyse der einzelnen Items zeigte, in unterschiedliche Richtungen: in Spanien stärker auf die EU, in Großbritannien eher auf die NATO. Ebenfalls ausgeprägte multilaterale Orientierung zeigen die tschechische und die deutsche Bevölkerung. Etwas reservierter sind Franzosen und Schweden. In Österreich und insbesondere in der Türkei finden sich wiederum die größten Bevölkerungsanteile, die einer internationalen Orientierung der Sicherheitspolitik skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Wie der eta-Wert (.41) zeigt, bestehen in dieser Frage bemerkenswerte Differenzen zwischen den Bürgern der betrachteten Staaten.

Faktor 2: Exekutive vs. Legislative (eta = .18)

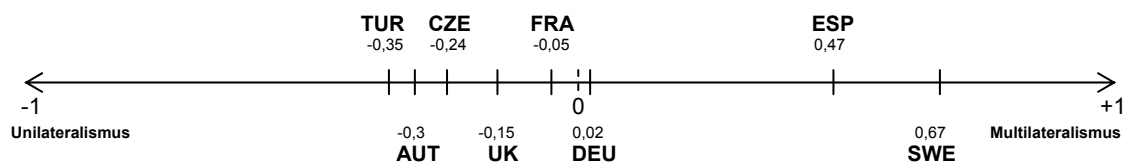


Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Dies gilt nicht hinsichtlich der Kompetenzverteilung zwischen Exekutive und Legislative. Geht es um Fragen der Sicherheitspolitik, dann sind sich die Bürger Europas weitgehend einig (wie bereits der moderate eta-Wert von .18 nahelegt): Die Parlamente sollen in allen wichtigen militärischen Angelegenheiten und erst recht bei Einsätzen mitentscheiden können. Am nachdrücklichsten wird dies in Deutschland vertreten. Hierzu unterstützen die Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich das Prinzip der Parla-

mentsarmee. Dieses findet auch in Österreich und Spanien breite Unterstützung. Weniger ausgeprägt ist die Zustimmung in Schweden, Großbritannien und Frankreich. Am ehesten sind noch die Türken und Tschechen bereit, der Regierung alleinige Befugnisse in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen zuzugestehen. Die gewählte Darstellung mit den um den Mittelwert 0 gruppierten Faktorwerten darf aber nicht den Eindruck erwecken, als seien diese Bevölkerungen bereits mehrheitlich gegen parlamentarische Entscheidungsbefugnisse. Denn wie die Auswertungen der einzelnen Items zeigten, finden sich auch in der Türkei und der Tschechischen Republik Mehrheiten, die parlamentarische Kontrollen und Befugnisse gutheißen.

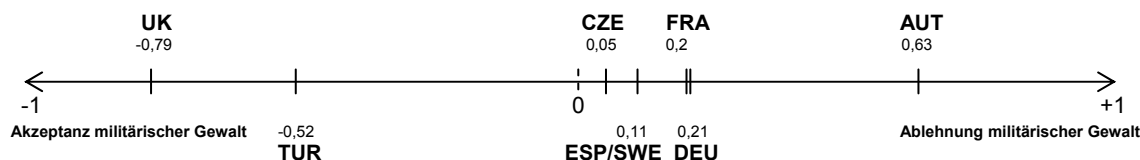
Faktor 3: Unilateralismus (eta = .34)



Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Hinsichtlich unilateraler Potenziale und Aktionen in der Sicherheitspolitik ergibt sich wiederum ein differenzierteres Bild. Am stärksten wird dies von den Türken und Österreichern unterstützt. Auch in Tschechien und Großbritannien findet sich vergleichsweise hoher Zuspruch. Deutschland und Frankreich nehmen mittlere Positionen ein. Am nachdrücklichsten gegen ein unilaterales Vorgehen sprechen sich die Spanier und insbesondere die Schweden aus. Diese Befunde stehen im Einklang mit dem allgemeinen Bild der schwedischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, das sich stark am Engagement in internationalen Organisationen – nicht zuletzt in den Vereinten Nationen – orientiert.

Faktor 4: Militärische Gewalt (eta = .43)

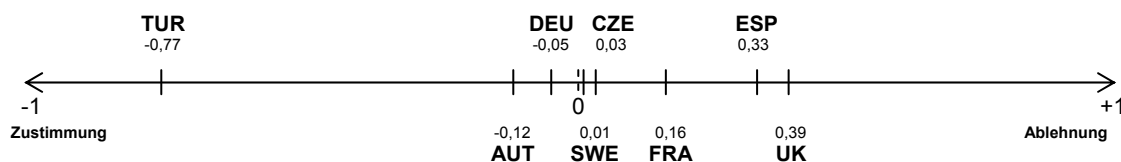


Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die größten Diskrepanzen zwischen den Ländern zeigen sich in der Frage der militärischen Gewaltanwendung. Der entsprechende eta-Wert von .43 verdeutlicht, dass die

Frage nach militärischen Einsätzen und der grundlegenden Legitimation von Krieg bei den Bürgerinnen und Bürgern Europas unterschiedlich beantwortet wird. Am nachdrücklichsten befürworten die Briten den Einsatz von militärischer ‚hard power‘. Auch in der türkischen Bevölkerung findet sich noch breite Unterstützung. Im deutlichen Abstand hierzu positionieren sich die restlichen Bevölkerungen, wobei sich Tschechen, Spanier und Schweden in ähnlicher Art und Weise äußern. Zudem ist – entgegen einer verbreiteten Wahrnehmung – kein Unterschied zwischen den Befragten in Deutschland und Frankreich festzustellen. Die größten Vorbehalte gegen militärische Gewalt äußern die Österreicher.

Faktor 5: Internationales ziviles Engagement (eta = .33)



Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Hinsichtlich des internationalen Engagements mit zivilen Mitteln zeigen sich insbesondere die Türken ambitioniert, sich einzubringen. Die anderen Länder, u. a. Österreich und Deutschland, folgen mit sichtbarem Abstand. Distanz zum internationalen Engagement zeigen Franzosen, Spanier und insbesondere die Briten. Dies steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu dem hohen Gestaltungswillen, den die britische Sicherheitspolitik auszeichnet (Jonas/von Ondarza 2010: 168ff.). Offenkundig bestehen in der britischen Öffentlichkeit ein gewisser Überdruß an dem globalen sicherheitspolitischen Engagement und der Wunsch, dieses in nächster Zeit zurückzufahren.

Die sicherheitspolitischen Einstellungen der europäischen Bevölkerungen und das Ziel einer Strategischen Kultur

Mit Blick auf das Ziel, eine gemeinsame europäische Strategische Kultur auch bei den Bürgern Europas auszubilden, zeigt sich ein gemischtes Bild. Die Europäische Sicherheitsstrategie hat das Ziel postuliert, die Europäer sollten sich durch eine robuste Strategische Kultur auszeichnen, die ggf. den Einsatz militärischer Gewalt einschließt. Hierüber besteht unter den Bürgern der acht betrachteten europäischen Staaten aber kein Einvernehmen. Wie die Spreizung zwischen den Positionen der Länder auf dem Schaubild zeigt, sind sich die Bürgerinnen und Bürger Europas gerade in der entscheidenden

Frage von militärischer Gewaltanwendung, von Krieg und Frieden uneins. Zugleich bestehen unterschiedliche Bereitschaften, sich im internationalen Rahmen sicherheitspolitisch zu engagieren. Einige Bevölkerungen präferieren die Einbindung in internationale Organisationen, andere wollen das Potenzial, notfalls unilateral handeln zu können, erhalten sehen. Konsens besteht am ehesten in der Frage, einer parlamentarisch geprägten und kontrollierten Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zudem besteht zwischen den kontinentaleuropäischen Bürgern Einvernehmen hinsichtlich der Distanz zur militärischen Konfliktbewältigung.

Diese Präferenzen stehen aber im gewissen Spannungsverhältnis zur sicherheitspolitischen Praxis einiger Staaten (Jonas/von Ondarza 2010) sowie zu den von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten gesetzten Ansprüchen. Es bestehen letztlich drei Optionen, wie mit diesen Diskrepanzen umgegangen werden kann:

1. Die Spannungen zwischen der sicherheitspolitischen Praxis und dem militärischen Engagement einiger europäischer Staaten und dem Willen ihrer Bevölkerungen werden akzeptiert und bleiben bestehen. Dies kann aber in einer fehlenden Unterstützung für militärische Missionen münden, deren Folgen Politik, Streitkräfte und Soldaten zu tragen haben.
2. Die politische Führung kann versuchen, einen Einklang zwischen strategischen Ambitionen und sicherheitspolitischen Bevölkerungseinstellungen herzustellen. Dies erfordert eine entschiedene politische Führung und überzeugende Legitimation. Ziel wäre dabei eine Änderung der sicherheitspolitischen Präferenzen der Bürger und in der Folge deren Unterstützung für eine (robuste) europäische Strategische Kultur.
3. Die Politik kann die strategischen Ambitionen absenken und ihre Sicherheitspolitik am Willen der Bürger (vulgo: Wähler) ausrichten. Dies bedeutete eine parlamentarisch kontrollierte, multilateral ausgerichtete und in Organisationen eingebundene, international engagierte Sicherheitspolitik, die sich aber beim Einsatz militärischer Mittel zur Konfliktlösung zurückhält.

Diese Alternativen stellen sich für die betrachteten europäischen Länder in ihrer Gesamtheit, sie gelten aber auch für Deutschland im Besonderen. Die Frage ist, ob es der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten gelingt, darauf eine gemeinsame Antwort zu finden.

4 Wozu sind Streitkräfte da? Einstellungen zu militärischen Aufgaben

Heiko Biehl & Bastian Giegerich

Im Ost-West-Konflikt kam den Streitkräften hierzulande eine wesentliche Aufgabe zu: Sie dienten der Verteidigung des Bündnisses gegen einen befürchteten Angriff durch die Armeen des Warschauer Paktes. Gemeinsam mit den Verbündeten bereitete sich die Bundeswehr auf eine Verteidigungssituation vor, die Kernauftrag und Daseinsgrund der Streitkräfte war. Nach Ende des Kalten Krieges und der Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO stellte sich die Frage nach dem Auftrag, den Aufgaben und der Legitimation militärischer Gewalt neu. Dabei geriet in den Blick, dass die Konzentration auf die Landesverteidigung, die de facto eine Bündnisverteidigung war, eher ein deutsches Spezifikum als ein allgemeiner Trend war. Denn die anderen Streitkräfte Europas und der NATO richteten sich zwar auch auf Verteidigungsszenarien ein. Darüber hinaus waren sie aber auch an einer Vielzahl anderer Missionen beteiligt. Diese reichten (und reichen) von globalen humanitären Hilfsleistungen, über Beobachter- und Stabilisierungsmissionen bis hin zu genuinen Kriegseinsätzen. Als Hinweis mögen die Entkolonialisierungskriege genügen, die die französischen, britischen, aber auch niederländischen und portugiesischen Streitkräfte geführt haben. Erinnerung sei aber auch an den britisch-argentinischen Krieg um die Falklandinseln, der noch 1982 stattfand. Jedenfalls stellte sich die Frage nach den Aufgaben für die Streitkräfte nach Ende des Ost-West-Konflikts – und erst recht nach den Erfahrungen des Golfkrieges von 1991 – für die westlichen Armeen gleichermaßen.

Timothy Edmunds (2006) hat in einem wegweisenden Aufsatz analysiert, welche Aufgabenzuweisung es an die europäischen Streitkräfte seitdem gegeben hat. Dabei unterscheidet er fünf zentrale Aufgabenfelder. Erstens behält die Verteidigung ihren zentralen Stellenwert bei. In deklaratorischer und legitimatorischer Hinsicht gilt diese Aufgabe weiterhin als zentral für viele Streitkräfte, wenngleich sie nur für wenige von praktischer Relevanz ist und deren Strukturen, Organisationen und Ausrüstung dominiert (etwa Griechenland, Türkei und einige osteuropäische Staaten). Zweitens stehen Streitkräfte einiger Staaten für militärische Interventionen und Kampfeinsätze bereit. Für andere Staaten sind solche Einsätze wiederum nur unter engen politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Restriktionen möglich. Drittens sind Peacekeeping- und Stabilisie-

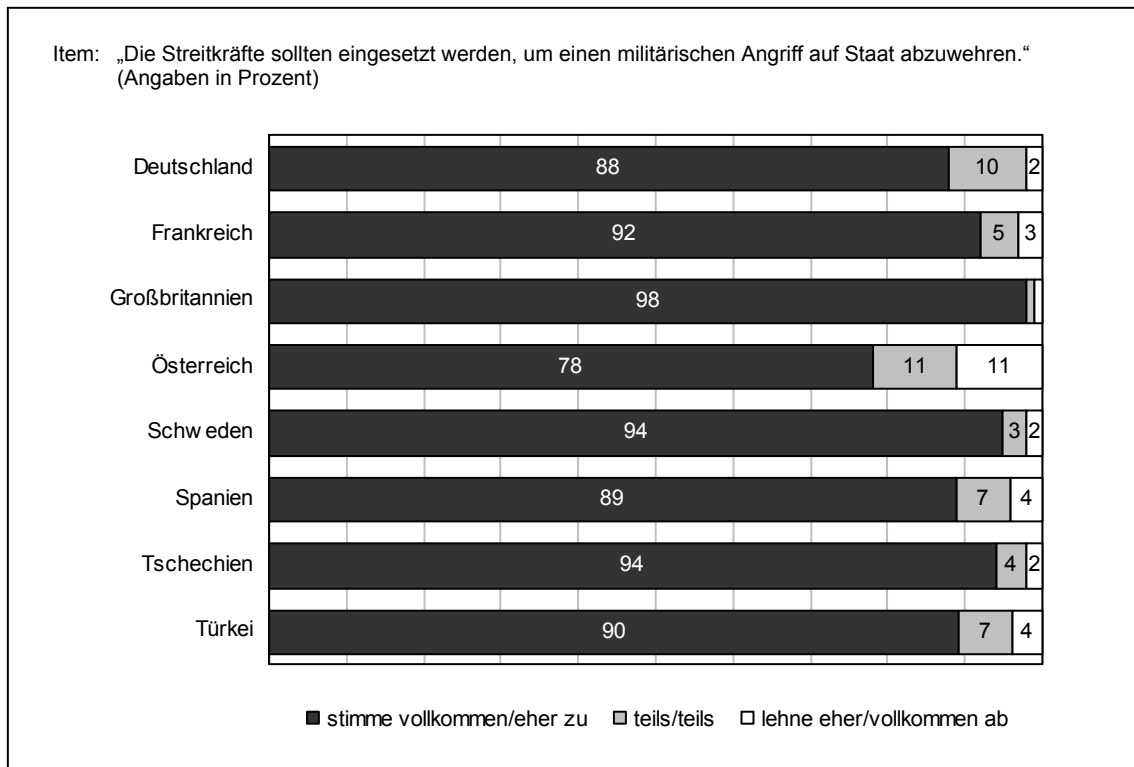
rungsmissionen für viele europäische Armeen zur Hauptaufgabe geworden. Die Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan lassen das ganze Spektrum solcher Missionen erkennen, die fließend in Kriegseinsätze übergehen können. Viertens sind in einigen Ländern Streitkräfte dazu da, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten. Sie leisten Unterstützung für Polizei und andere Sicherheitskräfte und sichern zunehmend Großereignisse ab. Fünftens verweist Edmunds (2006: 1073) insbesondere mit Blick auf die jungen Staaten in Ost- und Südosteuropa darauf, dass Streitkräfte eine wichtige Funktion beim ‚Nation-Building‘ übernehmen. Damit ist nicht die Rolle im Rahmen internationaler Interventionen gemeint. Vielmehr dienen Streitkräfte auch heutzutage in einigen Ländern noch dazu, die innere Verfasstheit und die Nationalstaatswerdung zu unterstützen. Sie sind in diesem Sinne ein wesentliches nationales Symbol oder gar ‚Schule der Nation‘, wie sie dies bereits in der Herausbildung vieler Nationalstaaten im 19. Jahrhundert waren (Kantner/Sandawi 2011).

Die von Edmunds identifizierten Aufgaben unterscheiden sich in mehrerer Hinsicht: Sie verlangen abweichende Fähigkeiten, Strukturen, Organisation und Ausbildung, sie sind politisch und militärisch unterschiedlich heikel. Sie sind aber ebenso gesellschaftlich im unterschiedlichen Maße akzeptiert und legitimiert. Aus Untersuchungen ist bekannt, dass in Deutschland genuine Verteidigungsaufgaben und humanitäre Hilfsleistungen bei den Bürgern auf größeren Zuspruch treffen als militärische Interventionen und Kampfeinsätze (Biehl/Jacobs 2010 mit weiteren Hinweisen). Im Folgenden wird geprüft, inwieweit die europäischen Bevölkerungen die diversen Aufgaben der Streitkräfte mittragen: Wollen sie ihre Armeen auf die klassischen Verteidigungsaufgaben beschränkt sehen? Wie hoch ist die Unterstützung für die Missionen multinationaler Konfliktbewältigung, die die internationale Sicherheitspolitik seit 1990 prägen? Werden solche Missionen nur mitgetragen, solange sie friedvoll verlaufen oder unterstützen die Bürgerinnen und Bürger auch robustere Mandate? Wie ist der Rückhalt für Einsätze im Inneren? Gerade von ihnen kann die Bevölkerung unmittelbar betroffen sein, umso wichtiger erscheint der gesellschaftliche Rückhalt für diese Einsätze.

Um diese Fragen zu beantworten, wurden in den internationalen Umfragen die Bürger befragt, welche Aufgaben sie den Streitkräften zuweisen wollen. Dabei wurden insgesamt zehn Einsatzarten unterschieden. Diese reichen von klassischen Verteidigungsaufgaben, über Hilfsmaßnahmen und Einsätze im Inneren bis hin zu verschiedenen Szenarien internationaler Missionen. Wie die Auswertungen zeigen, treffen die Aufgaben auf

unterschiedliche Akzeptanz und werden nicht von allen Bevölkerungen gleichermaßen mitgetragen.

Abbildung 4.1: Landesverteidigung



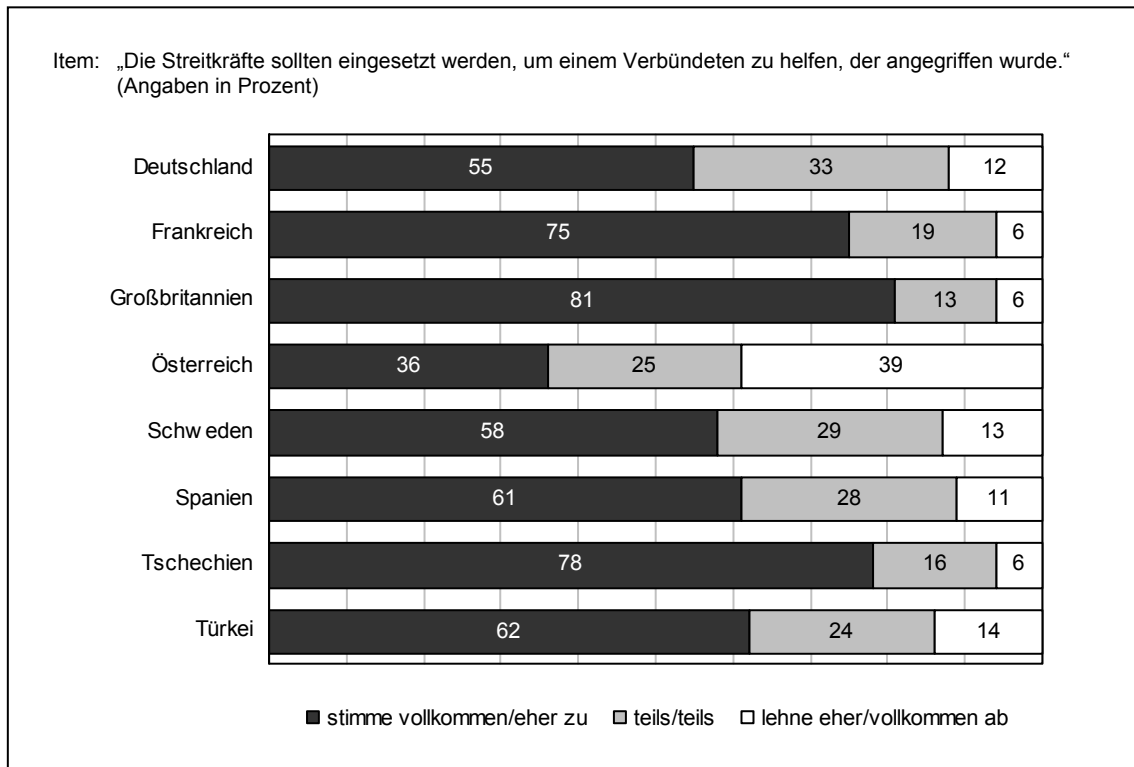
Anmerkung: eta = .24.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die Landesverteidigung ist für die Bürger Europas eine selbstverständliche Aufgabe von Streitkräften. In sieben Ländern liegt die Zustimmung zu dieser Aufgabe bei rund 90 Prozent. Hierbei finden sich nur einige Diskrepanzen zwischen den Staaten, wie der moderate eta-Wert von .24 anzeigt – allerdings bei generell hoher Zustimmung. Am stärksten ist die Unterstützung in Großbritannien, wo fast jeder Befragte die Abwehr von Angriffen als militärische Aufgabe versteht. Vergleichsweise am niedrigsten ist die Zustimmung in Österreich. Aber auch dort sehen vier von fünf Befragten die Landesverteidigung als Aufgabe des Bundesheeres, während sich nur jeder zehnte Befragte dagegen ausspricht. Angesichts der hohen länderübergreifenden Akzeptanz wundert es auch kaum, dass Politik und Militär an der (Landes-)Verteidigung als Kernaufgabe festhalten (Edmunds 2006: 1065). Zuweilen wird sogar der Versuch unternommen, durch Transfer des Verteidigungsbegriffs auf neue Aufgaben dessen Akzeptanz zur Gewinnung neuer Legitimation zu nutzen. Hierzulande hat der damalige Verteidigungsminis-

ter Struck den Ausspruch geprägt, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt. An dieser Stelle muss aber offen bleiben, inwieweit es gelingt, die Bürger von dieser Sichtweise zu überzeugen.

Abbildung 4.2: Bündnisverteidigung



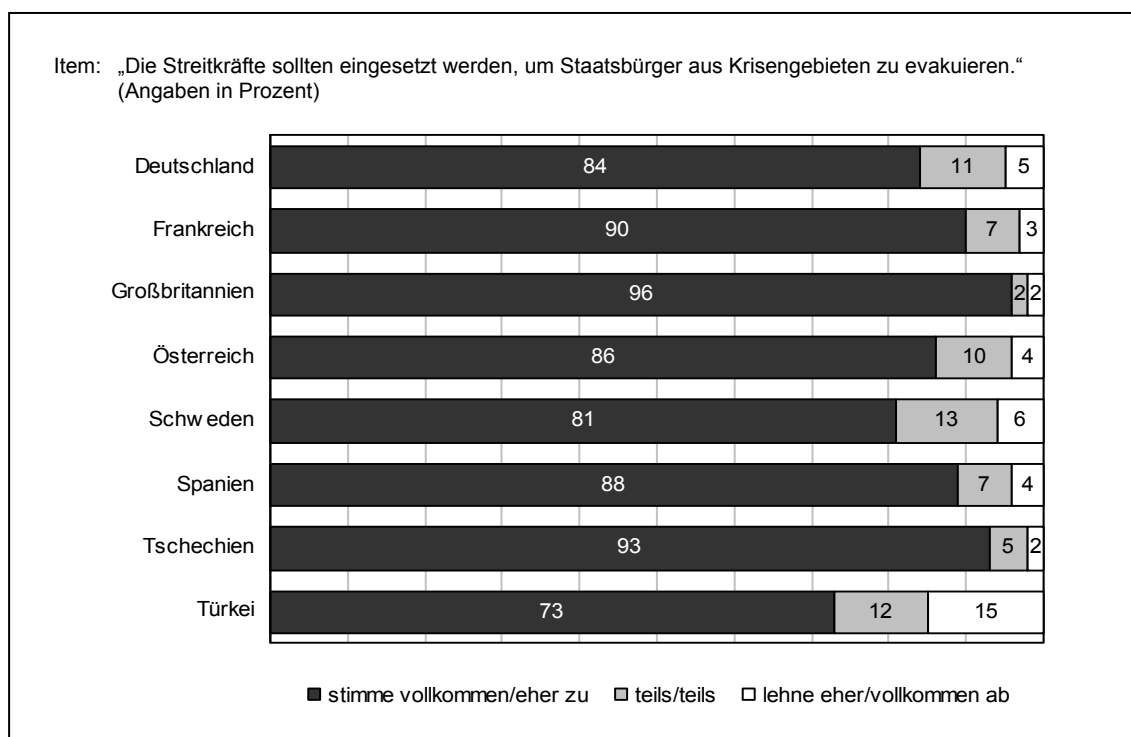
Anmerkung: eta = .33.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Auch die Bündnisverteidigung erfährt weiten Zuspruch, wenngleich dieser nicht ganz so hoch ist wie zur Landesverteidigung und sich größere Differenzen zwischen den Ländern zeigen. Dies belegt der etwas höhere eta-Wert. Am stärksten bekennen sich die Briten zur Bündnisverteidigung. Dort sehen über 80 Prozent der Bürger diese als Streitkräfteaufgabe an. In Tschechien beträgt der entsprechende Anteil 78 Prozent, was mit der Wahrnehmung korrespondiert, dass für die osteuropäischen Staaten die Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis immer noch als eine Rückversicherung für ihre territoriale Integrität gilt (Gorka-Winter/Madej 2010; Giegerich 2012 i. E.). Auch in Frankreich schreiben drei Viertel der Befragten ihrer Armee die Bündnisverteidigung als Auftrag zu. In Deutschland, Schweden, Spanien und der Türkei sind es jeweils um die 60 Prozent. Nicht mehrheitsfähig ist die Bündnisverteidigung in Österreich. Dort spricht sich – in der Tradition neutral geprägter Sicherheits- und Verteidigungspolitik – eine Mehrheit

dagegen aus, dass das Bundesheer eingesetzt werden soll, wenn ein Partner angegriffen wird. Offenkundig steht dieser Befund in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Einbindung Österreichs in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die relevanten Bestimmungen des Vertrages von Lissabon (Art. 42, Abs. 7) sehen eine Beistandsklausel vor: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.“ Allerdings wird diese Klausel wieder relativiert wenn es weiter heißt: „(...) dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.“ Den Mitgliedstaaten steht es somit frei, welche Art von Hilfe sie leisten und es kann von Fall zu Fall entschieden werden. Militärische Mittel werden in Art. 42, Abs. 7 nicht explizit erwähnt und die Einzelheiten der Anwendung der Beistandsklausel sind im Vertrag nicht geregelt. Schränkt also aus rechtlicher Sicht der Vertrag von Lissabon die österreichische Neutralität nicht ein, so darf doch hinterfragt werden, ob sich neutrale und bündnisfreie EU-Mitglieder dem politischen Druck, im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Territorium eines anderen EU-Landes auch militärisch Beistand zu leisten, dauerhaft entziehen könnten.

Abbildung 4.3: Evakuierung Staatsbürger

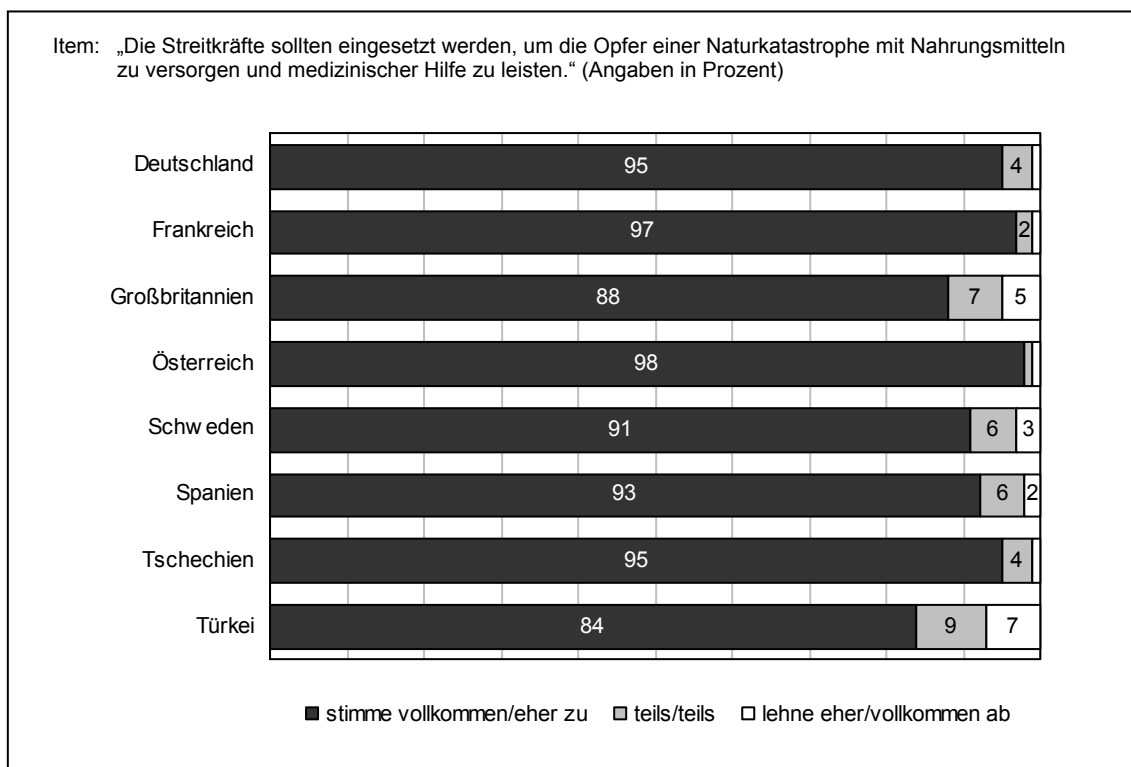


Anmerkung: eta = .20.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Auf verbreitete Zustimmung trifft die Evakuierung von eigenen Staatsbürgern aus Krisengebieten. In sieben Ländern sehen dies mindestens 80 Prozent der Bürger als Streitkräfteaufgabe. Am deutlichsten fällt die Zustimmung in Großbritannien aus. Aber auch in Tschechien und Frankreich äußern sich 90 Prozent der Befragten entsprechend. Am geringsten ist die Unterstützung in der Türkei. Doch selbst dort sprechen sich drei von vier Befragten dafür aus, dass die Armee Staatsbürger aus Krisengebieten evakuiert. Der etwas höhere Anteil der türkischen Bevölkerung, der dieser Aufgabe reserviert gegenübersteht, könnte im Zusammenhang mit den inneren Problemen des Landes stehen, mit denen die Formulierung ‚Krisengebiet‘ eventuell assoziiert wird. Die Evakuierung von Landsleuten erfährt über die Länder hinweg eine ähnlich hohe Zustimmung wie die Landesverteidigung und wird von vielen offenkundig als ebenso essenziell betrachtet.

Abbildung 4.4: Humanitäre Hilfe



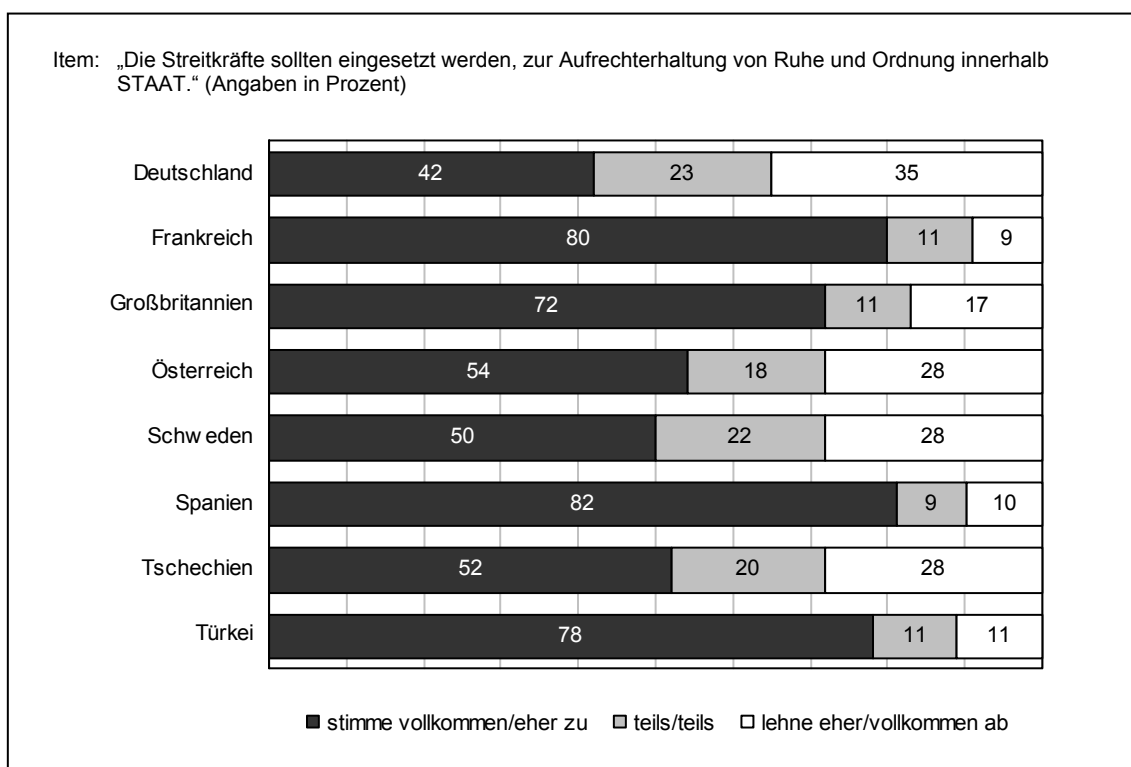
Anmerkung: eta = .19.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Selbstverständlich und weithin akzeptiert ist ebenso, dass Streitkräfte bei Notsituationen zur Stelle sind. In allen Ländern sprechen sich überwiegende Mehrheiten dafür aus, dass Soldaten die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe versorgen. Am deutlichsten tun dies die Österreicher mit 98 Prozent. Am niedrigsten ist

die Zustimmung in der Türkei, wo sie aber immer noch 84 Prozent beträgt. Bemerkenswerte Gegnerschaft gegen diese Aufgabe gibt es in keinem der betrachteten Länder. Insgesamt zeigt sich das homogenste Meinungsbild zwischen den Bevölkerungen, was am vergleichsweise niedrigen eta-Wert von .19 abzulesen ist. Anzumerken ist noch, dass in der Itemformulierung nicht zwischen Einsätzen im In- und Ausland unterschieden wird. Zu vermuten steht, dass Hilfsmaßnahmen in der Heimat auf nochmals höhere Akzeptanz stoßen. Aber auch die Beteiligung von Streitkräften an internationalen humanitären Aktionen ist in den letzten Jahren von den europäischen Bevölkerungen weithin akzeptiert und unterstützt worden.

Abbildung 4.5: Einsatz im Inneren



Anmerkung: eta = .31.

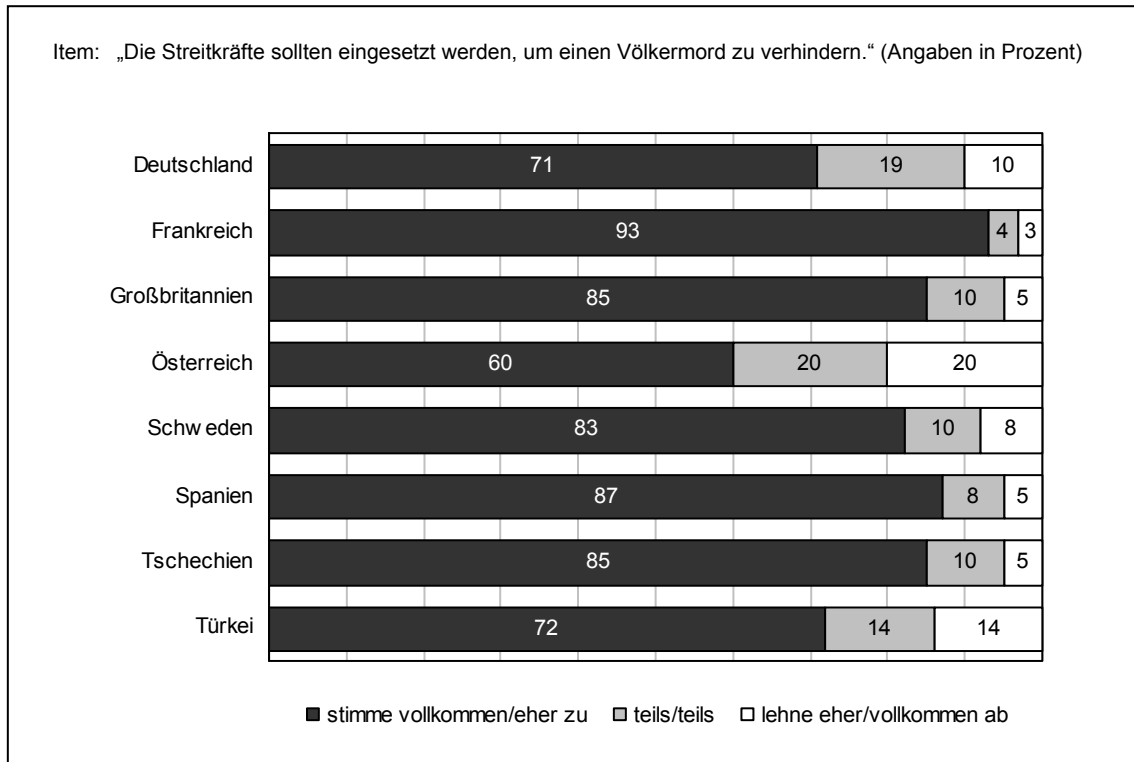
Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Hierzulande unterliegt der Einsatz der Bundeswehr im Inneren grundgesetzlich genau definierten Schranken. In anderen Ländern ist hingegen der Einsatz der Streitkräfte im Inneren üblich. Sie unterstützen die Polizei und andere Sicherheitskräfte bei der Regelung öffentlicher Angelegenheiten oder bei der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Dies trifft bei den Bürgern in den einzelnen Ländern auf sehr unterschiedlichen Zuspruch, der im Zusammenhang mit der gängigen Praxis in diesen Staaten steht. Am

nachdrücklichsten befürworten die Befragten in Spanien und Frankreich den Einsatz des Militärs im Inneren. Die Zustimmung von 80 Prozent in beiden Ländern korrespondiert mit der dort praktizierten Aufgabenzuweisung an Guardia Civil und Gendarmerie. Beide Einheiten sind sowohl dem jeweiligen Innen- als auch dem Verteidigungsministerium unterstellt. Diese Verknüpfung bildet sich auch in den Meinungsbildern der französischen und spanischen Bürgerinnen und Bürger ab, die Streitkräfte durchaus als Garanten der inneren Ordnung ansehen. Aber auch in den anderen Ländern (außer Deutschland) sprechen sich Mehrheiten für diese Aufgabenzuweisung aus. Rund drei Viertel der Türken und Briten äußern sich entsprechend. Beide Länder blicken auf eine lange und durchaus konflikträchtige Geschichte (Stichworte Nordirland und Kurdengebiete) des innenpolitischen Einsatzes von Streitkräften zurück. In Österreich, Schweden und der Tschechischen Republik sind es jeweils gut die Hälfte der Befragten, die das Militär mit in der Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sehen. In der Bundesrepublik sind es 42 Prozent. Hier findet die Übernahme einer klassischen Polizeiaufgabe, wie der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, keinen mehrheitlichen Zuspruch. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Deutschen keineswegs grundlegend gegen Einsätze der Bundeswehr im Inneren sind – im Gegenteil: Wie die SOWI-Bevölkerungsumfrage 2010 zeigt, begrüßen um die 90 Prozent der Befragten den Einsatz der Streitkräfte zum Schutz vor Terroranschlägen. Auch Hilfsmaßnahmen und Katastropheneinsätze werden mehrheitlich unterstützt (Bulmahn et al. 2011: 65). Damit befürworten die Bundesbürger eine Bandbreite von Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren. Alleine die – in den internationalen Umfragen betrachtete – Übernahme originärer Polizeiaufgaben findet keine mehrheitliche Unterstützung.

Bislang wurden die Haltungen der europäischen Bürger zu ‚klassischen‘ Aufgaben der Streitkräfte erhoben. In den vergangenen beiden Jahrzehnten sind jedoch internationale Missionen zur Praxis und Norm für die westlichen Armeen geworden (Edmunds 2006: 1061). Diese können verschiedene Zielsetzungen verfolgen und mit unterschiedlichen Ausmaßen militärischer Gewalt einhergehen. Zugleich treffen sie bei den Bevölkerungen auf divergierende Zustimmung.

Abbildung 4.6: Abwehr Genozid



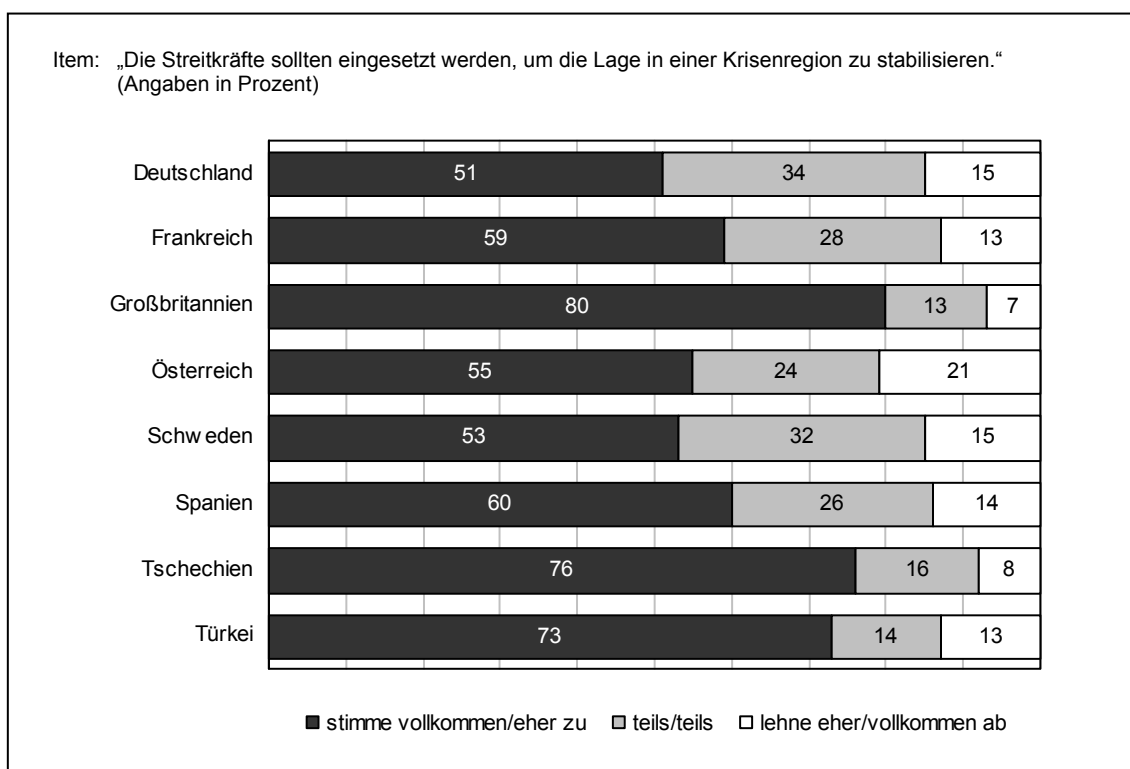
Anmerkung: eta = .27.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Sehr hoch ist der Zuspruch der europäischen Bürgerinnen und Bürger, wenn Streitkräfte eingesetzt werden sollen, um Völkermorde zu verhindern. Diese Aufgabe ist in allen betrachteten Ländern mehrheitsfähig, wenngleich abweichende Zustimmungsniveaus zu verzeichnen sind (eta = .27). Am höchsten ist der Zuspruch in Frankreich. Dort sprechen sich über 90 Prozent der Befragten dafür aus, dass die Armee einschreitet, um Völkermorde zu verhindern. Auch in Spanien, Großbritannien, Tschechien und Schweden äußern sich über 80 Prozent entsprechend. In der Türkei und Deutschland sind es über 70 Prozent. In Österreich ist mit 60 Prozent die geringste Zustimmung, aber immer noch eine deutliche Mehrheit zu verzeichnen. Bei der Interpretation dieser Zahlen sind zwei Aspekte zu berücksichtigen: Erstens hebt das Item rein auf die – moralisch wünschenswerte – Zielstellung einer Mission ab. Die dabei zum Einsatz kommende Waffengewalt wird mit dieser Formulierung nicht thematisiert. In einem konkreten Fall wird die Zustimmung der Bevölkerung zu einer entsprechenden Mission wohl eher niedriger ausfallen, da diese einen spezifischen Einsatz vor Augen hat und die Absicht, einen Völkermord zu verhindern, mit den destruktiven und eskalativen Potenzialen militärischer Gewalt abwägt. Zweitens wird angesichts dieser hohen Zustimmungsraten ver-

ständig, weshalb die Politik wiederholt, militärische Einsätze als Maßnahme zur Verhinderung von Massakern und Genoziden dargestellt hat, wie dies bei den Interventionen in Bosnien, Kosovo und Libyen geschehen ist. Angesichts der bekannten Vorbehalte in manchen Ländern gegen Kriege und militärische Konfliktlösungen (siehe auch das Kapitel zu Strategischen Kulturen) erscheint es verlockend, mit humanitären Begründungen und dem Verweis auf die Verhinderung von Völkermorden, schnell gesellschaftlichen Rückhalt für militärische Missionen zu generieren. Lücken in der politischen und gesellschaftlichen Legitimation entstehen aber, sobald der konkrete Einsatzverlauf von dieser Zielsetzung abweicht.

Abbildung 4.7: Stabilisierung



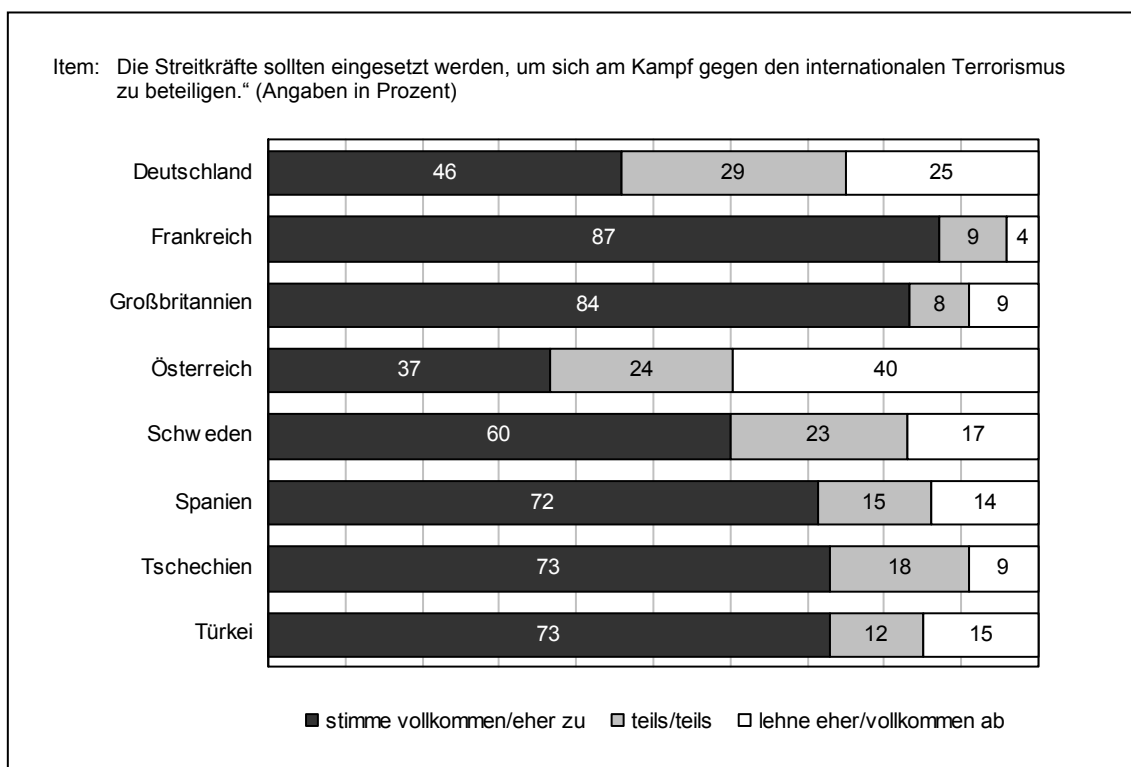
Anmerkung: eta = .22.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Ein Großteil der laufenden Missionen europäischer Streitkräfte dient in der einen oder anderen Weise der Stabilisierung von Krisenregionen. Diese Aufgabe wird von allen betrachteten Bevölkerungen mehrheitlich mitgetragen. Zwischen den Staaten sind zwar Differenzen festzustellen, sie bewegen sich aber im moderaten Rahmen. Am höchsten ist die Zustimmung in Großbritannien, wo 80 Prozent der Befragten die Streitkräfte in der Pflicht sehen, Krisenregionen zu stabilisieren. Auch drei Viertel der Tschechen und

Türken stimmen dieser Aufgabenzuweisung zu. In den anderen fünf Ländern beträgt die Zustimmung zwischen 51 (Deutschland) und 60 Prozent (Spanien). Die größten Vorbehalte finden sich in Österreich, wo über ein Fünftel sich gegen diese Aufgabenzuweisung an die Streitkräfte ausspricht. Ungeachtet dieser notwendigen Differenzierungen sind Stabilisierungsmaßnahmen mittlerweile für die europäischen Bürgerinnen und Bürger eine selbstverständliche Aufgabe von Armeen. Dies lässt sich für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus nicht ohne Weiteres sagen.

Abbildung 4.8: Kampf gegen Terrorismus



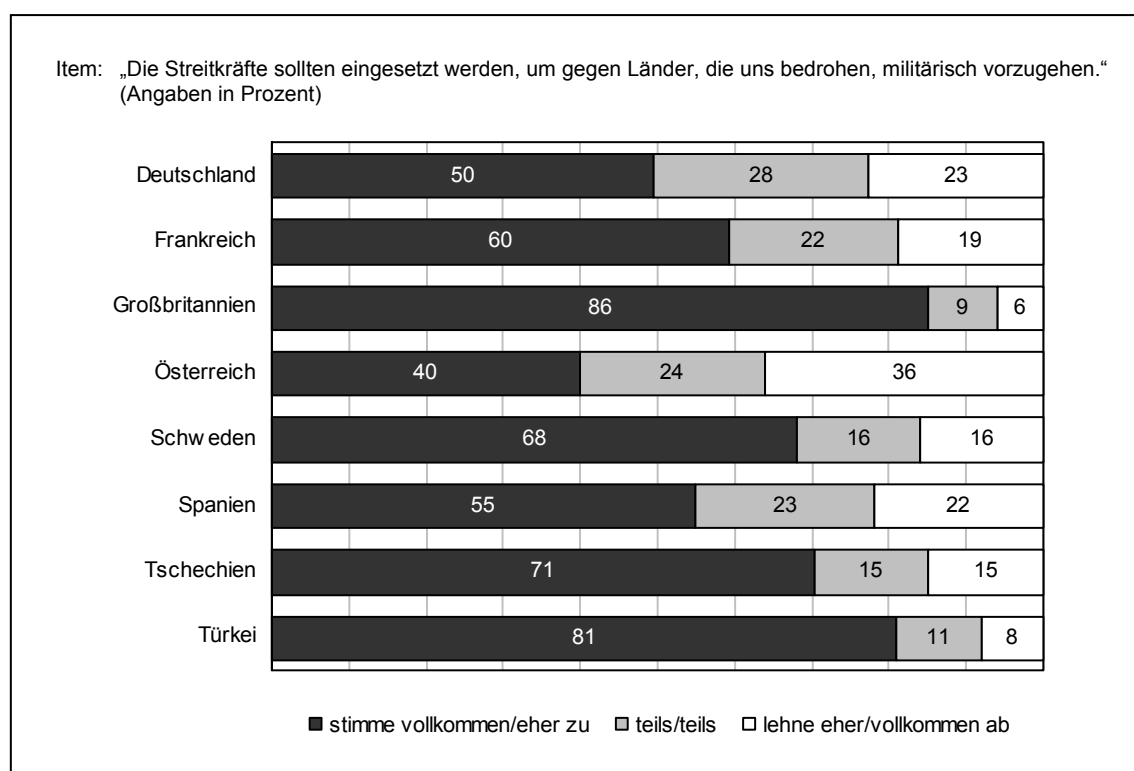
Anmerkung: eta = .35.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Mit der Formulierung ‚Kampf gegen den internationalen Terrorismus‘ sind die militärischen Einsätze bezeichnet worden, die in Folge des 11. September 2001 durchgeführt wurden. Diese Bezeichnung bezog sich zwischenzeitlich vor allem auf den Irakkrieg. Mittlerweile wird er aber in erster Linie mit dem Einsatz in Afghanistan assoziiert – und nicht mehr alleine mit dem OEF-Mandat (siehe hierzu auch das Kapitel zum ISAF-Einsatz). Wie die vorstehende Abbildung verdeutlicht, findet die Teilnahme von Armeen am Kampf gegen den internationalen Terrorismus in sechs Ländern mehrheitliche Unterstützung. Am höchsten ist diese in Frankreich und Großbritannien mit jeweils über

80 Prozent. Knapp drei Viertel der Befragten in Spanien, Tschechien und der Türkei sehen die Streitkräfte aber ebenso in der Pflicht, gegen den internationalen Terrorismus vorzugehen. 60 Prozent sind es immerhin noch in Schweden. In Österreich und Deutschland sprechen sich hingegen keine Mehrheiten für die militärische Bekämpfung des internationalen Terrorismus aus. Hierzulande sind es 46 Prozent, in Österreich nur 37 Prozent. Dabei kann zum Tragen kommen, dass in diesen beiden Ländern die Terrorbekämpfung traditionell eine Polizeiaufgabe ist. Es zeigt sich aber auch eine gewisse Distanz zu solchen Missionen, die sich mit Blick auf den Einsatz in Afghanistan in größeren Vorbehalten – insbesondere wenn es um Missionen mit kriegerischem Charakter geht – niederschlägt (siehe Kapitel zum ISAF-Einsatz).

Abbildung 4.9: Präventives Vorgehen



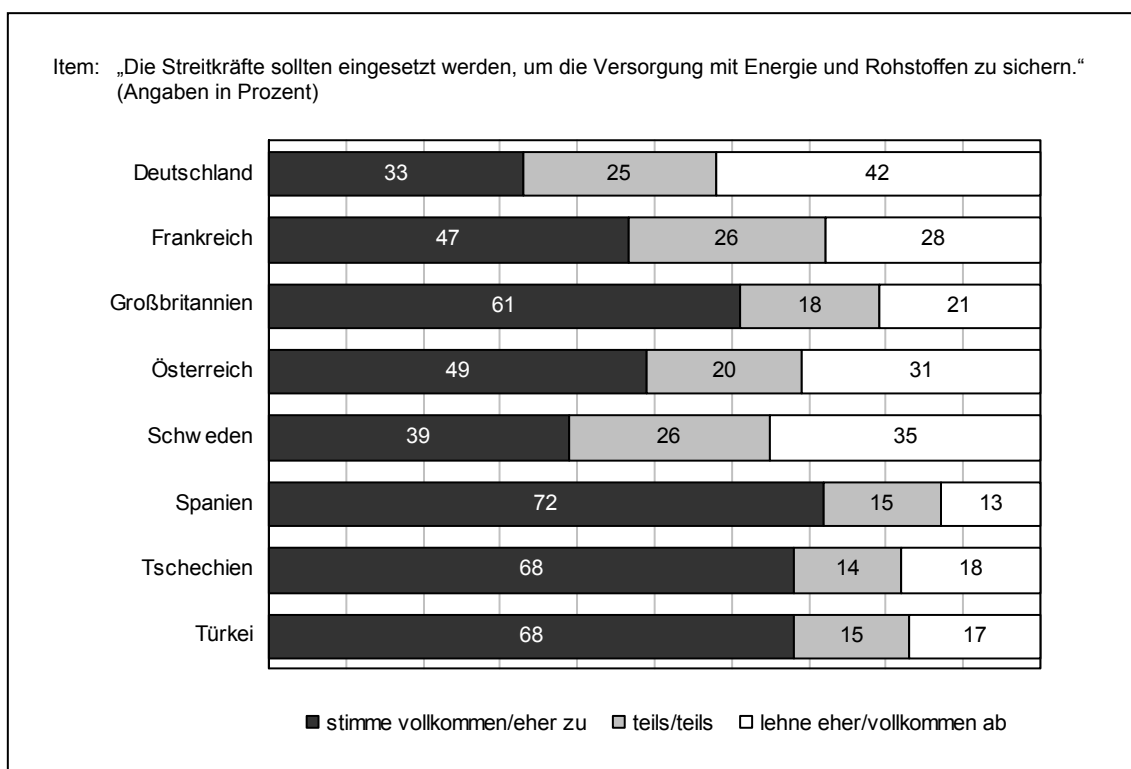
Anmerkung: eta = .31.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Neben der Intervention in laufende Konflikte sind in den letzten Jahren militärische Einsätze zu verzeichnen, die einen eher präventiven oder gar präemptiven Charakter haben. Mit vorstehendem Item soll die Bereitschaft einer Bevölkerung erhoben werden, die Streitkräfte auch offensiv gegen Bedrohungen durch andere Staaten einzusetzen. Diese Form des militärischen Agierens wird von den Bürgern in den acht Staaten in un-

terschiedlichem Maße mitgetragen, wie auch der eta-Wert von .31 anzeigt. In Großbritannien ist diese Aufgabenzuweisung an die Armee (nahezu) unstrittiger Konsens und gilt beinahe als ebenso selbstverständlich wie deren Rolle in der Landesverteidigung oder in der Katastrophenhilfe. Auch in der Türkei stimmen über 80 Prozent der Befragten dieser Aufgabe zu, in Tschechien sind es 71 Prozent, in Schweden 68 Prozent und in Frankreich immerhin noch 60 Prozent. Geringer fällt die Unterstützung in Spanien aus. Aber auch dort vertritt eine Mehrheit der Befragten die Ansicht, dass die Armee gegen Staaten vorgehen soll, die Spanien bedrohen. Hierzulande heißt jeder zweite Befragte diese Aufgabe gut und fast jeder Vierte lehnt sie ab. In Österreich wird das Vorgehen der eigenen Streitkräfte gegen andere Länder am kritischsten gesehen. Dort stehen sich nahezu gleichgroße Bevölkerungsanteile gegenüber, die diesem Auftrag an das Bundesheer zustimmen und ihn ablehnen.

Abbildung 4.10: Wahrung wirtschaftlicher Interessen



Anmerkung: eta = .29.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Ebenfalls von einigen Bevölkerungen kritisch betrachtet wird die Verfolgung genuin wirtschaftlicher Interessen mit militärischen Mitteln. Danach gefragt, ob die Armee dafür Sorge zu tragen hat, dass der Zugang zu Energie und Rohstoffen gewährleistet ist,

stimmen – etwas überraschend – die spanischen Befragten mit nahezu drei Vierteln am stärksten zu. In Tschechien und der Türkei sind es jeweils zwei Drittel, in Großbritannien etwas weniger. In vier Ländern finden sich keine Mehrheiten, die den Einsatz des Militärs zur Ressourcensicherung gutheißen. In Österreich und Frankreich stimmt etwas weniger als jeder zweite der entsprechenden Aufgabe zu. In Schweden wird sie von in etwa gleich großen Bevölkerungsanteilen unterstützt bzw. abgelehnt. In Deutschland finden sich als einzigem Land mehr ablehnende als zustimmende Stimmen. Hierzulande spricht sich eine relative Mehrheit der Bürger dagegen aus, die Bundeswehr zur Sicherstellung der Energie- und Rohstoffversorgung einzusetzen. Dieses Meinungsbild steht in einem gewissen Kontrast zu den jüngst vom Bundesminister der Verteidigung erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien (2011: 3f.). Dort heißt es: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt. Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z. B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen.“

Das zur Wahrung diese wirtschaftlichen Interessen auch Streitkräfte eingesetzt werden, ist in Deutschland nicht konsensfähig. Vielmehr würde eine entsprechende Aufgabenzuweisung an die Bundeswehr wohl auf massiven politischen und medialen Widerstand treffen. In diesem Zusammenhang sei nur an den Rücktritt des damaligen Bundespräsidenten, Horst Köhler, erinnert, der als Reaktion auf Kritik an seinen Äußerungen, die Bundeswehr müsse auch die wirtschaftlichen Interessen schützen, verstanden worden ist. Von daher zeigt sich hierzulande eine Sensibilität, die Streitkräfte für wirtschaftliche Belange einzusetzen, die es zwar auch in einigen anderen Ländern gibt, die aber nirgends so ausgeprägt ist.

Fazit

Das Aufgabenspektrum für Streitkräfte hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten entscheidend erweitert. In den vergangenen Jahrzehnten, zur Zeit des Ost-West-Konflikts, lag der Schwerpunkt auf der territorialen Verteidigung – dies gilt insbesondere für die Bundeswehr. Mittlerweile sehen sich die westlichen Armeen allesamt mit neuen und zusätzlichen Aufgaben und Einsatzarten konfrontiert. Die zehn in dieser Untersuchung berücksichtigten Streitkräfteaufgaben werden von den Bevölkerungen in zweierlei Hinsicht im unterschiedlichen Maße befürwortet: Zum einen gibt es Aufträge, die insgesamt höhere Zustimmung finden. So erfahren Verteidigungs- und humanitäre Aufgaben eine stärkere Unterstützung als internationale Interventionen. Zum anderen gibt es bei den diversen Aufgaben unterschiedliche Akzeptanzniveaus in den verschiedenen Ländern. Dabei zeigt sich, dass die deutsche Bevölkerung den Aufgaben, die die Bundeswehr seit Ende des Ost-West-Konflikts übernommen hat, (noch?) weniger stark zustimmt. Ebenfalls zurückhaltend sind die Deutschen bei internationalen Missionen zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Die in den vergleichenden Umfragen erhobene Übernahme einer originären Polizeiaufgabe, der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung im Inneren, durch die Bundeswehr findet ebenfalls keine mehrheitliche Unterstützung. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Deutschen einem Engagement der Streitkräfte im Inneren sehr wohlwollend gegenüberstehen. Wie aus der SOWI-Bevölkerungsbefragung 2010 bekannt, befürworteten die Bundesbürger eine Bandbreite von Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren – so im Rahmen der Katastrophenhilfe, aber auch im Bereich der Terrorabwehr (Bulmahn et al. 2011: 65).

Insgesamt betrachtet hat sich die deutsche Bevölkerung offenbar an die neuen Aufgaben gewöhnt, die die Bundeswehr seit 1990 übernommen hat und unterstützt diese mehrheitlich – wenn auch nicht im gleichen Maße wie die Bevölkerungen in anderen europäischen Staaten.

5 Ein gemeinsamer Einsatz? Haltungen europäischer Bevölkerungen zur ISAF-Mission

Heiko Biehl

5.1 Multinationale Einsätze zwischen gemeinsamem Handeln und gegenseitiger Abhängigkeit

Der Einsatz in Afghanistan ist gegenwärtig das wichtigste internationale Engagement für die Partner in der NATO und in Europa. Seit nunmehr zehn Jahren ist die Staatengemeinschaft in dem zentralasiatischen Land aktiv – bislang mit durchwachsenem Erfolg: Zwar zeichnen sich Verbesserungen der Sicherheitslage sowie der ökonomischen und politischen Situation in einigen Regionen ab und bis Ende 2014 soll der Großteil der westlichen Truppen abgezogen sein. Aber die Erfolgsperspektiven des ISAF-Einsatzes sind ebenso ungewiss wie dessen langfristige Stabilisierungseffekte. Angesichts dieser gemischten Bilanz stellt sich die Frage nach dem Rückhalt, den das militärische Engagement in Afghanistan gegenwärtig bei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern noch erfährt: Stehen die Bevölkerungen hinter dem ISAF-Einsatz? Wo bestehen Vorbehalte? Worauf sind diese zurückzuführen?

Um diese Fragen zu beantworten, werden im Folgenden die Haltungen ausgewählter europäischer Bevölkerungen zum ISAF-Engagement dargestellt und analysiert (Abschnitt 5.3). Die Auswertungen legen bemerkenswerte Divergenzen zwischen den untersuchten Ländern offen. Worauf diese zurückzuführen sind, wird in Abschnitt 5.4 auf Basis multivariater Auswertungen untersucht. Nach der Synopse der Befunde wird abschließend (Abschnitt 5.5) diskutiert, inwieweit eine Veränderung oder Angleichung in den Einstellungen der europäischen Bevölkerungen zu erwarten ist. Zunächst einmal werden jedoch die Beiträge der untersuchten Staaten sowie die vorliegenden Kenntnisse über die Bevölkerungseinstellungen zum ISAF-Einsatz skizziert (Abschnitt 5.2).

5.2 Afghanistan-Engagement und Öffentliche Meinung. Relevanz und Befunde

Das internationale Engagement in Afghanistan

Gegenwärtig sind 48 Nationen an der NATO-geführten ISAF-Mission beteiligt (Stand: Juni 2011). Allerdings divergiert deren Engagement in politischer, finanzieller und militärischer Hinsicht erheblich, was auch für die acht hier betrachteten Nationen gilt. Diese nehmen allesamt an der Mission teil, ihre Beiträge unterscheiden sich aber substantiell. Die Briten sind mit rund 9 500 Soldatinnen und Soldaten nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte, Deutschland der drittgrößte Truppensteller. Demgegenüber hat das österreichische Bundesheer nur drei Soldaten entsendet und leistet damit eher symbolische Unterstützung. Zugleich divergieren auch die konkreten Aufgaben, die die Soldatinnen und Soldaten erfüllen. Während einige Nationen massiv die Bekämpfung aufständischer Kräfte betreiben, bringen sich andere eher in die Ausbildung der einheimischen Militär- und Polizeieinheiten ein. Daneben bestehen zivil-militärische Bemühungen, den Wiederaufbau des Landes, seiner Wirtschaft, Infrastruktur und Bildungseinrichtungen voranzutreiben. Im Ergebnis von Truppenstärken, militärischen Aufgaben und Dislozierung verzeichnen die Streitkräfte unterschiedliche Opferzahlen. Während das österreichische Bundesheer noch keine Verluste erlitten hat, hat die britische Armee bereits mehrere Hundert Gefallene zu beklagen.

Tabelle 5.1: Kennzahlen ausgewählter Staaten zum ISAF-Einsatz

	DEU	FRA	GB	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR
In Afghanistan militärisch präsent seit	2002	2001	2001	2004	2002	2002	2002	2001
Truppenstärke*	4 812	3 935	9 500	3	500	1 552	519	1 786
Regionaler Schwerpunkt	Norden	Osten, Süden	Süden, Helmand	Kabul	Norden, Kabul	Westen, Kabul	Kabul	Kabul
Verluste	53	63	374	0	5	33	4	2

Anmerkung: * teilweise gerundete Angaben.

Quellen: isaf.nato.int, icasualties.org (Stand: Juni 2011).

Die öffentlichen Reaktionen auf das Afghanistan-Engagement standen und stehen deutlich hinter den Protesten gegen den Irakkrieg zurück. Während in den Jahren 2002 und 2003 weltweit Demonstrationen wider den US-Feldzug stattfanden, gab es kaum vergleichbare Aktionen gegen den Afghanistaneinsatz. Alleine in Kanada wurden größere und wiederholte Proteste organisiert, die im Zusammenhang mit den hohen Verlusten

der kanadischen Streitkräfte stehen. Mit mittlerweile 155 Gefallenen ist der Afghanistankrieg für die kanadische Armee der verlustreichste Konflikt seit dem Koreakrieg.

Bisherige Befunde zur Haltung der europäischen Bevölkerungen

Mit Blick auf die einschlägige Forschung ist zunächst festzuhalten, dass sich in allen beteiligten Nationen Umfragen zur militärischen Beteiligung am Afghanistaneinsatz finden.⁵ Allerdings sind diese schwierig aufeinander zu beziehen, da es Abweichungen im Untersuchungsdesign, im Erhebungszeitraum, in der Methodik sowie in den verwendeten Frage- und Antwortformulierungen gibt. Vergleichbarkeit bieten alleine die wenigen Umfragen, die parallel in mehreren Staaten durchgeführt werden.⁶ Hierbei stehen die vom German Marshall Fund initiierten Transatlantic Trends heraus, die seit 2003 in den USA und ausgewählten europäischen Staaten die Haltung der Bevölkerungen zu sicherheitspolitischen Fragen erheben. Die letzten zugänglichen Umfragen zeigen, dass sich in den meisten europäischen Staaten relative Mehrheiten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Türkei) für einen Abzug bzw. eine Reduzierung der eigenen Truppen aussprechen (Transatlantic Trends 2010: 41). Demgegenüber befürwortet ein Viertel der US-amerikanischen Befragten den Aufwuchs ihrer Streitkräfte in Afghanistan und lediglich 19 Prozent sprechen sich für einen Abzug aus (verglichen mit 50 Prozent der deutschen, aber auch 40 Prozent der britischen und französischen Befragten). Ebenfalls mit den Daten der Transatlantic Trends führt Jörg Jacobs (2008) die unterschiedlichen Haltungen in Europa zum ISAF-Engagement auf abweichende Vorstellungen von militärischer Gewalt und Sicherheitspolitik zurück. In einem ersten Schritt weist er nach, dass die deutsche Bevölkerung Wiederaufbaumaßnahmen der Bundeswehr in Afghanistan gutheißt, bei der Unterstützung der dortigen Sicherheitskräfte schon zurückhaltender ist und Kampfeinsätze mehrheitlich ablehnt. Im Vergleich zeigt sich aber, dass „die Einstellungen der Bundesbürger (...) nicht systematisch von Einstellungen anderer Kontinentaleuropäer“ (Jacobs 2008: 61) abweichen. Ein graduell divergentes Einstellungsmuster findet sich in den Niederlanden, weitaus stärker unterstützen die Bürger Großbritanniens und insbesondere die der USA militärische Mittel

5 Vgl. auch die umfangreiche Dokumentation bei wikipedia (http://en.wikipedia.org/wiki/International_public_opinion_on_the_war_in_Afghanistan).

6 Einen länderinternen Vergleich nimmt Jacobsen (2009) vor, der die Haltungen der US-Bevölkerung zu den Kriegen im Irak und in Afghanistan vergleicht. Ebenfalls vergleichend sind die Umfragen des Pew Global Attitudes Project (Pew 2007) angelegt, die allerdings alleine Einstellungen zu den US-Streitkräften in Afghanistan erheben.

als Instrument der Außenpolitik. Angesichts dieser Befunde sind in den nachstehenden Auswertungen unterschiedliche Haltungen hinsichtlich des Afghanistan-Engagements zu erwarten – insbesondere zwischen Kontinentaleuropäern und Briten. Mit dem Datensatz der internationalen SOWI-Umfragen ist es möglich, diese Annahme empirisch zu überprüfen.

5.3 Zustimmung und Ablehnung. Die Haltungen europäischer Bevölkerungen zum ISAF-Einsatz

Ausgangspunkt der Auswertungen ist die generelle Haltung zum Einsatz. Diese wird anhand zweier Items erhoben. Die Befragten wurden danach gefragt, ob sie einer Fortführung oder einer Beendigung des ISAF-Engagements das Wort reden.⁷

Tabelle 5.2: Haltung ausgewählter europäischer Bevölkerungen zur Fortführung bzw. Beendigung des ISAF-Engagements (Zustimmung in Prozent)

	DEU	FRA	GB	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	eta
Fortführung ISAF	39	38	55	32	52	48	47	63	.21
Beendigung ISAF	41	47	38	53	25	42	34	24	.25

Anmerkungen: Fortführung ISAF: „Mein LAND sollte sich weiter militärisch an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligen und den Aufbau des Landes weiter unterstützen.“ Beendigung ISAF: „Unser MILITÄR sollte den ISAF-Einsatz in Afghanistan umgehend beenden und alle Soldatinnen und Soldaten aus dem Land abziehen.“ Korrelation zwischen beiden Items: .73*** für gesamten Datensatz und zwischen .59*** (Türkei) und .87*** (Tschechische Republik) für die einzelnen Länder.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Hinsichtlich der Bereitschaft, den ISAF-Einsatz fortzuführen bzw. zu beenden, zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Ländern (wie die beiden eta-Werte ausweisen). Die höchste Zustimmung zum ISAF-Engagement findet sich in der Türkei, gefolgt von Großbritannien und Schweden. Aber auch in diesen Ländern gibt es Bevölkerungsanteile von einem Viertel bis über einem Drittel, die für die Beendigung plädieren. Mehrheitliche Zustimmung ist daneben in der Tschechischen Republik und in Spanien zu verzeichnen. Die deutsche Bevölkerung ist hingegen gespalten: etwa gleich große Anteile befürworten eine Fortführung bzw. eine Beendigung des Engagements. In

7 Anstelle einer dichotomen Kategorie konnten sich die Befragten entlang zweier, unmittelbar nacheinander präsentierter Aussagen positionieren. Die Antwortkategorien sind dabei, wie generell, fünfer-skaliert, damit die Befragten nicht zu einer (zufälligen) Festlegung gezwungen werden und methodische Artefakte hinsichtlich der Zustimmung und Ablehnung von militärischen Engagements vermieden werden (vgl. Jacobs 2009: 47–49).

Frankreich und insbesondere in Österreich sprechen sich wiederum Mehrheiten für den Abzug der eigenen Soldatinnen und Soldaten aus.

Im zweiten Schritt haben die Befragten die Möglichkeit, ihre Haltung zu konkreten Aufgaben der Streitkräfte in Afghanistan kundzutun. Dabei werden drei Aufgabenfelder unterschieden: Erstens das humanitäre Engagement, das sich auf den Wiederaufbau des Landes und der Infrastruktur konzentriert, zweitens Stabilisierungsbemühungen, die sich der Etablierung von Ordnungsstrukturen und dem Aufbau von Streitkräften und Polizei widmen, sowie drittens genuine Kampfhandlungen gegen die Taliban.

Tabelle 5.3: Haltung ausgewählter europäischer Bevölkerungen zu Aufgaben der eigenen Streitkräfte im ISAF-Einsatz (Zustimmung in Prozent)

	DEU	FRA	GB	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	eta
Wiederaufbau	74	74	60	62	76	76	76	61	.17
Unterstützung Sicherheitskräfte	64	63	81	39	65	65	69	70	.25
Kampfeinsätze	20	37	63	7	36	29	35	35	.36

Anmerkungen: Wiederaufbau: „Unser MILITÄR sollte in seinem Afghanistaneinsatz vornehmlich Wiederaufbauarbeit leisten.“ Unterstützung Sicherheitskräfte: „Unser MILITÄR sollte in seinem Afghanistaneinsatz die afghanische Armee und Polizei bei der Herstellung von Ordnung und Sicherheit unterstützen.“ Kampfeinsätze: „Unser MILITÄR sollte in Afghanistan auch für Kampfeinsätze gegen die Taliban eingesetzt werden.“

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Wie die Tabelle 5.3 ausweist, unterscheiden sich die Haltungen der diversen Bevölkerungen zu allen drei Aufgabenfeldern substantiell. Die Beteiligung der eigenen Armee an Wiederaufbaumaßnahmen findet in allen Bevölkerungen mehrheitliche Unterstützung – wobei sich zwei Niveaus unterscheiden lassen: In fünf Staaten (Deutschland, Frankreich, Schweden, Spanien und Tschechische Republik) befürworteten ziemlich genau drei Viertel der Befragten die Teilnahme der eigenen Streitkräfte an Wiederaufbaumaßnahmen, in Großbritannien, Österreich und der Türkei sind es jeweils rund 60 Prozent. Dabei dürfte die – im Vergleich – niedrigere Zustimmung in Österreich wohl eher auf grundlegende Vorbehalte gegen das ISAF-Engagement zurückzuführen sein, während in Großbritannien und der Türkei eher andere Vorstellungen über die eigentlichen Aufgaben von Streitkräften zum Tragen kommen (siehe hierzu Abschnitt 5.4). Ein Bestandteil des gegenwärtig akzentuierten Partnering-Konzepts wird von den einzelnen Bevölkerungen mehrheitlich mitgetragen, wobei sich zwei Ausreißer zeigen: In sechs der betrachteten Nationen heißen jeweils rund zwei Drittel der befragten Personen die Unterstützung der afghanischen Polizei und Armee durch die eigenen Streitkräfte gut. In Österreich befürworteten hingegen nur 39 Prozent der Befragten eine

Beteiligung ihrer Armee an der Unterstützung afghanischer Sicherheitskräfte. In Großbritannien und der Türkei wiederum wird dies als Kernauftrag des ISAF-Kontingents angesehen und erfährt im Vergleich der Aufgabenfelder die höchste Zustimmung. In den anderen sechs betrachteten Ländern sind es die Wiederaufbaubemühungen. Dass in der Türkei und insbesondere in Großbritannien eine abweichende Konzeption militärischer Aufgaben dominiert, zeigt sich auch bei der Haltung zu Kampfeinsätzen. Diese sind für fast zwei Drittel der britischen Befragten eine selbstverständliche Aufgabe in Afghanistan. Hierbei fällt der gravierende Abstand zu den anderen Nationen auf, die jeweils zu maximal einem Drittel die Beteiligung der eigenen Armee an der Bekämpfung der Taliban gutheißen. Merkliche Vorbehalte dagegen bestehen in Spanien und in Deutschland, während sich in Österreich kaum Befragte finden, die ihre Streitkräfte in Kampfeinsätze senden wollen.

Die betrachteten Nationen sind mithin nicht nur in quantitativer und qualitativer Hinsicht in Afghanistan unterschiedlich aktiv. Es bestehen auch gravierende Divergenzen in der Unterstützung der Bevölkerung für die diversen Aufgaben, wobei mit steigender militärischer Intensität der Abstand zwischen den Bevölkerungen zunimmt. Angesichts dieses Befundes stellt sich die Frage, worauf die festgestellten Differenzen zurückzuführen sind. Hierbei sind zwei Ursachen denkbar:

- Erstens könnten sich die Einflussgrößen unterscheiden, aus denen die Unterstützung bzw. Ablehnung des ISAF-Engagements erwächst. In den Ländern könnten unterschiedliche Einflussfaktoren oder Trägergruppen hinter dem Einsatz stehen. So könnte die Unterstützung für ISAF in dem einen Land aus dem Vertrauen in die Streitkräfte erwachsen und in dem anderen aus der wahrgenommenen Bedrohung durch Terroranschläge.
- Zweitens könnten sich – die gleichen Unterstützungsgruppen und -mechanismen vorausgesetzt – die Ausprägungen der wesentlichen Faktoren in den Ländern unterscheiden. Um dies an einem Beispiel zu illustrieren: Wenn die Zustimmung zu ISAF in allen Ländern in vergleichbarem Maße von dem Vertrauen in die Streitkräfte abhängt, dann sollte das Vertrauen in die Armee mit der jeweiligen Unterstützung für das Afghanistan-Engagement korrespondieren.

Um zu prüfen, welche der beiden Annahmen eher zutrifft und worauf die Abweichungen in der Unterstützung des Afghanistaneinsatzes zurückzuführen sind, wird deshalb zunächst geprüft, von welchen Einflussgrößen die Zustimmung zu ISAF abhängt und anschließend, wie ausgeprägt die relevanten Größen sind.

5.4 Was erklärt die unterschiedlichen Haltungen der europäischen Bevölkerungen zum Afghanistan-Engagement?

Um angesichts von acht zu betrachtenden Ländern die Auswertungen im überschaubaren Rahmen zu halten, werden nicht alle erfassten Items berücksichtigt, sondern es erfolgt eine Konzentration auf die Haltung zur Bekämpfung gegen die Taliban. Damit gerät das politisch, militärisch und gesellschaftlich heikelste Aufgabenfeld in den Blick, bei dem zugleich – wie der entsprechende eta-Wert in Tabelle 5.3 dokumentiert – die größten Differenzen zwischen den acht Ländern bestehen. Entsprechend werden im Folgenden multivariate Regressionen mit der abhängigen Variable „Unser MILITÄR sollte in Afghanistan auch für Kampfeinsätze gegen die Taliban eingesetzt werden.“ durchgeführt. Als erklärende Variable stehen sicherheitspolitische Haltungen sowie das Sozialprofil der Befragten zur Verfügung.

Tabelle 5.4: Erklärungsgrößen der Haltung zu ISAF-Kampfeinsätzen

	DEU	FRA	GB	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR
Außen- und sicherheitspolitisches Interesse	n.s.	.09*	.07*	.09*	.07*	n.s.	n.s.	n.s.
Haltung zu Streitkräften	.09**	.10**	.07*	n.s.	.19***	n.s.	.07*	.10*
Terrorismusbekämpfung als Streitkräfteaufgabe	.32***	.21***	.31***	.21***	.18***	.27***	.32***	.22***
Bedrohung durch Terroranschläge	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Militärische Konfliktlösung	.16***	.22***	.14***	.27***	.28***	.11**	.15***	.10*
Links-Rechts	n.s.	-.09**	n.s.	n.s.	-.13***	-.09*	-.12***	-.08*
Geschlecht	.19***	.15***	.10**	n.s.	.16***	.19**	.14***	n.s.
Alter	n.s.	.09**	.08*	.12**	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Religiosität	-.08*	n.s.	.08*	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
R ² – korrigiert	.23	.18	.17	.14	.29	.15	.21	.10
Fallzahl	891	791	860	898	841	754	808	659

Anmerkungen: Multiple Regression, beta-Werte und erklärte Varianz mit der abhängigen Variable Kampfeinsätze (siehe Tabelle 5.3). *** Signifikanz $\leq .001$, ** Signifikanz $\leq .01$, * Signifikanz $\leq .05$, n. s. = nicht signifikant.

Außen- und sicherheitspolitisches Interesse: „Und wie stark interessieren Sie sich dabei für außen- und sicherheitspolitische Themen?“ Haltung zu Streitkräften: „Wie ist Ihre persönliche Einstellung zu STREITKRÄFTE? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.“ Terrorismusbekämpfung als Streitkräfteaufgabe: „Welche Aufgaben sollten die STREITKRÄFTE Ihrer Meinung nach übernehmen? Stimmen Sie einer Übernahme der folgenden Aufgaben durch die STREITKRÄFTE zu oder lehnen Sie dieses ab? Die STREITKRÄFTE sollten eingesetzt werden, um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.“ Bedrohung durch Terroranschläge: „Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala. Terroranschläge in LAND.“ Militärische Konfliktlösung: „STAAT sollte zur Lösung internationaler Krisen und Konflikte auch militärische Mittel einsetzen.“

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Wie die multivariaten Auswertungen zeigen, lässt sich mit den zur Verfügung stehenden Indikatoren die Zustimmung der Bevölkerungen zu Kampfeinsätzen gegen die Taliban solide voraussagen, wobei merkliche Differenzen zwischen den Ländern auftreten. Während die Varianz in den Haltungen der schwedischen Befragten zu 30 Prozent erklärt wird, sind es nur zehn Prozent bei den türkischen Bürgerinnen und Bürgern.⁸ Deswegen ungeachtet erweisen sich in den Staaten – im Großen und Ganzen – die gleichen Größen als relevant: Die Zustimmung zum Einsatz der eigenen Armee gegen die Taliban hängt vor allem mit der Auffassung über die Rolle von Streitkräften in internationalen Konflikten zusammen. Wer das Militär als ein wichtiges Instrument zur Lösung internationaler Konflikte und im Rahmen des Kampfes gegen den globalen Terrorismus ansieht, stimmt in allen Ländern tendenziell stärker der Beteiligung der eigenen Armee an der Bekämpfung der Taliban zu. Weiteren Einfluss übt die generelle Haltung zu den Streitkräften aus. Wer diesen positiv gegenübersteht, ist eher bereit, ihren Einsatz gegen die Taliban gutzuheißen. Daneben kommt der politischen Positionierung sowie dem Geschlecht eine gewisse Relevanz zu: Frauen stehen Kampfeinsätzen – auch unter Kontrolle der anderen Größen – in sechs der acht Länder skeptischer gegenüber als Männer. Die Position auf der Links-Rechts-Skala spielt in fünf der Staaten in unterschiedlichem Maße eine Rolle, allerdings mit mäßiger Wirkung. Kaum einen bzw. keinen systematischen oder praktisch relevanten Einfluss üben das außen- und sicherheitspolitische Interesse, die Bedrohungswahrnehmung durch Terroranschläge sowie das Alter und die Religiosität der Befragten aus. In der Gesamtschau ist deshalb festzuhalten, dass es im Großen und Ganzen die gleichen Einflussfaktoren sind, die die Haltung zum Kampfeinsatz erklären: die Aufgabenzuschreibung in der Terrorbekämpfung, die generelle Haltung zu den Streitkräften sowie das Verhältnis zur bewaffneten Gewalt in der Internationalen Politik. Diese Faktoren gilt es vergleichend zu betrachten, um die Divergenzen in der Zustimmung der Bevölkerungen zu verstehen.

8 Eine noch höhere Erklärungskraft würde die Berücksichtigung weiterer Faktoren – wie etwa der Erfolgsaussichten des ISAF-Engagements – erbringen, die jedoch in den durchgeführten Befragungen nicht erhoben wurden.

Tabelle 5.5: Einstellungen ausgewählter europäischer Bevölkerungen zu den Streitkräften und ihren Aufgaben (Zustimmung in Prozent)

	DEU	FRA	GB	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	eta
Positive Haltung zu Streitkräften	59	64	78	50	49	63	60	71	.29
Terrorismusbekämpfung als Streitkräfteaufgabe	46	87	84	37	60	72	73	73	.35
Militärische Konfliktlösung	14	19	50	9	18	27	32	39	.29

Anmerkung: Zu Items siehe Tabelle 5.4.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

In allen drei Einstellungen zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den betrachteten Nationen. Dabei sind die Haltungen zu den Streitkräften in allen Ländern positiv, wobei fast 80 Prozent der Briten, aber auch jeweils rund zwei Drittel der Befragten in Deutschland, Frankreich, der Türkei, Spanien und der Tschechischen Republik ihrer Armee positiv gegenüberstehen. In Schweden und Österreich sind es jeweils rund die Hälfte. Die Terrorbekämpfung wiederum gilt in Deutschland und Österreich nur einer Minderheit als Aufgabe der Streitkräfte. In Deutschland und Österreich entspricht dies der Praxis, Polizei und Geheimdienste mit der Terrorabwehr zu betrauen. In den anderen Staaten sprechen sich demgegenüber Mehrheiten der Befragten dafür aus – am nachdrücklichsten in Frankreich und Großbritannien. Bei der Frage, ob militärische Mittel als Instrument der Internationalen Politik zum Einsatz kommen sollen, zeigen sich ebenfalls deutliche Differenzen, allerdings in etwas anderer Konstellation. Vorbehalte bestehen insbesondere in Deutschland und Österreich, aber auch die Bevölkerungen in Schweden, Spanien und – für manche wohl etwas überraschend – in Frankreich zeigen sich reserviert, wenn es um den Einsatz von Gewaltmitteln geht.⁹ Etwas höher ist die Akzeptanz in der Tschechischen Republik und in der Türkei, von den Briten vertraut die Hälfte der Befragten dem Einsatz militärischer Mittel in der Konfliktbewältigung. Dies bestätigt die vorliegenden Erkenntnisse zur britischen Öffentlichkeit, die weitaus eher als die kontinentaleuropäischen Bevölkerungen bereit ist, militärische Einsätze grundlegend zu befürworten (Jacobs 2008).

Nimmt man die Befunde der Regressionsanalysen (Tabelle 5.4) sowie die Verteilung der relevanten Einflussgrößen (Tabelle 5.5) zusammen, dann ergibt sich folgendes Bild: In den drei wesentlichen Parametern zeigen sich Abweichungen zwischen den Staaten,

9 Allerdings bestätigt dies die Befunde der Transatlantic-Trends-Studien (siehe auch Jacobs 2008).

die die unterschiedliche Unterstützung von Kampfeinsätzen in Afghanistan nachvollziehbar machen. Voraussetzung für die Zustimmung zur Aufstandsbekämpfung ist, dass die Bevölkerung mehrheitlich eine positive Haltung zu den Streitkräften hat (dies ist in allen Ländern gegeben), dass sie Terrorbekämpfung als militärische Aufgabe sieht (dies gilt für sechs der betrachteten Staaten) und dass der militärischen Lösung internationaler Konflikte das Wort geredet wird (dies erfährt alleine in Großbritannien Zustimmung). In der Gesamtschau erklärt sich die Unterstützung der Briten für die Talibanbekämpfung daraus, dass alle drei Voraussetzungen gegeben sind. Bei Franzosen, Schweden, Spaniern, Tschechen und Türken speist sich die Zustimmung ebenfalls aus der wohlwollenden Haltung den Streitkräften gegenüber sowie aus der Zuweisung von Terrorbekämpfungsaufgaben – allerdings bestehen in den jeweiligen Bevölkerungen Vorbehalte gegen den Einsatz militärischer Mittel in der Internationalen Politik. Deutsche und Österreicher schließlich stehen dem Einsatz militärischer Mittel in internationalen Konflikten kritisch gegenüber und betrachten den Kampf gegen den Terror nicht als Aufgabe der Armee. Infolgedessen weisen sie die niedrigsten Zustimmungsraten für die Bekämpfung der Taliban auf. Es bestehen mithin unterschiedliche Cluster von sicherheits- und militärpolitischen Grundvorstellungen in den europäischen Staaten. Von daher ist die verbreitete Skepsis gegenüber Kampfeinsätzen in Afghanistan kaum situativ bedingt, sondern eher Ausdruck grundsätzlicher Vorbehalte.

5.5 Fazit und Ausblick

Die Partner in der NATO und in Europa sind seit nunmehr zehn Jahren in Afghanistan aktiv. Von Beginn an ist der Einsatz immer wieder Gegenstand politischer und öffentlicher Diskussionen und Zweifel (Naumann 2008). Aufgrund seiner politischen und militärischen Brisanz ist es für Politik und Streitkräfte von Bedeutung, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen Einsatz mittragen. Wie die Ergebnisse der internationalen Umfrage des SOWI zeigen, gibt es in den betrachteten Ländern unterschiedlich ausgeprägten Rückhalt für die Afghanistanmission, wobei insbesondere die Frage, ob sich Streitkräfte an der Bekämpfung der Taliban beteiligen sollen, von den jeweiligen Bevölkerungen abweichend beantwortet wird. Mehrheitsfähig ist dies in Großbritannien, jeweils rund ein Drittel unterstützt dies in Frankreich, Schweden, Spanien, der Tschechischen Republik und der Türkei. Demgegenüber finden sich in Deutschland und insbesondere in Österreich weniger Befragte, die die Beteiligung der eigenen Armee an der Aufstandsbe-

kämpfung gutheißen. Wie die vorstehenden Auswertungen belegen, sind die Divergenzen zwischen den Bevölkerungen nicht darauf zurückzuführen, dass sich die Einflussfaktoren oder Trägergruppen in den acht Nationen unterscheiden. Vielmehr gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Aufgaben von Streitkräften und deren Rolle bei der Bewältigung internationaler Konflikte. In Deutschland und Österreich sprechen sich Mehrheiten gegen die Lösung internationaler Konflikte mit militärischen Mitteln und gegen die Terrorismusbekämpfung als militärische Aufgabe aus. In fünf Ländern ist zwar die Terrorbekämpfung als Auftrag an die Streitkräfte Konsens, aber es bestehen Vorbehalte gegen militärische Gewaltmittel in der Internationalen Politik. Alleine die britische Öffentlichkeit stützt mehrheitlich den Kampf gegen die Taliban, da sie die militärische Lösung internationaler Konflikte unterstützt und die Streitkräfte in der Pflicht sieht, gegen den internationalen Terrorismus vorzugehen. Mithin liegen alle drei Voraussetzungen alleine in Großbritannien vor, was mit der Tatsache korrespondiert, dass die britischen Streitkräfte intensiver in Kampfhandlungen involviert sind als die anderer europäischer Staaten.

Die Befunde bestätigen einen Erklärungsansatz in der Forschung zur Öffentlichen Meinung, der die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zu konkreten Anlässen als von Denkbildern (belief systems) geprägt begreift. Diese sind durch Wissen, Lernprozesse und Sozialisation geprägt und strukturieren die Orientierung und Positionierung der Bürger auch bei sicherheitspolitischen Fragen (Hurwitz/Peffley 1991). Die Haltung der Befragten zu einem konkreten Ereignis – in diesem Fall dem Einsatz in Afghanistan – entsteht nicht zufällig, sondern leitet sich aus grundlegenden sicherheitspolitischen Überzeugungen und Mustern ab. Eine modifizierte Haltung zum ISAF-Einsatz setzt entsprechend voraus, dass das Verständnis vom Wesen und Auftrag von Streitkräften sich generell wandelt, wonach es derzeit weder hierzulande noch in den anderen europäischen Staaten aussieht – zumal die empirische Forschung dargelegt hat, dass sicherheitspolitische Einstellungen weitaus stabiler sind, als weithin angenommen wird (Page/Shapiro 1992; Isierna et al. 2002). Von daher ist davon auszugehen, dass die vorhandenen Divergenzen in den Haltungen der europäischen Bevölkerungen fortbestehen, was eine ungünstige Voraussetzung für eine faire Lastenteilung im ISAF-Einsatz sowie für die Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Strategischen Kultur und funktionierende Aufgabenteilung im Rahmen der EU darstellt.

6 Politisches Interesse, Mediennutzung und Wahrnehmung der Streitkräfte

Jörg Jacobs

6.1 Einordnung

Die Evolution der virtuellen Welt, die Verfügbarkeit von leistungsstarken Informationstechnologien eröffnet Möglichkeiten, Ereignisse, Ideen, Normen, Interessen oder kulturelle Eigenarten weltweit in „Echtzeit“ zu kommunizieren. Durch diese Entwicklung ist für den Einzelnen nicht mehr der Mangel an Information, sondern die Auswahl aus einer Menge an Informationen strukturbildend. Gleichzeitig sind der menschlichen Aufnahmefähigkeit kognitive Grenzen gesetzt, so dass der Einzelne gezwungen ist, Strategien zur Auswahl von Informationen zu entwickeln. Eine über die Sozialisation erworbene grundsätzliche Orientierung ist eine Heuristik, das Interesse an einzelnen Politikfeldern ein anderer Selektionsmechanismus. In diesem Abschnitt werden das Ausmaß des politischen Interesses, die Nutzung von Medien und die Wahrnehmung der Streitkräfte beschrieben. Als Armee im Einsatz ist die Bundeswehr von dieser Veränderung im Kommunikationsumfeld doppelt betroffen. Einmal findet die öffentliche Verfügbarkeit von Informationen über die Einsätze ihren Ausdruck darin, dass die Konzeption der Bundeswehr 2004 anerkennt, dass die Informationsarbeit eine Führungsaufgabe darstellt. Auch kleine Ereignisse in einem Einsatzland werden potenziell von der internationalen Öffentlichkeit wahrgenommen. Zweitens versteht sich die Bundeswehr nach ihrem Selbstverständnis als Teil der Gesellschaft und als Parlamentsarmee und bedarf daher nicht nur eines Auftrages der Regierung, sondern auch der Unterstützung durch die politische Öffentlichkeit und des Rückhalts in der Bevölkerung. Das Interesse an sicherheitspolitischen Themen ist ein Indikator für diese Aufmerksamkeit.

6.2 Politisches Interesse

Generell ist das politische Interesse der Befragten in den acht ausgewählten Ländern unterschiedlich ausgeprägt, bewegt sich aber in einem eher engen Rahmen zwischen 35 und 54 Prozent (Tabelle 6.1).

Tabelle 6.1: Politisches Interesse (Angaben in Prozent)

	DEU	FRA	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	GB
Interesse an Politik	50	54	51	43	35	42	25	51
Interesse an innenpolitischen Themen*	62	54	64	50	53	52	39	65
Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Themen*	56	45	56	40	48	38	33	51

Anmerkungen: 5-stufige Antwortskala, dargestellt ist die Summe der Prozentanteile für „sehr interessiert“ und „eher interessiert“; * Befragte, die „überhaupt kein Interesse“ an Politik haben, wurden von der Berechnung ausgeschlossen.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

In Deutschland, Frankreich, Österreich und Großbritannien äußert etwa die Hälfte der Befragten, ein Interesse an Politik zu haben. In Schweden und der Tschechischen Republik sind es um die 40, in der Türkei 25 Prozent. Wird zwischen innen- und außenpolitischen Themen differenziert, findet man in allen Ländern ein signifikant größeres Interesse an innenpolitischen Themen. Aufgrund der Bedeutung der Innenpolitik für die Alltagsprobleme der Menschen ist dieses Ergebnis nicht überraschend. Es ist aber immerhin noch etwa jeder zweite Befragte in Deutschland, Frankreich, Österreich, Spanien und Großbritannien, der angibt, ein Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Themen zu haben. In Schweden und der Tschechischen Republik äußern um die 40 Prozent Interesse für diese Thematik. Damit gibt es insgesamt ein breites Interesse, auch wenn in allen Ländern weite Teile der Bevölkerung ihr Recht auf Desinteresse in Anspruch nehmen.

Die strukturellen Aspekte der Interessenunterschiede in den Ländern werden nochmals deutlich, wenn das Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Themen anhand von sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten unterschieden wird. In allen acht Ländern ist der Anteil an Männern mit einem Interesse an der Thematik signifikant höher. Offensichtlich sind die gängigen Argumente für die Unterschiede zwischen den Geschlechtern (z. B. Alltagsnähe, Technikaffinität, Gewalthandlungen, geschlossene Experten- gruppen in der Außen- und Sicherheitspolitik) nicht nur in Deutschland gültig, sondern auch für die übrigen Länder zutreffend. Die erwartbare Differenzierung ist ebenso bei einer Unterscheidung nach dem Bildungsniveau abzulesen: Der Anteil an interessierten Befragten steigt in allen Ländern mit dem Bildungsniveau (Tabelle 6.2).

Tabelle 6.2: Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Themen unterschieden nach Geschlecht, Bildungsniveau und Alter der Befragten (Mittelwertvergleich)

	DEU	FRA	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	GB
Geschlecht								
Mann	72	63	71	59	61	60	55	65
Frau	64	57	63	53	59	49	50	58
Bildungsniveau								
Niedrig	63	56	63	49	56	49	47	55
Mittel	67	58	66	52	58	53	50	60
Hoch	74	64	73	57	64	59	61	71
Altersgruppen								
16–29	60	53	62	51	54	38	49	62
30–49	66	58	66	52	59	52	53	64
50–69	71	63	69	59	66	64	57	64
70+	73	67	76	61	58	67	62	60
Gesamtmittelwert	68	60	67	56	60	54	53	62

Anmerkungen: 5-stufige Antwortskala, zur Vermeidung von Kommastellen ist der Mittelwert für eine Skala zwischen 0 „überhaupt kein Interesse“ und 100 „sehr starkes Interesse“ dargestellt; Befragte ohne Interesse an Politik wurden von der Analyse ausgeschlossen.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

In der Gruppe hoch gebildeter Befragter schwankt der Mittelwert des Interesses zwischen 57 (Schweden) und 74 (Deutschland). In der Gruppe der niedrig Gebildeten dagegen zwischen 47 (Türkei) und 63 (Deutschland, Österreich). Es finden sich also Unterschiede im Niveau des Interesses, wie bereits aus Tabelle 6.1 hervorgeht, aber in der Struktur der Differenzierung in den unterschiedlichen Bildungsgruppen sind die acht Länder vergleichbar. Ausgeprägte kognitive Kompetenzen bei Höhergebildeten sowie die größere Offenheit gegenüber alltagsfernen Themen zeigen hier ihre Wirkung. Ähnliche Argumente können auch für die vergleichbaren Unterschiede in den Altersgruppen angeführt werden. Tendenziell ist in den untersuchten Ländern das Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Themen bei älteren Befragten höher. In ihrer jeweiligen Lebenssituation sind jüngere Befragte eher gezwungen, Zeit und Kraft für die Bewältigung eines dynamischen Alltags (z. B. Arbeitssituation, Kindererziehung, soziales Umfeld) aufzuwenden. Aus dieser Sicht heraus ist es aufgrund begrenzter kognitiver Kapazitäten nachvollziehbar, den Randfeldern des Alltagserlebens von Politik weniger Achtung zu schenken.

Insgesamt finden sich bei der Beschreibung des politischen Interesses in den acht Ländern die aus der Forschung bekannten Zusammenhänge. Zwischen den Ländern lassen

sich zwar Unterschiede im Niveau des Interesses erkennen, die sozialstrukturellen Unterschiede sind aber vergleichbar und können für moderne europäische Staaten als strukturell begründet gelten. Das Interesse an Politik richtet sich in den Ländern nicht nur auf die Innenpolitik, sondern auch auf die Außen- und Sicherheitspolitik.

6.3 Mediennutzung

Durch die Entwicklung digitaler Übertragungsmöglichkeiten sowie die inhaltliche und konzeptionelle Evolution des Internets zu einem Medium der sozialen Interaktion und Partizipation verändert sich auch die Nutzung der Medien insgesamt. In Deutschland, Österreich, Schweden und Großbritannien geben etwa 40 Prozent an, das Internet nie als Informationsquelle zu nutzen. „Fortschrittlich“ sind Spanien und die Tschechische Republik, wo weniger als 30 Prozent das Internet überhaupt nicht nutzen. Frankreich und die Türkei kann man dagegen mit einem Anteil von knapp 66 und 67 Prozent der Befragten, die das Internet nicht nutzen, als Nachzügler bezeichnen. Die Möglichkeit der digitalen Spaltung eines Landes wird besonders am Beispiel Großbritanniens sichtbar. Während dort 36 Prozent angeben, das Internet nie zu nutzen, informieren sich 44 Prozent der Befragten täglich oder fast täglich in Internet, Foren und Blogs. Dies ist der dritthöchste Anteil nach Spanien (50 Prozent) und der Tschechischen Republik (58 Prozent). (Tabelle 6.3)

Trotz der Entwicklungen auf dem Medienmarkt bleibt das Fernsehen weiterhin das Leitmedium. In Abhängigkeit von landesspezifischen Rahmenbedingungen, und hier insbesondere dem Stellenwert des Privatfernsehens, schalten drei von vier Befragten in allen Ländern das Fernsehen täglich oder mehr als dreimal in der Woche ein. Nationale Besonderheiten lassen sich an der Bedeutung von Nachrichtensendern¹⁰ festmachen. In Großbritannien (73 Prozent), der Türkei (68 Prozent) oder Spanien (49 Prozent) schaltet eine große Gruppe täglich einen Nachrichtensender ein, in Deutschland sind dies noch 30 Prozent, in Österreich 18 Prozent und in Schweden 16 Prozent.

¹⁰ In der Befragung wurde nicht zwischen Fernsehnachrichtensendern und Radionachrichtensendern unterschieden.

Tabelle 6.3: Ausmaß der Mediennutzung (täglich/fast tägliche Nutzung in Prozent)

	DEU	FRA	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	GB
Boulevardzeitungen	14	2	37	18	6	8	10	27
Regionale Tageszeitungen	51	28	34	63	28	10	10	13
Überregionale Zeitungen und Wirtschaftsblätter	6	8	15	20	27	20	42	14
Nachrichtenmagazine*	16	16	17	4	8	33	18	6
Wochenzeitungen*	11	14	14	19	14	18	7	31
Privatfernsehen	53	66	30	64	32	69	55	70
Öffentlich-rechtliches Fernsehen	69	74	68	75	82	75	77	84
Nachrichtensender	30	32	18	16	49	46	68	73
Privatradio	27	44	23	27	45	49	25	26
Öffentlich-rechtliches Radio	39	30	55	52	22	27	16	43
Internet, Foren und Blogs	28	17	29	29	50	58	18	44
Internet, Online-Ausgaben von Zeitungen, Zeitschriften oder Fernsehsendern	12	17	19	35	31	29	28	25
Internet, Homepage der STREITKRÄFTE**	4	4	3	6	6	6	19	9
Persönliche Gespräche mit Freunden, Bekannten, Kollegen oder Verwandten	46	29	48	73	66	59	41	66
Persönliche Gespräche mit Experten*	12	5	15	17	16	34	36	24
Teilnahme an Informationsveranstaltungen**	16	10	22	22	18	25	26	26

Anmerkungen: 5-stufige Antwortskala; * Nutzung mindestens einmal in der Woche bis täglich, ** Nutzung mindestens einmal im Monat bis täglich.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Eine geringere Nutzung als das Fernsehen, aber doch deutlich mehr, als vielleicht zu erwarten wäre, erfährt das Radio. Eine absolute Mehrheit in allen Ländern nutzt das Radio mindestens einmal in der Woche als Informationsmedium. Weder Privatradio noch öffentlich-rechtliches Radio schalten zwischen 12 (Österreich) und 33 Prozent (Schweden) an. In welcher Weise die Nutzung der Medien erfolgt, wurde in der Studie nicht erfasst. Gerade am Beispiel des Radios als einem ‚Medium für zwischendurch‘ lässt sich dieser Punkt erläutern: Gleich ob beim Frühstück oder auf dem Weg zur Arbeit – das Radio läuft oftmals im Hintergrund, ohne dass die Inhalte stets bewusst zur Kenntnis genommen werden. Die Tatsache der Nutzung eines Mediums alleine lässt noch nicht auf Inhalt und Art der Wahrnehmung, und damit die Medienwirkung schließen.

Typische strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern zeigen sich vor allem im Ausmaß der Nutzung von Printmedien. Zum Beispiel ist in Deutschland der regionale

Zeitungsmarkt traditionell stark ausgeprägt, in Großbritannien spielen regionale Zeitungen dagegen oftmals nur die Rolle von Anzeigenblättern. Diese strukturelle Differenz zeigt sich auch im Ausmaß der Nutzung: Regionale Zeitungen liest in Deutschland die Hälfte der Befragten täglich, in Großbritannien sind es nur 13 Prozent. Überregionale Zeitungen nehmen in Deutschland nur etwa sechs Prozent der Befragten zur Kenntnis, in Großbritannien 14 Prozent. Dagegen räumen 14 Prozent der deutschen Befragten ein, täglich eine Boulevardzeitung zu lesen, in Großbritannien 27 Prozent. In der Türkei werden überregionale Zeitungen von 42 Prozent der Befragten täglich gelesen, regionale Zeitungen und der Boulevardpresse dagegen nur jeweils von knapp 10 Prozent. Gerade an diesem Punkt wird die inhaltliche und technische Weiterentwicklung des Internets zeigen, ob die Online-Verfügbarkeit von Informationen die Funktion von Tageszeitungen als Medium der Vermittlung von aktuellen Informationen zu ergänzen oder zu ersetzen vermag. In Spanien und der Tschechischen Republik ist der Anteil an Internetnutzern vergleichsweise hoch. In einem Land wie Deutschland mit einem relativ hochwertigen regionalen Zeitungsmarkt ist die Nutzung des Internets zur Informationsbeschaffung vergleichsweise (noch) gering ausgeprägt.

Nicht zu vernachlässigen ist die Nutzung des persönlichen Gesprächs als Quelle für Informationen. Mit Ausnahme Frankreichs nutzt ein knappes Fünftel bis ein Viertel der Befragten mindestens monatlich die Möglichkeit, an Veranstaltungen teilzunehmen, sucht also aktiv die Aufnahme von Informationen. Eine Kultur der persönlichen Information zeigt sich besonders in der Tschechischen Republik, der Türkei und Großbritannien, wo ein Viertel bis ein Drittel der Befragten mindestens wöchentlich das persönliche Gespräch mit Experten sucht. In den übrigen Ländern sind dies deutlich weniger. Die Bedeutung des Gespräches im Bekannten-, Kollegen-, oder Verwandtenkreis für die Verbreitung und Aufnahme von Informationen zeigt sich ebenfalls: Wiederum mit Ausnahme Frankreichs nutzt die Hälfte bis drei Viertel der Befragten das persönliche Gespräch täglich, um Informationen zu bekommen. Schließt man die Gruppe der Befragten ein, die mindestens einmal in der Woche im Gespräch Informationen aufnimmt, steigt der Anteil auf etwa 80 Prozent und alle signifikanten Länderunterschiede verschwinden.

6.4 Wahrnehmung der Streitkräfte

Zwei generelle Beobachtungen lassen sich aus Tabelle 6.4 ablesen. Einmal sind in der Türkei und Großbritannien die Streitkräfte im Alltagsleben ein Thema und öffentlich sichtbar. Im Alltag, bei Veranstaltungen, in Gesprächen oder den Medien ist der Anteil, der die Streitkräfte mindestens einmal in der Woche wahrnimmt, deutlich höher als in den übrigen sechs Ländern. Zweitens werden die Streitkräfte in allen acht Ländern am häufigsten durch die Medien wahrgenommen. Der direkte Kontakt steht dahinter deutlich zurück. Das gilt auch für die Türkei oder Großbritannien. In den beiden Ländern geben 74 bzw. 85 Prozent an, die Streitkräfte in den Medien wahrzunehmen, in den übrigen Ländern sind es nur zwischen 34 (Frankreich, Österreich) und 59 (Schweden) Prozent. Das Ausmaß der Wahrnehmung im Gespräch und im Alltag in Deutschland ist vergleichbar mit den Anteilen in Frankreich, Österreich, Schweden, Spanien und der Tschechischen Republik.

Tabelle 6.4: Anteil Wahrnehmung der Streitkräfte mindestens einmal in der Woche bis täglich (Angaben in Prozent)

	DEU	FRA	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	GB
Im Alltag, da wo Sie wohnen und arbeiten	14	16	18	13	20	16	50	42
Bei öffentlichen Veranstaltungen	6	16	8	4	15	7	28	23
Bei Gesprächen in der Familie oder mit Verwandten	13	9	13	13	16	12	43	36
Bei Gesprächen mit Freunden oder Kollegen	13	8	11	13	15	11	44	36
Bei Beiträgen in Zeitungen und Fernsehen	44	34	34	59	36	53	74	85
Bei Beiträgen im Internet	12	6	9	18	14	21	32	21

Anmerkung: Eigene Berechnung, 5-stufige Antwortskala.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Damit liegt es sehr fern, von einer Militarisierung der Gesellschaft zu sprechen. Vielmehr lassen diese Aussagen erkennen, dass ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger nur eine eher geringe Bedrohungswahrnehmung (siehe Kapitel 7) hat und entsprechend militärischen Fähigkeiten eine geringe Aufmerksamkeit schenkt. Dies sollte aber keineswegs mit einer Gleichgültigkeit gleichgesetzt werden. Denn wie das Niveau des politischen Interesses anzeigt, wird der Thematik Sicherheitspolitik durchaus eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt. Eine plausible Erklärung wäre, dass die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dazu führen, dass den Streitkräften keine besondere Aufmerksam-

keit gewidmet wird. Aufgrund der hohen Intensität, mit der Großbritannien in internationalen militärischen Konflikten involviert ist, und der Rolle des Militärs in der türkischen Gesellschaft sind die Unterschiede zu den übrigen sechs Ländern plausibel. Aus dieser Perspektive wäre eine hohe Aufmerksamkeit eher ein Krisenzeichen, eine geringe Aufmerksamkeit dagegen eher ein Anzeichen für ein geringes Bedrohungsgefühl und die Erwartung an eine stabile Entwicklung.

7 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden

Heiko Biehl & Rüdiger Fiebig

7.1 Einleitung: Innere, äußere und soziale Sicherheit

Sicherheit ist ein primäres Staatsziel. Der moderne Staat hat die Aufgabe, sich und seine Bürger zu schützen. Erst die Garantie von Sicherheit ermöglicht die Einlösung politischer Partizipationschancen und freiheitlicher Grundrechte sowie die Entfaltung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungspotenziale. Dieser in der klassischen Form von Hobbes ausformulierte Auftrag durchdringt bis in die Gegenwart das Selbstverständnis westlicher Staaten. So heißt es etwa im aktuellen deutschen Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr (2006: 28): „Die Sicherheitspolitik Deutschlands wird von den Werten des Grundgesetzes und dem Ziel geleitet, die Interessen unseres Landes zu wahren, insbesondere: Recht und Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlfahrt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu bewahren und sie vor Gefährdungen zu schützen, die Souveränität und die Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes zu sichern, regionalen Krisen und Konflikten, die Deutschlands Sicherheit beeinträchtigen können, wenn möglich vorzubeugen und zur Krisenbewältigung beizutragen (...).“

Die Sicherheit der Bürger umfasst zwei Facetten, die es zu unterscheiden gilt. Sicherheit kann objektiv gegeben sein, wenn Risiken, Bedrohungen und Gefahren minimiert worden sind. Sicherheit ist aber ebenso eine subjektive Kategorie: Individuen können sich sicher oder unsicher fühlen. Zwischen beiden Größen besteht zweifelsohne ein Zusammenhang, sie sind jedoch keineswegs gleichzusetzen. Subjektive Sicherheit kann auch empfunden werden, obwohl objektive Gefahren und Risiken drohen, was im Extrem zu Sorglosigkeit, Naivität und Unbekümmertheit führen kann. Umgekehrt kann die übergroße Sorge um die eigene Sicherheit und die Fokussierung auf potenzielle Bedrohungen auch paranoide Züge annehmen.

Für die politische und soziale Praxis sind beide Größen von Relevanz. Es genügt nicht, die Bürger objektiv zu schützen. Es muss in der Bevölkerung ebenso ein subjektives Sicherheitsempfinden vorhanden sein. Denn erst aus empfundenen Sicherheiten – und insbesondere Erwartungssicherheiten, wie die Systemtheorie herausgearbeitet hat (eben-

so Kaufmann 1973: 300; Bonß 1997: 24) – erwächst das Potenzial für soziales Vertrauen, Interaktionen und Komplexität.

Aufgrund dieser Relevanz setzt sich das folgende Kapitel mit der subjektiven Sicherheit und wahrgenommenen Sicherheitsbedrohungen der Bürger in den acht betrachteten Ländern Europas auseinander. Dabei stehen folgende Fragen im Fokus:

- Wie sicher fühlen sich die Bürger, und wie schätzen sie die nationale Sicherheitslage in ihrem jeweiligen Land ein?
- Von welchen potenziellen Gefahren wie z. B. Krieg und Terrorismus, aber auch Arbeitslosigkeit, fühlt sich die Bevölkerung tatsächlich bedroht?
- Wovon hängt das individuelle Sicherheitsempfinden ab? Welche Bedrohungen, Risiken und Gefährdungen haben einen Einfluss auf die wahrgenommene Sicherheit?

Um diese Fragen zu beantworten, werden im Folgenden zunächst die sozialwissenschaftlichen Debatten skizziert, an die die Untersuchung zum subjektiven Sicherheitsgefühl anknüpfen kann. Als Bezugspunkte dienen das aus der Internationalen Politik stammende Konzept der ‚Human Security‘, der sozialwissenschaftliche Diskurs zu Sicherheit sowie empirische Studien zur Kriminalitätsfurcht (Abschnitt 7.2). Die empirischen Befunde stellen das Sicherheitsempfinden und die Bedrohungswahrnehmung der Bürger dar (Abschnitt 7.3). Anschließend wird geprüft, wie die Bedrohungswahrnehmungen das Sicherheitsempfinden beeinflussen und inwiefern sich soziale Zugehörigkeiten und Merkmale auswirken (Abschnitt 7.4). Abschließend werden die gefundenen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den betrachteten europäischen Ländern diskutiert (Abschnitt 7.5).

7.2 Sozialwissenschaftliche Anknüpfungspunkte

Um die empirischen Einsichten zum subjektiven Sicherheitsempfinden sozialwissenschaftlich begründet einordnen zu können, sind drei Forschungsstränge zu berücksichtigen, die sich mit verschiedenen Aspekten von Sicherheit auseinandersetzen: Erstens das in die Politikwissenschaft – genauer die Internationalen Beziehungen – eingeführte Konzept ‚Human Security‘, zweitens die sozialwissenschaftlichen Diskussionen um die Kategorie ‚Sicherheit‘ und drittens die empirischen Befunde zum individuellen Sicher-

heitsempfinden, die Soziologie, Sozialpsychologie und Kriminologie zu Tage gefördert haben.

Die Debatte um ‚Human Security‘

Das Ende des Kalten Krieges setzte die etablierten sicherheitspolitischen Begriffe und Kategorien unter Druck. Vor diesem Zusammenhang ist die Einführung von ‚Human Security‘ zu verstehen und zu bewerten. Wie eine ganze Reihe anderer Ansätze und Konzepte auch nimmt ‚Human Security‘ eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffs vor. Zwar erfährt dieses Konstrukt seit Anfang der 1990er-Jahre erhöhte Aufmerksamkeit – die wissenschaftlichen Versuche, den Sicherheitsbegriff thematisch zu ergänzen, reichen jedoch weiter zurück und entstammen dem Umfeld amerikanischer Think-Tanks (Ullman 1983; Daase 1991). Im Kern geht es bei ‚Human Security‘ ebenso wie bei verwandten Begriffen wie, erweiterte Sicherheit, umfassende Sicherheit oder der in Deutschland prominenten vernetzten Sicherheit, um die Absicht, das auf Staatlichkeit und militärische Bedrohung fixierte Sicherheitsverständnis des Kalten Krieges um nicht-militärische Bedrohungen und Entwicklungen zu ergänzen (Sen 2000; siehe den Überblick bei Debiel/Werthes 2005). Folglich sollte nicht mehr der Staat als zentraler Sicherheitsakteur (und Sicherheitsempfänger) verstanden werden, sondern die Bürger. Entsprechend fordert der UN-Report on Human Development (1994: 24): „The concept of security has for too long been interpreted narrowly: as security of territory from external aggression, or as protection of national interests in foreign policy or as global security from the threat of a nuclear holocaust. It has been related more to nation-states than to people.“ Demgegenüber sei ‚Human Security‘ „people-centred. It is concerned with how people live and breathe in a society, how freely they exercise their many choices, how much access they have to market and social opportunities and whether they live in conflict or in peace.“ (ebd.: 25)

Zwar evozierte diese Definition der UN einige Kritik und es gibt, wie nicht anders zu erwarten, eine akademische Debatte um die richtige Begriffsbestimmung und Abgrenzung zu anderen Konzepten (siehe stellvertretend Paris 2001). Dennoch stellt die UN-Definition weiterhin den Fixpunkt der Kontroversen und Debatten dar und ist in ihrem Kern (Verschiebung von staatlicher zu individueller Sicherheit und Anerkennung nicht-militärischer Aspekte als sicherheitsrelevant) unstrittig. Damit ist der Sicherheitsbegriff geöffnet und für Themen und Diskussionen anschlussfähig, die traditionell anderen Politikfeldern zugerechnet werden: Ökonomie, Ökologie, politische Freiheit und Parti-

zipation, Gesundheitsvorsorge, soziale Absicherung etc. können in der Folge unter dem Aspekt der Sicherheitsvorsorge gesehen, analysiert und politisch wie wissenschaftlich bewertet werden. Die damit einhergehenden Erweiterungen der Sicherheitszuschreibungen an den Staat beschränken sich mittlerweile nicht mehr nur auf die innenpolitische bzw. innerstaatliche Arena. Sie haben über das Konzept der ‚Human Security‘ auch Eingang in die Internationale Politik gefunden (Amouyel 2006; Kermani 2006: 27). Angesichts der vielfältigen und teils widersprüchlichen Sicherheitsansprüche, die an den Staat gerichtet sind, stellt sich die Frage der Priorisierung (Goetschel 2005: 27, 29; Paris 2001: 92), die angesichts knapper Ressourcen in nochmals verschärfter Form zutage tritt. Für den Staat und die politischen Akteure gewinnen deshalb Informationen über das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger an Bedeutung.

Die hinter der Etablierung der ‚Human Security‘ stehenden Motivationen und damit einhergehende Implikationen werden in der Literatur aus dreifacher Perspektive kritisiert: Erstens wird den staatlichen Protagonisten der ‚Human Security‘ – zu denen in erster Linie Mittelmächte wie Kanada, Japan und Norwegen gehören – vorgehalten, sie verträten ihre nationalen Interessen (Amouyel 2006: 17; Paris 2001). Dazu nutzten sie ein nahezu kritikimmunes Konzept, das sich zwar humanitär geriere, de facto aber die eigentlichen Intentionen bemäntle. Innerstaatlichen Befürwortern der ‚Human Security‘ ginge es zweitens darum, Ressourcen, die bislang für Sicherheitspolitik und Sicherheitsorgane im engeren Sinne, vor allem für Streitkräfte, zur Verfügung standen, auf andere Politikfelder umzuleiten. Damit ginge aber drittens auch die Gefahr der *securization* (Buznan et al. 1998) einher. Wenn alle Politikfelder unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit betrachtet würden, ginge deren Eigenlogik verloren und man folge stattdessen den Gesetzen der Sicherheitsproduktion, die schlimmstenfalls in eine Militarisierung anderer Politikbereiche münde.

Ungeachtet dieser Einwände hat sich ‚Human Security‘ in den letzten beiden Dekaden in der internationalen Debatte etabliert. Die akademische Auseinandersetzung ist so weit fortgeschritten, dass mittlerweile eine eigene Zeitschrift mit dem Titel ‚Revue de Sécurité Humaine/Human Security Journal‘ etabliert worden ist. Das politische wie wissenschaftliche Interesse an ‚Human Security‘ ist vor allem auf Krisen- und Kriegsgebiete fokussiert und es wird versucht, mit Hilfe ‚objektiver‘ Daten, Zahlen und Fakten gewisse Trends aufzuzeigen und zu erklären. In diesem Papier wird eine andere Herangehensweise gewählt, um eine Facette der ‚Human Security‘ zu bestimmen und für die wissenschaftliche Diskussion fruchtbar zu machen (vgl. insbesondere die Untersuchun-

gen des Human Security Report Team 2009; aber auch Debiel/Werthes 2005: 12; Goetschel 2005; King/Murray 2001/02). Die nachfolgende Untersuchung bezieht sich auf entwickelte Industriestaaten mit sozialen Sicherheitssystemen und es wird die von den Bürgern wahrgenommene Sicherheit in den Blick genommen. Dabei kann an den sozialwissenschaftlichen Kenntnis- und Diskussionsstand zu Sicherheit angeknüpft werden.

Sicherheit als Kategorie in den Politik- und Sozialwissenschaften

Sicherheit ist eine etablierte Größe in den Politik- und Sozialwissenschaften. Bereits bei den Klassikern sozialwissenschaftlichen Denkens finden sich Auseinandersetzungen mit dem Begriff (vgl. Kaufmann 1973: VI). Das Streben nach Sicherheit wird von vielen als anthropologischer Grundstrang verstanden, wobei dieses Prinzip naturgemäß in Wechselbeziehung oder gar Konkurrenz zu anderen Bedürfnissen steht (Kaufmann 1973: 10ff.; Lippert et al. 1997: 11–13 mit weiteren Verweisen; Zelinka 1997).

In den Politikwissenschaften wird gerne die Ambivalenz und gegenseitige Durchdringung von Freiheit und Sicherheit thematisiert (so etwa Jäger et al. 2004). Soziologisch ist eine Unterscheidung wesentlich, die in der Debatte um ‚Human Security‘ bislang noch zu selten systematisch berücksichtigt wird und einer empirischen Prüfung unterzogen wird. Für Kaufmann (1973: 28ff.) ist Sicherheit im Wesentlichen ein „gesellschaftlicher Wert“. Der Autor untersucht die inhaltliche Aufladung des Sicherheitsbegriffs sowie insbesondere die Einstellungen zur sozialen Sicherheit. Demzufolge lassen sich objektive und subjektive, d. h. gefühlte oder empfundene Sicherheit unterscheiden (Kaufmann 1973: 285ff.; Mau 1998: 593; Ruhne 2003: 58, 62; vgl. dagegen Luhmann 1990: 134, 156ff.; Bonß 1997: 27). Objektive Sicherheit wird dabei verstanden als Ausmaß der tatsächlichen Gefährdung durch Risiken und Bedrohungen. Die Sicherheit kann sich dabei auf Individuen wie auf Staaten gleichermaßen beziehen. Zwar scheint diese Kategorie auf den ersten Blick als definierter, messbarer und realer als gefühlte Sicherheit. Aber methodologisch ist es naturgemäß sehr schwierig, das Ausmaß an objektiver Sicherheit und die Relevanz der Gefährdungen, Risiken und Bedrohungen zu bestimmen. Mit Lippert et al. (1997: 11) kann die Subjektivierung der Sicherheit deshalb als deren soziale Konstruktion verstanden werden: „Letztlich bleibt es somit jedermann überlassen, mit ‚Sicherheit‘ seine ureigenen Vorstellungen und Interessen zu verbinden.“ Den Sozialwissenschaften ist die Erkenntnis jedenfalls sehr vertraut, dass „Sicherheitsgefühle nur in Ausnahmefällen auf einer tatsächlichen Beseitigung von Unsicherheit beruhen“ (Bonß 1997: 24). Eine solchermaßen konzipierte Sicherheit ist wie-

derum anschlussfähig an das Konzept der Erwartungssicherheit. Dieses verweist auf die subjektive Sicherheit, die als gefühlte Größe verstanden und für empirische Untersuchungen fruchtbar gemacht werden kann.

Empirische Untersuchungen zum subjektiven Sicherheitsempfinden

Empirische Versuche, das Sicherheitsempfinden der Bürger zu erheben und zu bestimmen, finden sich vornehmlich in der Sozialpsychologie und Kriminologie. Dort sind Forschungen etabliert, die untersuchen, inwieweit sich Bürger durch kriminelle Taten bedroht fühlen. In diesen Studien wird die Kriminalitätsfurcht der Bürger mittels Umfragen erhoben. Allerdings bleiben diese Analysen zumeist auf den Bereich der Inneren Sicherheit orientiert. Dies lassen bereits die international verwendeten Indikatoren zur Messung der Kriminalitätsfurcht erkennen. Mit den Fragen, „Gibt es hier eigentlich in der Nähe, der unmittelbaren Nähe – ich meine im Umkreis von einem Kilometer – irgend eine Gegend, wo Sie nachts nicht allein hin gehen möchten?“ und „Wie sicher fühlen sie sich, wenn Sie abends allein in Ihrer Nachbarschaft unterwegs sind?“ (Reuband 1995: 42; ders. 2008: 238) wird unmittelbar auf die persönliche Furcht vor kriminellen Übergriffen abgehoben. Dies schließt den Einfluss anderer Größen – etwa sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur – von vornherein aus. Soll – wie im Folgenden – das allgemeine Sicherheitsempfinden und der relative Einfluss unterschiedlicher Bedrohungen erfasst werden, dann empfiehlt es sich, einen allgemeinen Indikator zur Erhebung des individuellen Sicherheitsgefühls zu verwenden.

Dessen ungeachtet sind einige Befunde der Forschung zur Kriminalitätsfurcht auf die Untersuchung des subjektiven Sicherheitsgefühls transferierbar. So ist bekannt, dass sich Frauen stärker vor kriminellen Übergriffen fürchten. Strittig ist, ob dies auf deren generell höhere Ängstlichkeit zurückzuführen ist oder auf die Tatsache, dass Frauen das Gefühl haben, sich schlechter gegen Übergriffe wehren zu können (Reuband 1995: 49; ders. 2008: 235; Ruhne 2003: 55, 60). Auch das Alter hat einen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht. Einige Studien belegen eine lineare Korrelation, wonach die Furcht vor Kriminalität im Alter steigt, während andere Untersuchungen einen kurvenlinearen Zusammenhang zeigen, demgemäß junge Erwachsene und Senioren sich stärker vor Übergriffen fürchten (Reuband 2008: 236).

Weitere Studien weisen nach, dass ressourcenstarke Personen eine geringere Kriminalitätsfurcht aufweisen. Angesichts des im Weiteren interessierenden allgemeinen Sicher-

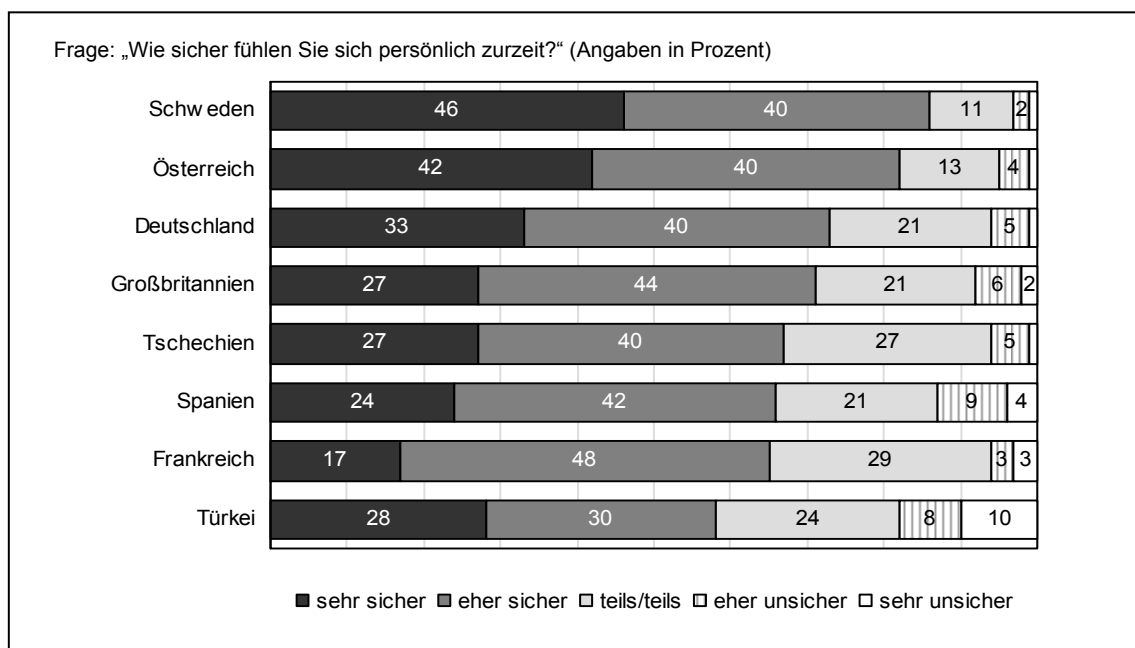
heitsgefühls sollte sich dieser Effekt nochmals deutlicher zeigen, da davon auszugehen ist, dass sozioökonomische Gefährdungen die subjektive Sicherheit reduzieren (vgl. auch Mau 1998: 597; Reuband 1995: 50).

Zusammengefasst lässt sich aus den vorgestellten Forschungssträngen ableiten, dass das Sicherheitsempfinden der Bürger sozial bedingt und damit nicht nur abhängig von objektiven Gefährdungen ist. Wesentlich sind ebenso soziale, wirtschaftliche und politische Umstände. Mit Bonß (1997: 21) ist davon auszugehen: „Bei Sicherheit wie auch bei Unsicherheit handelt es sich somit stets um eine gesellschaftliche Konstruktion.“ Die gesellschaftliche Bedingtheit subjektiv empfundener Sicherheit wird im Folgenden untersucht.

7.2 Sicherheitsgefühl

Das subjektive und individuelle Sicherheitsgefühl der Befragten wird im Kern der im weiteren Verlauf vorgenommenen Analysen stehen. Es dient als abhängige Variable, anhand derer die Effekte von wahrgenommenen Sicherheitsbedrohungen geprüft werden. Zunächst soll jedoch die Verteilung der subjektiven Sicherheit über die einzelnen Länder hinweg betrachtet werden (vgl. Abbildung 7.1).

Abbildung 7.1: Individuelles Sicherheitsempfinden

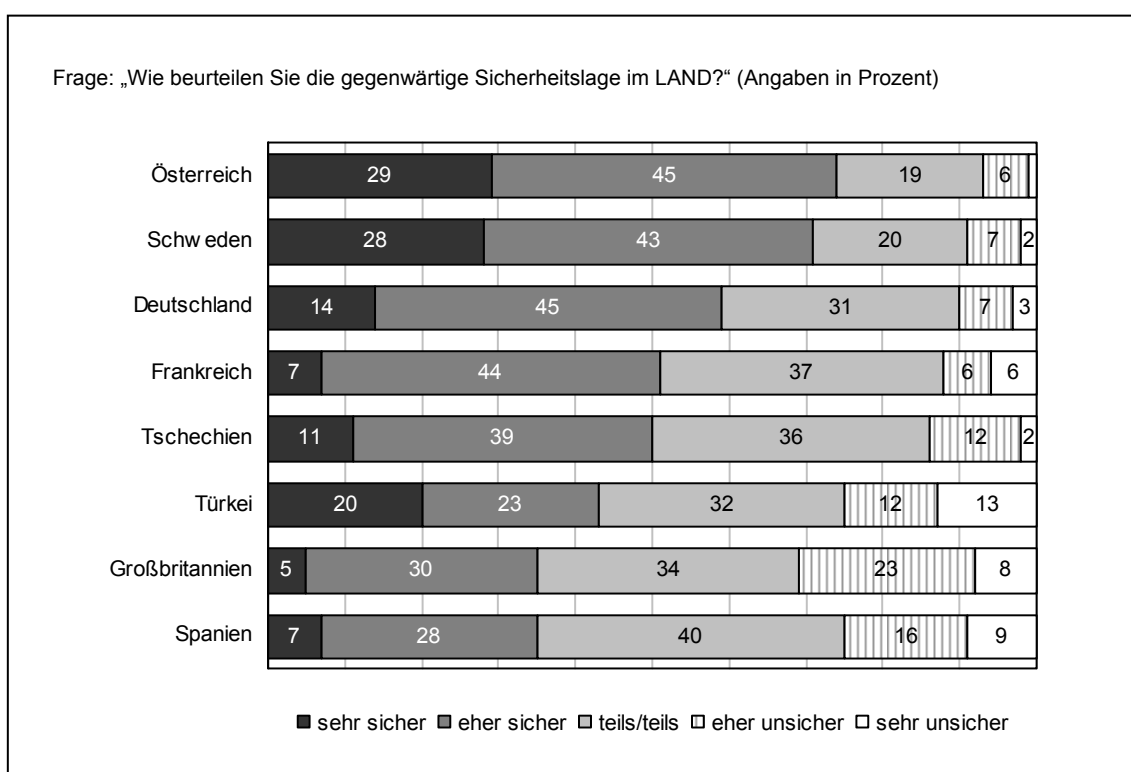


Anmerkung: eta= .23.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Im Ergebnis zeigt sich eine deutliche Spannbreite des individuellen Sicherheitsempfindens. Der Anteil der Bevölkerung, der sich sehr sicher oder eher sicher fühlt, schwankt zwischen 58 Prozent in der Türkei und 86 Prozent in Schweden. Auffällig ist insbesondere der mit zehn Prozent vergleichsweise hohe Prozentsatz türkischer Bürger, die sich sehr unsicher fühlen. Ein höheres Sicherheitsempfinden herrscht insbesondere in Schweden und Österreich, gefolgt von Deutschland. Es ist allerdings auch zu konstatieren, dass sich in jedem der Länder eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung sicher fühlt, und dezidierte Unsicherheit nur von einer Minderheit geäußert wird.

Abbildung 7.2: Wahrgenommene nationale Sicherheitslage



Anmerkung: eta= .31.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die nationale Sicherheitslage wird teils deutlich negativer beurteilt als die individuelle Sicherheit (vgl. Tabelle 7.2). Offenbar wird das eigene Land häufig durch potenzielle Gefahren bedroht gesehen, was sich jedoch nicht zwangsläufig auf die eigene, subjektive Sicherheit auswirkt. Bei einzelnen Ländern zeigen sich teils erhebliche Diskrepanzen zwischen der individuellen und nationalen Sicherheitslage. In Spanien und Großbritannien ist eine deutlich Abweichung zu sehen, mithin in den beiden Ländern, die bereits durch schwere islamistische Terroranschläge betroffen waren. Dort ist zwar das Risiko

des Terrorismus sehr greifbar geworden, dies führt aber offensichtlich nicht zwangsläufig dazu, dass die Bürger sich dadurch genauso unsicher fühlen, wie sie dies für ihr Land einschätzen. In der Türkei hingegen, einem Land mit insgesamt relativ großer persönlicher Unsicherheit, ist die Differenz zur nationalen Sicherheitslage weniger ausgeprägt.

7.3 Bedrohungsempfinden

Bislang wurde alleine das Sicherheitsempfinden betrachtet. Wie stellt sich aber die andere Seite der Medaille dar? Welche Aspekte empfinden die Menschen in den acht untersuchten Ländern nun für sich persönlich als Bedrohung? In der Befragung wurden insgesamt zwölf verschiedene potenzielle Gefahren vorgestellt. Tabelle 7.1 zeigt die Anteile der Befragten in den einzelnen Ländern, die sich von einem bestimmten Aspekt sehr stark oder stark bedroht fühlen.

Tabelle 7.1: Bedrohungswahrnehmungen

	DEU	FRA	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	GB	eta
Frage: „Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht? (Angaben in Prozent)									
Kürzung von Sozialleistungen	23	27	20	33	50	23	33	17	.25
Verlust bzw. keinen Arbeitsplatz finden	20	32	12	24	45	28	44	32	.23
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit	27	33	11	28	49	34	46	33	.23
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	29	38	18	28	51	38	47	39	.20
Terroranschläge im LAND	13	18	4	13	29	5	54	31	.38
Atom-, chem. oder biologische Waffen in Hand von Terroristen	26	30	18	32	24	19	60	33	.25
Militärische Angriffe auf LAND	8	8	3	6	11	5	45	18	.34
Weltweiter Klimawandel	34	28	28	41	48	10	55	31	.28
Schwere Stürme/Überschwemmungen	20	22	19	23	28	19	53	23	.22
Weltweite Zerstörung der Umwelt	41	33	39	48	43	34	60	38	.14
Atombomben in Hand von Staaten wie Iran und Nord-Korea	34	34	32	45	25	30	49	34	.17
Kriminalität im Umfeld	13	12	9	32	16	16	38	16	.26

Anmerkung: Anteile „sehr stark bedroht“ und „stark bedroht“ zusammengefasst.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

In der Türkei ist das Bedrohungsempfinden bei fast allen der abgefragten Punkte deutlich stärker ausgeprägt als in den übrigen Staaten. Dies trifft auf alle vorgestellten Themenbereiche zu, nicht nur auf militärische oder terroristische Bedrohungen. Auch die Bürger Spaniens sehen sich von den meisten Aspekten stärker bedroht als andere Befragte. Hier scheinen sowohl terroristische Bedrohungen im eigenen Land als auch sozio-ökonomische Faktoren eine Rolle zu spielen. Beides ist nicht überraschend, da Madrid 2004 Schauplatz schwerer islamistischer Terroranschläge wurde, und der Herbst 2010 von Protesten gegen die Arbeitsmarktreformen der spanischen Regierung bestimmt war. Auch in Großbritannien scheinen die Terroranschläge in London im Jahr 2005 in der öffentlichen Meinung noch nachzuwirken. 31 Prozent – nach der Türkei der größte Anteil unter den untersuchten Ländern – fühlen sich von Terroranschlägen in Großbritannien stark bedroht. Neben sozio-ökonomischen Problemen und militärischen oder terroristischen Bedrohungen spielen in allen Ländern auch ökologische Gefahren eine Rolle. Insgesamt deutlich mehr als ein Drittel fühlt sich durch weltweite Umweltzerstörung bedroht. In der Türkei nimmt dieser Aspekt mit 60 Prozent sogar den ersten Platz ein.

Die Struktur der Bedrohungsaspekte, also die dahinter liegenden kognitiven Muster im Antwortverhalten, lassen sich durch das Instrument der Faktorenanalyse genauer erkennen. Tabelle 7.2 zeigt die Faktorstruktur in der Gesamtstichprobe, also über alle acht Länder hinweg. Die einzelnen Bedrohungen ordnen sich entlang dreier Faktoren, die sich mit „Militärisch-Terroristische Bedrohungen“, „Sozio-Ökonomische Bedrohungen“ sowie „Ökologische Bedrohungen“ benennen lassen.

Tabelle 7.2: Persönliche Ängste und Wahrnehmungen „Inwieweit fühlen Sie sich persönlich durch folgende Faktoren bedroht?“

	Milit.- Terroristisch	Sozio- Ökonomisch	Ökologisch
ABC- Waffen in der Hand von Terroristen	0,83		
Terroranschläge in meinem Land	0,78		
Militärischer Angriff auf mein Land	0,74		
Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea	0,63		
Kriminalität in meinem Umfeld	0,47		
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit		0,86	
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes/keinen Arbeitsplatz zu finden		0,83	
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter		0,74	
Kürzung von Sozialleistungen		0,63	
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt			0,83
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung			0,81
Große Naturkatastrophen, wie Stürme oder Überschwemmungen			0,67

Anmerkung: Varimax-Rotation, Hauptkomponentenanalyse.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Der erste Faktor enthält vor allem terroristische Bedrohungen, auch durch Massenvernichtungswaffen, die Bedrohung durch ABC-Waffen in „Rogue States“ sowie die klassische militärische Bedrohung durch einen Angriff auf das eigene Land. Gleichzeitig umfasst der Faktor auch die Bedrohung von Kriminalität, allerdings mit geringer Faktorladung. Gemeinsames Element des Faktors ist also die Bedrohung durch Gewalt, insbesondere von außen. Der zweite Faktor umfasst den Bedrohungskomplex der Arbeitslosigkeit sowie die soziale Absicherung, insbesondere im Alter. Hierbei scheint vor allem die Angst um die eigene wirtschaftliche Situation im Mittelpunkt zu stehen. Der letzte Faktor schließlich wird durch Bedrohungen der und durch die Umwelt gekennzeichnet. Er enthält anders als die beiden ersten Faktoren weniger individuell-konkrete Bedrohungen für das eigene Leib und Leben als vielmehr abstrakte Gefahren für die Umwelt.

7.4 Determinanten des Sicherheitsempfindens

Welche der Bedrohungen sind so gewichtig, dass sie nicht nur in den Antworten der Befragten als bedrohlich genannt werden, sondern auch die individuelle Sicherheit als ‚Human Security‘ negativ beeinflussen können? Im Folgenden wird dieser Frage mit multiplen Regressionsanalysen nachgegangen (vgl. Tabelle 7.3).

Tabelle 7.3: Bedrohungswahrnehmungen „Wie sicher fühlen Sie sich zurzeit?“

	DEU	FRA	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR	GB
Milit.- Terroristisch	-.16***	-.42***	-.19***	-.23***	-.16***	-.18***	-.30***	-.14***
Sozio- Ökonomisch	-.26***	-.14***	-.29***	-.10**	-.18***	-.20***	-.12***	-.11**
Ökologisch	-.07*	-.07*	n.s.	n.s.	n.s.	-.18***	n.s.	n.s.
Geschlecht	.06*	n.s.	n.s.	.10***	n.s.	.12***	n.s.	n.s.
Alter	n.s.	n.s.	.10**	n.s.	n.s.	.07*	n.s.	n.s.
Soz. Grad	.09**	n.s.	.07*	.07*	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Links-Rechts	n.s.	.10**	n.s.	n.s.	.09**	-.10***	-.14***	-.07*
R ²	.11	.22	.15	.09	.07	.14	.14	.03

Anmerkungen: Multiple Regression, beta-Werte und erklärte Varianz mit der abhängigen Variable Sicherheitsempfinden; *** Signifikanz $\leq .001$, ** Signifikanz $\leq .01$, * Signifikanz $\leq .05$, n. s. = nicht signifikant.

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die Effekte der drei im Rahmen der Faktorenanalyse extrahierten Dimensionen schwanken je nach betrachtetem Land sehr deutlich. So ist der Effekt militärisch-terroristischer Bedrohungen in allen Ländern vorhanden – in Frankreich, der Türkei sowie in Schweden aber nochmals ausgeprägter. Auch die sozio-ökonomischen Faktoren schwanken in ihrer Wirkung. In Deutschland und Österreich wirken sich Gefahren wie Arbeitslosigkeit stärker auf das eigene Sicherheitsgefühl aus als in anderen Ländern. Ökologische Faktoren haben in allen Ländern mit Ausnahme von Tschechien nur vernachlässigbare bis gar keine Effekte. Die zusätzlich in der Analyse verwendeten Kontrollvariablen Alter, Geschlecht, sozialer Grad sowie die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala zeigen zwar teils signifikante Wirkungen, diese sind jedoch meist weniger stark als die eigentlichen Bedrohungsfaktoren. Zudem wirken sie nicht systematisch in einer Richtung. Die Erklärungskraft des Modells schwankt ebenfalls erheblich, zwischen 22 Prozent der Varianz in Frankreich und knapp drei Prozent in Großbritannien. In der Gesamtschau lassen sich mithin Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Sicherheitsempfinden und in der Bedrohungswahrnehmung der befragten Bevölkerungen erkennen.

7.5 Fazit

Insgesamt lässt sich mit der vorangegangenen Analyse die Grundannahme des Konzeptes der ‚Human Security‘ bestätigen. Individuelle Sicherheit wird nicht nur durch klassische Bedrohungen geformt, sondern in erheblichem Maße durch sozio-ökonomische Aspekte und gesellschaftliche Bedingungen bestimmt. Demgegenüber beeinflussen klassische Sicherheitsbedrohungen wie Terrorismus oder die Proliferation von Massenvernichtungswaffen zwar potenziell die subjektive Sicherheit, allerdings fühlen sich in den meisten Ländern nur wenige Menschen davon bedroht. Es erscheint daher auch für zukünftige Analysen zielführend, Sicherheit als umfassendes Konzept zu begreifen, das eine Vielzahl von Aspekten beinhaltet.

Ökologische Bedrohungen, denen angesichts politischer Debatten über Klimawandel und Energiewende große Aufmerksamkeit zukommt, werden von der Bevölkerung sehr stark wahrgenommen und auch als Bedrohung geschildert. Diese schlagen jedoch nicht systematisch auf das eigene Sicherheitsempfinden durch. Gefahren für die und durch die Umwelt sind also eher eine relativ abstrakte Bedrohung, welche die individuelle Lebensqualität der meisten Menschen in den untersuchten Ländern nicht tangiert.

Im Hinblick auf weitere Untersuchungen erscheint es lohnend zu prüfen, inwieweit die Befragten sicherheitspolitische Maßnahmen und insbesondere den Einsatz von Streitkräften als sinnvolle Antwort auf die bestehenden Bedrohungen empfinden.

8 Die internationalen Bevölkerungsumfragen. Methodik, Datenbasis und Fragebogen

Heiko Biehl

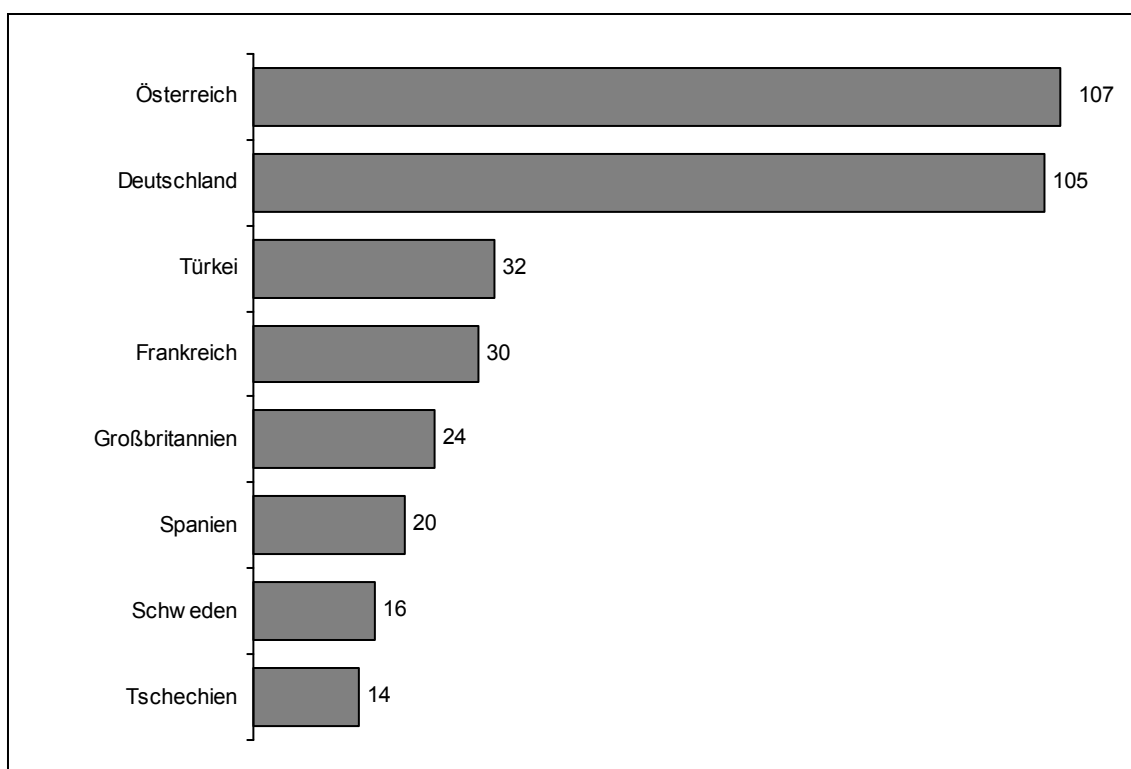
Die vorgestellten Bevölkerungsumfragen sind Teil der Projektaktivitäten des Forschungsschwerpunktes Multinationalität/Europäische Streitkräfte am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr. Im Rahmen eines umfassenden und langfristigen Projekts werden die Strategischen Kulturen in Europa durch einen Vergleich auf der Eliten- und Bevölkerungsebene analysiert. Hierzu werden, aufbauend auf einem im Forschungsschwerpunkt entwickelten Analyseraster (Sicherheitspolitischer Gestaltungswille, Handlungsspielraum der Exekutive, Außenpolitische Orientierung, Verhältnis zum Einsatz militärischer Gewalt), die Strategischen Kulturen ausgewählter Staaten in zwei Modulen systematisch erfasst. Im ersten Modul werden die auf politischer und rechtlicher (Eliten-)Ebene gesetzten, langfristigen sicherheits- und verteidigungspolitischen konzeptionellen Grundsätze in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie dem EU-Beitrittskandidaten und NATO-Partner Türkei analysiert. Im zweiten Modul wurden im Jahre 2010 Umfragen zu den sicherheitspolitischen Einstellungen in acht europäischen Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Spanien, Tschechien, Türkei) durchgeführt.

Die internationalen Bevölkerungsumfragen basieren auf einem identischen Fragenkatalog, der am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr entwickelt und von den zuständigen Stellen im Bundesministerium der Verteidigung genehmigt wurde. Mit der Durchführung wurden das Meinungsforschungsinstitut IPSOS, mit Sitz in Hamburg sowie Trendtest, mit Telefonstudio in Berlin, beauftragt.¹¹ Jeweils ca. 1 000 Personen pro Land wurden im Rahmen einer computergestützten Telefonumfrage (CATI = Computer Assisted Telephone Interviewing) befragt. Die Grundgesamtheit in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Spanien sind die Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in über Festnetzanschluss erreichbaren Privathaushalten leben. In Tschechien und der Türkei wurde zudem eine Mobilfunkstichprobe (dual frame) gezogen, da dort ein beachtlicher Teil der Haushalte keinen Festnetzanschluss hat.

¹¹ Weitere methodische Angaben finden sich in Ipsos (2011).

Die Telefoninterviews wurden zwischen dem 06. Oktober und dem 06. Dezember 2010 durchgeführt. Dabei kamen Muttersprachler zum Einsatz, um die Akzeptanz und Qualität der Erhebung zu gewährleisten. Die Interviewer wurden über die Ermittlung der Zielperson sowie über die Durchführung der Interviews anhand einer Einweisung eingehend instruiert und in Feedbackrunden nachgeschult. Für die verschiedenen Länder war jeweils eine unterschiedliche Zahl an Interviewern im Einsatz. Die nachstehende Abbildung 8.1 weist die genaue Anzahl der Interviewer aus:

Abbildung 8.1: Anzahl eingesetzter Interviewer



Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Die Interviews wurden in enger Absprache mit den Wissenschaftlern des SOWI durchgeführt. Mehrmals waren diese im Telefonstudio, um Interviews zu verfolgen, mit den Interviewern die Absichten und Hintergründe des Projekts zu besprechen sowie den ordnungsgemäßen Ablauf der Studie sicherzustellen. Zudem wurden 30 Prozent der Interviews von Trendtest auf korrekte Durchführung kontrolliert.

Die Bereitschaft der ausgewählten Bürgerinnen und Bürger, an der Umfrage teilzunehmen, divergierte zwischen den verschiedenen Staaten. Die nachstehende Tabelle zeigt

auf, dass die Bereitschaft in Frankreich mit 22 Prozent am höchsten und in Großbritannien mit 14 Prozent am geringsten war (Werte jeweils bezogen auf die Nettostichprobe).

Tabelle 8.1: Ausschöpfung in den verschiedenen Ländern (Prozentwerte in Klammern)

	DEU	FRA	GB	AUT	SWE	ESP	CZE	TUR
Nettostichprobe	5395 (100)	4622 (100)	7029 (100)	6050 (100)	5584 (100)	5762 (100)	6347 (100)	7066 (100)
Verweigerung	3795 (70)	2610 (56)	4238 (60)	4182 (69)	3524 (63)	4035 (70)	4649 (73)	5274 (75)
Mehrfach nicht erreicht	425 (8)	723 (16)	1576 (22)	200 (3)	1032 (18)	563 (10)	493 (8)	556 (8)
sonstige Gründe	175 (3)	267 (6)	207 (3)	668 (11)	28 (1)	163 (2)	205 (3)	236 (3)
realisierte Interviews	1000 (19)	1001 (22)	1008 (14)	1000 (17)	1000 (18)	1001 (18)	1000 (16)	1000 (14)

Datenbasis: Internationale Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr 2010.

Für den Datensatz wurden mehrere Gewichtungen erstellt, um die Verteilung der sozialstrukturellen Merkmale der Interviewten an die Grundgesamtheit, also der jeweiligen Bevölkerung ab 16 Jahren, anzupassen. Dabei fanden Geschlecht, Alter und Region der Befragten Berücksichtigung, in Großbritannien und der Türkei zusätzlich die Erwerbstätigkeit, da dort vergleichbare Informationen über die Erwerbsstruktur der Gesamtbevölkerung vorlagen.

Der Fragebogen umfasst mehrere Themenkomplexe. Diese umschließen sicherheitspolitische Einstellungen und Ansichten zu den Streitkräften im engeren Sinne sowie allgemeine politische Haltungen. Zudem wurden die Mediennutzung und die üblichen soziodemografische Angaben der Befragten erhoben.

Im Einzelnen wurden im Fragebogen folgende Themenbereiche abgebildet:

- Politisches Interesse,
- Mediennutzung,
- Sicherheitsempfinden,
- Strategische Kultur,
- Haltung zu Europäischer Armee,
- Haltung zu den Streitkräften,
- Wahrnehmung der Streitkräfte,
- Protest/Unterstützung der Streitkräfte,
- Aufgaben Streitkräfte,

- ISAF,
- Bedrohungswahrnehmung,
- Links-Rechts-Positionierung,
- Soziodemografie (incl. Soldatsein).

Mit der thematischen Breite der Erhebung steht eine Datenbasis zur Verfügung, die es ermöglicht, die Strategischen Kulturen der betrachteten Länder auf Ebene der Bevölkerung zu untersuchen und sie in den nächsten Analyseschritten in Beziehung zu den Strategischen Kulturen der politischen Entscheidungsträger zu setzen. Die dafür nötigen Analysen der Daten erfolgten am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr.

Nachfolgend ist der Fragebogen dokumentiert. Die verwendeten Antwortkategorien weisen grundsätzlich eine Fünferskala auf. Damit soll verhindert werden, dass sich die Befragten zu einer (zufälligen) Festlegung gezwungen sehen und die in der Literatur kontrovers diskutierte Gefahr methodischer Artefakte – insbesondere im Bereich sicherheitspolitischer Einstellungen – vermieden wird (vgl. Jacobs 2009: 47–49).

9 Literaturverzeichnis

- Amouyel, Alexandra (2006): What is Human Security. In: *Revue de Sécurité Humaine/ Human Security Journal*, 1: 1, 10–23.
- Anker, Lane (2005): Peacekeeping and Public Opinion. In: *Canadian Military Journal*, 6: 2, 23–32.
- Asmus, Ronald/Everts, Philip P./Isernia, Pierangelo (2004a): *Across the Atlantic and the Political Aisle: The Double Divide in U.S.-European Relations*. Washington et al.: German Marshall Fund.
- Asmus, Ronald/Everts, Philip P./Isernia, Pierangelo (2004b): Power, War, and Public Opinion: Looking Behind the Transatlantic Divide. In: *Policy Review*, 123: 2, 73–88.
- Biehl, Heiko (2011 i. E.): Einsatzmotivation und Kampfmoral. In: Leonhard/Werkner, (Hrsg.) 2011.
- Biehl, Heiko/Fiebig, Rüdiger (2011): Zum Rückhalt der Bundeswehr in der Bevölkerung. Empirische Hinweise zu einer emotional geführten Debatte. SOWI-Thema 02/2011. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Biehl, Heiko/Jacobs, Jörg (2009): Öffentliche Meinung und Sicherheitspolitik. In: Böckenförde/Gareis (Hrsg.) 2009: 231–252.
- Böckenförde, Stephan/Gareis, Sven (Hrsg.) (2009): *Deutsche Sicherheitspolitik. Herausforderungen, Akteure und Strategien in einer Welt im Wandel*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich UTB.
- Bonß, Wolfgang (1997): Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. In: Lippert/Prüfert/Wachtler (Hrsg.) 1997: *Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 21–42.
- Born, Hans (2006): Demokratische Kontrolle von Streitkräften und Sicherheitspolitik. In: Gareis/Klein (Hrsg.) 2006: 125–134.
- Bulmahn, Thomas/Fiebig, Rüdiger/Hilpert, Carolin (2011): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (Forschungsbericht 94). Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Bundesministerium der Verteidigung (2004): *Konzeption der Bundeswehr*.
- Bundesministerium der Verteidigung (2011): *Verteidigungspolitische Richtlinien*.
- Burk, James (Hrsg.) (1998): *The Adaptive Military. Armed Forces in a Turbulent World*. New Brunswick/London: Transaction Publishers.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Jaap (1998): *Security. A New Framework for Analysis*. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.
- Caforio, Guiseppa (Hrsg.) (2007): *Cultural differences between the military and parent society in democratic countries*. Amsterdam et al.: Elsevier.

- Chittick, William/Billingsley, Keith/Travis, Rick (1995): A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs. In: *International Studies Quarterly*, 39: 3, 313–331.
- Daase, Christopher (1991): Der erweiterte Sicherheitsbegriff und die Diversifizierung amerikanischer Sicherheitsinteressen. Anmerkungen zu aktuellen Tendenzen in der sicherheitspolitischen Forschung. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 32: 3, 425–451.
- Debiel, Tobis/Werthes, Sascha (2005): Human Security – Vom politischen Leitbild zum integralen Baustein eines neuen Sicherheitskonzeptes. In: *Sicherheit und Frieden*, 23: 1, 7–14.
- Dorn, Walter (2005/6): Peacekeeping Then, Now and Always. *Canadian Military Journal*, 6: 4, 105–106.
- Edmunds, Timothy (2006): What are armed forces for? The changing nature of military roles in Europe. In: *International Affairs*, 82: 6, 1059–1075.
- Eurobarometer (2010): Public Opinion in the European Union 74. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Brüssel, 12. Dezember 2003, 11. (<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>)
- Farrell, Theo (2005): *The Norms of War. Cultural Beliefs and Modern Conflict*. London: Lynne Rienner.
- Feaver, Peter D./Kohn, Richard H. (Hrsg.) (2001): *Soldiers and Civilians. The Civil-Military Gap and American National Security*. Cambridge/London: MIT Press.
- Gareis, Sven/Klein, Paul (Hrsg.) (2006): *Militär und Sozialwissenschaften. Ein Handbuch*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gestring, Norbert/Glasauer, Herbert/Hannemann, Christine/Petrowsky, Werner/Pholan, Jörg (Hrsg.) (2003): *Jahrbuch StadtRegion 2002. Schwerpunkt: Die sichere Stadt*. Opladen: Leske & Budrich.
- Giegerich, Bastian (2006): *European Security and Strategic Culture. National Responses to the EU's Security and Defence Policy*. Baden-Baden: Nomos.
- Giegerich, Bastian (2012 i. E.): *Die NATO. Reihe: Elemente der Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Giegerich, Bastian/Jonas, Alexandra (2011): „Not simply a cost-saving exercise“? Großbritanniens neue Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach der Strategic Defence and Security Review. SOWI-Thema 01/2011. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Goetschel, Laurent (2005): The Need for a Contextualized and Trans-disciplinary Approach to Human Security. In: *Sicherheit und Frieden*, 23: 1, 26–31.
- Göler, Daniel/Leonhard, Nina/Voigt, Susanne (2007): *Forschungsschwerpunkt: Multinationalität/Europäische Streitkräfte. Projektplanung* (unveröffentlichtes Manuskript). Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.

- Gorka-Winter, Beata/Madej, Marek (2010): NATO Member States and the New Strategic Concept: An Overview. Warschau: Polish Institute of International Affairs.
- Hagen vom, Ulrich (2011 i. E.): Zivil-militärische Beziehungen. In: Leonhard/Werkner (Hrsg.) 2011.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark (1987): How are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model. In: American Political Science Review. 81: 4, 1099–1120.
- Ipsos (2011): Methodenbericht Internationale Meinungsumfrage 2010 SWInstBw. (Powerpoint-Präsentation) Mölln.
- Isierna, Pierangelo/Juhasz, Zoltan/Rattinger, Hans (2002): Foreign Policy and the Rational Public in Comparative Perspective. In: Journal of Conflict Resolution, 46: 2, 201–224.
- Jacobs, Jörg (2008): Von Falken und Tauben. Einstellungen der deutschen Bevölkerung. In: if. Zeitschrift für Innere Führung, 52: 3, 58–61.
- Jacobs, Jörg (2009): Öffentliche Meinung und Transformation der Bundeswehr zu einer Einsatzarmee. Eine Bestandsaufnahme. In: Kümmel (Hrsg.) 2009: 43–56.
- Jacobsen, Gary (2010): A Tale of Two Wars. Public Opinion on the U.S. Military Interventions in Afghanistan and Iraq. In: Presidential Studies Quarterly, 40: 4, 585–610.
- Jäger, Thomas/Kümmel, Gerhard/Lerch, Marika/Noetzel, Thomas (Hrsg.) (2004): Sicherheit und Freiheit. Außenpolitische, innenpolitische und ideengeschichtliche Perspektiven. Festschrift für Wilfried von Bredow. Baden-Baden: Nomos.
- Jonas, Alexandra/von Ondarza, Nicolai (2010): Chancen und Hindernisse für die europäische Streitkräfteintegration. Grundlegende Aspekte deutscher, französischer und britischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kaiser, Günther/Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.) (1995): Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse. Bd. II: Verbrechensfurcht und Opferwerdung – Individualopfer und Verarbeitung von Opfererfahrungen. Heidelberg: Kriminalistik Verlag Heidelberg.
- Kantner, Cathleen/Sandawi, Sammi (2011 i. E.): Der Nationalstaat und das Militär. In: Leonhard/Werkner (Hrsg.) 2011.
- Katzenstein, Peter J. (Hrsg.) (1996): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics. New York: Columbia University Press.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1973 [1970]): Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften. 2. umgearbeitete Aufl. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Kegley, Charles/Wittkopf, Eugene (Hrsg.) (1988): The Domestic Sources of American Foreign Policy. Insights and Evidence. New York: St. Martin's Press.
- Kermani, Parinaz (2006): The Human Security Paradigm Shift. From „Expansion of Security“ to an „Extension of Human Rights“. In: Revue de Sécurité Humaine/ Human Security Journal, 1: 1, 24–34.

- King, Gary/Murray, Christopher J.L. (2001/02): Rethinking Human Security. In: *Political Science Quarterly*, 116: 4, 585–610.
- Köhler, Horst (2005): Einsatz für Freiheit und Sicherheit. Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 10. Oktober 2005 in Bonn. Berlin: Bundespräsidialamt.
- Kümmel Gerhard (Hrsg.) (2009): Streitkräfte unter Anpassungsdruck. Sicherheits- und militärpolitische Herausforderungen Deutschlands in Gegenwart und Zukunft. Baden-Baden: Nomos.
- Lange, Hans-Jürgen/Ohly, H. Peter/Reichertz, Jo (Hrsg.) (2008): Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- LaPierre, Richard T. (1934): Attitudes vs. Actions. In: *Social Forces*, 13: 2, 230–237.
- Leonhard Nina/Biehl, Heiko (2011 i. E.): Beruf: Soldat. In: Leonhard/Werkner (2011 i. E.).
- Leonhard, Nina/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.) (2011 i. E.): *Militärsoziologie. Eine Einführung*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lippert, Ekkehard/Prüfert, Andreas/Wachtler, Günther (Hrsg.) (1997): Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Longhurst, Kerry (2004): *Germany and the Use of Force*. Manchester: Manchester University Press.
- Luhmann, Niklas (1990): Risiko und Gefahr. In: Luhmann (Hrsg.) 1990: 131–169.
- Luhmann, Niklas (Hrsg.) (1990): *Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mau, Steffen (1998): Soziale Sicherung und Sicherheitsempfinden. Anmerkungen zu einem Zusammenhang und einigen sozialpolitischen Folgen. In: *Zeitschrift für Sozialreform*. 44: 8, 593–611.
- Maull, Hanns W. (1990): Germany and Japan: The New Civilian Powers. In: *Foreign Affairs*, 69: 5, 91–106.
- Meyer, Christoph O. (2004): *Theorising European Strategic Culture: Between Convergence and the Persistence of National Diversity*. Brüssel: CEPS.
- Meulen van der, Jan (2004): High Confidence, Low Sacrifice. Paradoxes of Civil-Military Relations. Paper presented at an International Conference of the Joint Initiative in German and European Studies, University of Toronto. Toronto Canada, 11–13 March 2004.
- Moskos, Charles C. (2000): Toward a Postmodern Military. The United States as a Paradigm. In: Moskos/Williams/Segal (Hrsg.) 2000: 14–31.
- Moskos, Charles C./Burk, James (1998): The Postmodern Military. In: Burk (Hrsg.) 1998: 163–182.
- Moskos, Charles C./Williams, John Allen/Segal, David R. (Hrsg.) (2000): *The Postmodern Military. Armed Forces After the Cold War*. New York/Oxford: Oxford University Press.

- Naumann, Klaus (2008): Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen. Hamburg: Hamburger Edition.
- Nye, Joseph S. (2004): Soft Power. The Means to Success in World Politics. New York: Public Affairs.
- Oppermann, Kai/Viehrig, Henrike (Hrsg.) (2011): Issue Saliency in International Politics. London/New York: Routledge.
- Page, Benjamin/Shapiro, Robert (1992): The Rational Public. Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences. Chicago: Chicago University Press.
- Paris, Roland (2001): Human Security. Paradigm Shift or Hot Air? In: International Security, 26: 2, 87–102.
- Pew 2007: Rising Environmental Concern in 47-Nation Survey. Global Unease With Major World Powers. 47-Nation Pew Global Attitudes Survey. Washington, D. C.: Pew Research Center.
- Rattinger, Hans/Holst, Christian (1998): Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik. Bamberg: Universität Bamberg.
- Reichelt, Julian/Meyer, Jan (2010): Ruhet in Frieden, Soldaten! Wie Politik und Bundeswehr die Wahrheit über Afghanistan vertuschten. Köln: Fackelträger Verlag.
- Reuband, Karl-Heinz (1995): Veränderungen der Kriminalitätsfurcht der Bundesbürger 1965–1993. Eine Bestandsaufnahme empirischer Erhebungen. In: Kaiser/Jehle (Hrsg.) 1995: 37–53.
- Reuband, Karl-Heinz (2008): Kriminalitätsfurcht. Erscheinungsformen, Trends und soziale Determinanten. In: Lange/Ohly/Reichertz (Hrsg.) 2008: 233–251.
- Ruggie, John. G. (1998): Constructing the World Polity: Essays on International Institutionalization. London: Routledge.
- Ruhne, Renate (2003): „Sicherheit“ ist nicht die Abwesenheit von „Unsicherheit“. Die soziale Konstruktion geschlechtsspezifischer (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum. In: Gestring/Glasauer/Hannemann/Petrowsky/Pholan (Hrsg.) 2003: 55–73.
- Schoen, Harald (2011): Two indicators, one conclusion: on the public saliency of foreign affairs in Germany before and after reunification. In: Oppermann/Viehrig (Hrsg.) 2011: 23–38.
- Sen, Amartya (2000): „Why Human Security?“ Text of presentation at the „International Symposium on Human Security“ in Tokyo, 28 July 2000. (<http://www.humansecurity-chs.org/activities/outreach/Sen2000.pdf>)
- Shaw, Martin (1991): Post-Military Society: Militarism, Demilitarization and War at the End of the Twentieth Century. Philadelphia: Temple University Press.
- Snyder, Jack L. (1977): The Soviet Strategic Culture: Implications for Limited Nuclear Options. Santa Monica: Rand.
- Transatlantic Trends (2010): Topline Data. German Marshall Fund.
- Ullman, Richard (1983): Redefining Security. In: International Security, 8: 1, 129–153.

- Vertzberger, Yaacov (1989): *The World in Their Minds: Information Processing, Cognition, and Perception in Foreign Policy Decision Making*. Stanford: Stanford University Press.
- Viehrig, Henrike (2010): *Militärische Auslandseinsätze. Die Entscheidungen europäischer Staaten zwischen 2000 und 2006*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wendt, Alexander (1999): *Social Theory of International Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wittkopf, Eugene (1981). *The Structure of Foreign Policy Attitudes. An Alternative View*. In: *Social Science Quarterly*, 62: 1, 108–123.
- ZDv 10/1 (2008): *Innere Führung. Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr*. Bonn: Bundesminister der Verteidigung.
- Zelinka, Udo (1997): *Sicherheit – ein Grundbedürfnis des Menschen*. In: Lippert/Prüfer/Wachtler (Hrsg.) 1997: 43–57.

10 Fragebogen

Anmerkung

Der Fragebogen ist für die jeweiligen Länder spezifiziert worden. Im Fragebogen stehen an den entsprechenden Stellen Platzhalter, wie STAAT, STREITKRÄFTE, PARLAMENT, REGIERUNG etc., die in der Interviews durch die länderspezifischen Bezeichnungen ersetzt wurden.

1 Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

A Interessiere mich ...

- 1: sehr.
- 2: eher.
- 3: teils/teils.
- 4: eher nicht.
- 5: überhaupt nicht.
- 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

2 Und wie stark interessieren Sie sich dabei für innenpolitische Themen?

A Interessiere mich ...

- 1: sehr.
- 2: eher.
- 3: teils/teils.
- 4: eher nicht.
- 5: überhaupt nicht.
- 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

3 Und wie stark interessieren Sie sich dabei für außen- und sicherheitspolitische Themen?

A Interessiere mich ...

- 1: sehr.
- 2: eher.
- 3: teils/teils.
- 4: eher nicht.
- 5: überhaupt nicht.
- 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

4 Wie oft nutzen Sie, ganz allgemein, die folgenden Medien bzw. Informationsquellen in Ihrem Alltag? Antworten Sie mir bitte mit Hilfe dieser Skala.

- a) Boulevardzeitungen,
- b) Regionale Tageszeitungen,
- c) Überregionale Zeitungen und Wirtschaftsblätter,
- d) Nachrichtenmagazine,

- e) Wochenzeitungen,
- f) Privatfernsehen,
- g) Öffentlich-rechtliches Fernsehen,
- h) Nachrichtensender,
- i) Privatrado,
- j) Öffentlich-rechtliches Radio,
- k) Internet, Foren und Blogs,
- l) Internet, Online-Ausgaben von Zeitungen, Zeitschriften oder Fernsehsendern,
- m) Internet, Homepage der STREITKRÄFTE,
- n) Persönliche Gespräche mit Freunden, Bekannten, Kollegen oder Verwandten,
- o) Persönliche Gespräche mit Experten,
- p) Teilnahme an Informationsveranstaltungen,

- 1: Täglich, fast täglich
- 2: Etwa ein- bis dreimal in der Woche
- 3: Etwa ein- bis dreimal im Monat
- 4: Seltener als einmal im Monat
- 5: Nie
- 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

5 Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.

A Ich fühle mich persönlich ...

- 1: Sehr sicher
- 2: eher sicher
- 3: teils-teils
- 4: Eher unsicher
- 5: Sehr unsicher
- 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

6. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage in STAAT? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.

A Die Lage in STAAT ist alles in allem ...

- 1: sehr sicher
- 2: eher sicher
- 3: teils-teils
- 4: eher unsicher
- 5: sehr unsicher
- 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

7 Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Ausrichtung. Bitte sagen Sie uns, inwieweit Sie den nachfolgenden Aussagen zustimmen?

- a) STAAT sollte einen hohen Einfluss auf die internationale Politik ausüben und sich international stark engagieren.
- b) STAAT sollte sich auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten.
- c) STAAT sollte seine eigenen Interessen auch gegen die Widerstände anderer Länder durchsetzen.

- d) STAAT sollte sicherheitspolitisch nicht eigenmächtig, sondern nur gemeinsam mit anderen Ländern handeln.
- e) REGIERUNG sollte in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des PARLAMENTS handeln können.
- f) Soldaten der STREITKRÄFTE sollten nur mit Zustimmung des PARLAMENTS in Einsätze entsendet werden.
- g) Wichtige militärische Angelegenheiten sollten nur mit Zustimmung des PARLAMENTS entschieden werden.
- h) REGIERUNG sollte auch ohne Zustimmung des PARLAMENTS Soldaten in Einsätze entsenden können.
- i) STAAT sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den europäischen Staaten der EU engagieren.
- j) STAAT sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den USA engagieren.
- k) STAAT sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig in der NATO engagieren.
- l) STAAT sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig in den Vereinten Nationen engagieren.
- m) STAAT sollte sicherheits- und verteidigungspolitisch möglichst unabhängig sein und alleine handeln können.
- n) STAAT sollte zur Lösung internationaler Krisen und Konflikte auch militärische Mittel einsetzen.
- o) STAAT sollte vor allem diplomatische Mittel zur Lösung internationaler Krisen und Konflikte einsetzen.
- p) Unter bestimmten Bedingungen ist Krieg notwendig, um Gerechtigkeit zu erlangen.
- q) STAAT sollte vor allem seine wirtschaftliche Macht zur Lösung internationaler Krisen und Konflikte einsetzen.

- 1: Stimme vollkommen zu
- 2: Stimme eher zu
- 3: Teils-Teils
- 4: Lehne eher ab
- 5: Lehne vollkommen ab
- 98: Weiß nicht
- 99: Keine Antwort

8 Sagen Sie mir bitte zu jeder dieser Aussagen, wie sehr Sie ihr zustimmen bzw. sie ablehnen.“

- a) Die Europäische Union sollte eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben.
- b) Die Europäische Union sollte eine gemeinsame europäische Armee haben.

- 1: Stimme vollkommen zu
- 2: Stimme eher zu
- 3: Teils-Teils
- 4: Lehne eher ab
- 5: Lehne vollkommen ab
- 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

9 Wie ist Ihre persönliche Einstellung zu STREITKRÄFTE? Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte mit Hilfe der folgenden Skala.

- +2: Sehr positiv
- +1: Eher positiv
- 0: Teils-teils
- 1: Eher negativ
- 2: Sehr negativ
- 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

10 Ich nenne Ihnen jetzt einige Gelegenheiten, bei denen man die STREIKRÄFTE im alltäglichen Leben sieht, etwas von ihr hört oder über sie liest. Bitte sagen Sie mir, wie oft Sie persönlich die STREIKRÄFTE bei diesen Gelegenheiten wahrnehmen. Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.

- a) Im Alltag, da wo Sie wohnen und arbeiten.
 - b) Bei öffentlichen Veranstaltungen.
 - c) Bei Gesprächen in der Familie oder mit Verwandten.
 - d) Bei Gesprächen mit Freunden oder Kollegen.
 - e) Bei Sendungen in Zeitungen und Fernsehen.
 - f) Bei Beiträgen im Internet.
- 1: Täglich, fast täglich
 - 2: Etwa ein- bis dreimal in der Woche
 - 3: Etwa ein- bis dreimal im Monat
 - 4: Seltener als einmal im Monat
 - 5: Nie
 - 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
 - 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

11 Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden Aktivitäten Sie im Lauf der letzten 12 Monate unternommen haben.

- a) Jemanden, der Soldat bei STREITKRÄFTE werden wollte, in seinem Wunsch bestärkt.
 - b) Durch das Tragen bzw. Anbringen von Aufklebern, Bumper Sticker, Anstecknadeln o. ä., meine Unterstützung der STREITKRÄFTE zum Ausdruck gebracht.
 - d) Widersprochen, wenn jemand schlecht über die STREITKRÄFTE redete.
 - f) An öffentlichen Veranstaltungen der STREITKRÄFTE, wie etwa einem öffentlichen Gelöbnis, Paraden o. ä., teilgenommen.
 - g) Jemanden, der Soldat bei der STREITKRÄFTE werden wollte, von seinem Wunsch abgeraten.
 - h) Durch das Tragen bzw. Anbringen von Aufklebern, Bumper Sticker, Anstecknadeln o. ä., meinen Protest gegen die STREITKRÄFTE zum Ausdruck gebracht.
 - i) Widersprochen, wenn jemand gut über die STREITKRÄFTE redete.
 - k) Gegen öffentliche Veranstaltungen der STREITKRÄFTE, wie beispielsweise ein öffentliches Gelöbnis, Paraden o. ä., protestiert.
- 1: Ja
 - 2: Nein
 - 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
 - 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

12 Welche Aufgaben sollten die STREITKRÄFTE Ihrer Meinung nach übernehmen? Stimmen Sie einer Übernahme der folgenden Aufgaben durch die STREITKRÄFTE zu oder lehnen Sie dieses ab?

Die STREITKRÄFTE sollten eingesetzt werden, ...

- a) um einen militärischen Angriff auf STAAT abzuwehren.
- b) zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb STAAT.
- c) um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.
- d) um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wurde.
- e) um einen Völkermord zu verhindern.
- f) um die Versorgung STAAT mit Energie und Rohstoffen zu sichern.
- g) um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.
- h) um STAAT Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren.
- i) um gegen Länder, die uns bedrohen, militärisch vorzugehen.
- j) um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren.

1: Stimme vollkommen zu

2: Stimme eher zu

3: Teils-teils

4: Lehne eher ab

5: Lehne vollkommen ab

98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)

99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

13 Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zur Beteiligung der STREITKRÄFTE an der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (ISAF) zustimmen oder ob Sie diese ablehnen.

- a) STAAT sollte sich mit den STREITKRÄFTEN weiter an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligen und den Aufbau des Landes weiter unterstützen.
- b) Die STREITKRÄFTE sollten den ISAF-Einsatz in Afghanistan umgehend beenden und alle Soldatinnen und Soldaten aus dem Land abziehen.
- c) Die STREITKRÄFTE sollten in ihrem Afghanistan-Einsatz vornehmlich Wiederaufbauarbeit leisten.
- d) Die STREITKRÄFTE sollten in ihrem Afghanistan-Einsatz die afghanische Armee und Polizei bei der Herstellung von Ordnung und Sicherheit unterstützen.
- e) Die STREITKRÄFTE sollten in Afghanistan auch für Kampfeinsätze gegen die Taliban eingesetzt werden.

1: Stimme vollkommen zu

2: Stimme eher zu

3: Teils-teils

4: Lehne eher ab

5: Lehne vollkommen ab

98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)

99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

14 Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.

- a) Kürzung von Sozialleistungen
- b) Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. keinen Arbeitsplatz zu finden
- c) Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit
- d) Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter
- e) Terroranschläge in Deutschland

- f) Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen
- g) Militärischer Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland
- h) Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung
- i) Große Naturkatastrophen, wie z. B. schwere Stürme oder Überschwemmungen
- j) Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt
- k) Atombomben in der Hand von Staaten wie Iran oder Nord-Korea
- l) Kriminalität in meinem Umfeld

Ich fühle mich davon ...

- 1: sehr stark bedroht.
- 2: stark bedroht.
- 3: bedroht.
- 4: kaum bedroht.
- 5: gar nicht bedroht.
- 97: Trifft nicht zu (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

15 Bitte sagen Sie mir, ob Sie Soldat der STREITKÄFTE (gleich ob als Grundwehrdienstleistender, Zeit- oder Berufssoldat) sind bzw. waren.

- a) Ich selbst bin gerade Soldat in den STREITKÄFTEN.
- b) Ich selbst war Soldat in den STREITKÄFTEN.
- c) Einer meiner engsten Verwandten (Eltern, Lebenspartner(-in), Geschwister, Kinder) war bzw. ist Soldat in den STREITKÄFTEN.

- 1: Richtig
- 2: Falsch
- 97: Trifft nicht zu (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 98: Weiß nicht (nicht als Antwortoption vorgegeben)
- 99: Keine Antwort (nicht als Antwortoption vorgegeben)

16 Soziodemografische Angaben

- Geschlecht
- Alter
- Bildungsstand
- Berufsgruppen-/Schichtzugehörigkeit
- Religionszugehörigkeit
- Religiosität

11 Zu den Autoren

Dr. Heiko Biehl hat Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Informationswissenschaften in Saarbrücken, Berlin und Potsdam studiert und an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg promoviert. Als Sozialwissenschaftler war er u. a. an der Universität Potsdam, an der Führungsakademie der Bundeswehr sowie als Gastdozent an der Naval Postgraduate School in Monterey (USA) tätig. Er unterrichtet seit 1999 Politikwissenschaft und Militärsoziologie an der Universität Postdam. Seit Oktober 2008 leitet Dr. Biehl am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr den Forschungsschwerpunkt „Multinationalität/Europäische Streitkräfte“.

Rüdiger Fiebig studierte von 2000 bis 2006 Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Nach seinem Abschluss als Diplom-Politologe war er Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Politische Soziologie in Bamberg. Seit Juli 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am SWInstBw, wo er als Projektleiter im Forschungsschwerpunkt „Einstellungsforschung und Meinungsfragen“ die jährliche Bevölkerungsbefragung und Streitkräftebefragung betreut.

Dr. Bastian Giegerich hat Politikwissenschaft in Potsdam und College Park (MD, USA) studiert und an der London School of Economics and Political Science (LSE) im Fachbereich Internationale Beziehungen promoviert. Er war als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Aspen Institut Berlin und am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London tätig. Seit August 2010 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt „Multinationalität/Europäische Streitkräfte“ am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr.

Dr. Jörg Jacobs hat Politikwissenschaft mit den Wahlpflichtfächern Methoden der empirischen Sozialforschung und Volkswirtschaftslehre an der Otto-Friedrich-Universität in Bamberg studiert. Von 1996 bis 2007 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Kulturosoziologie der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) tätig, wo er 2002 zum Thema „Tücken der Demokratie – Alltagserfahrungen und Wertorientierungen als Determinanten von Antisystemeinstellungen in ausgewählten post-kommunistischen Transformationsländern“ promoviert hat. 2007 hat er nach einem Aufenthalt als Gastprofessor an der University

of Texas seine Tätigkeit an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation begonnen. Seit März 2011 leitet Dr. Jacobs das Sachgebiet Grundlagensicherung Informationsarbeit BMVg.

Alexandra Jonas, M. A., hat Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Strafrecht in Tübingen, Straßburg und Boston studiert. In den Jahren 2006 bis 2008 war sie am EU Institut für Sicherheitsstudien sowie der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit der OECD in Paris tätig. Seit 2008 ist Frau Jonas wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsschwerpunkt „Multinationalität/Europäische Streitkräfte“ des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und Dozentin an der Universität Potsdam.

Zum Inhalt: Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr führt im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung das Forschungsprojekt „Strategische Kulturen in Europa“ durch. Dieses untersucht aufbauend auf dem im Forschungsschwerpunkt „Multinationalität/Europäische Streitkräfte“ für die vergleichende Untersuchung sicherheits- und verteidigungspolitischer Grundsätze entwickelten Analyseraster die Strategischen Kulturen ausgewählter Staaten in zwei Modulen. Im ersten Modul werden die auf politischer und rechtlicher (Eliten-)Ebene gesetzten langfristigen sicherheits- und verteidigungspolitischen konzeptionellen Grundsätze in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie dem EU-Beitrittskandidaten und NATO-Partner Türkei analysiert. Im zweiten Modul wurden im Jahre 2010 ergänzend Umfragen zu den sicherheitspolitischen Einstellungen in acht europäischen Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Spanien, Tschechien, Türkei) durchgeführt. Im vorliegenden Forschungsbericht werden die Ergebnisse der im Oktober bis Dezember 2010 durchgeführten Befragungen präsentiert.

Zum Institut: Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SWInstBw – „SOWI“) befasst sich im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung mit streitkräftebezogener empirischer Sozialforschung sowie militärsoziologischer Grundlagenforschung. Das SWInstBw ging 1974 aus dem Institut für Erziehung und Bildung in den Streitkräften hervor und wurde 1995 von München nach Strausberg verlegt. Das Institut arbeitet mit einem Kern von etwa 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern überwiegend empirisch, interdisziplinär und problemorientiert. Es ist national wie international eingebunden in ein dichtes Netzwerk von wissenschaftlichen, politischen und militärischen Einrichtungen und Institutionen. Das SWInstBw verfolgt und analysiert Situation und Entwicklung der Bundeswehr und ihrer Angehörigen in nationalen und multinationalen Zusammenhängen. Dabei hat es ein Sensorium für die innere Lage der Streitkräfte und die öffentliche Meinung zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen entwickelt. Als Einrichtung der Ressortforschung leistet das Institut mit seinen Forschungsergebnissen einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr. Dazu greift es aktuelle Problemstellungen auf und entwickelt seine Forschungs- und Erkenntnisinteressen ständig fort.